



Jahresabschluss
zum 31. Dezember 2012
und Lagebericht

Francotyp-Postalia Holding AG
Birkenwerder

FRANCOTYP-POSTALIA HOLDING AG

LAGEBERICHT FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2012

INHALTSVERZEICHNIS

1. Geschäftstätigkeit
2. Geschäftsverlauf, Rahmenbedingungen und Unternehmenssteuerung
3. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage
4. Forschung und Entwicklung
5. Umwelt- und Qualitätsmanagement sowie Arbeitnehmerbelange
6. Erläuternder Bericht des Vorstands gemäß § 289 Abs. 4 HGB
7. Vergütung von Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsratsmitgliedern
8. Risiko- und Chancenbericht
9. Strategie und Ausblick
10. Nachtragsbericht
11. Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance Bericht (§ 289a HGB)

1. Geschäftstätigkeit

Die Francotyp-Postalia Holding AG (im Folgenden auch FP AG oder Gesellschaft genannt) ist die Muttergesellschaft des FP-Konzerns (im Folgenden auch FP, Francotyp-Postalia genannt). Ihr untergeordnet sind die deutschen Tochtergesellschaften Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder (FP GmbH), FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, freesort GmbH, Düsseldorf, (freesort), FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, an der die Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 100 % hält, sowie die iab – internet access GmbH lilitbit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik (iab) und Mentana-Claimsoft GmbH, Spreenhagen, an der die Francotyp-Postalia Holding AG jeweils zu 51 % beteiligt ist. Die Francotyp-Postalia GmbH hält direkt oder indirekt Anteile an weiteren wesentlichen Tochtergesellschaften, die in der folgenden Tabelle dargestellt sind. An diesen wesentlichen Gesellschaften ist die Francotyp-Postalia Holding AG indirekt beteiligt:

<u>Name der Gesellschaft</u>	<u>Sitz der Gesellschaft</u>	<u>Anteile in %</u>
Francotyp-Postalia Vertrieb & Service GmbH	Birkenwerder, Deutschland	100
Francotyp-Postalia International GmbH	Birkenwerder, Deutschland	100
Ruys Handelsvereniging B. V.	Den Haag, Niederlande	100
Francotyp-Postalia Ltd.	Dartford, Großbritannien	100
Francotyp-Postalia Inc.	Addison (IL), USA	100

Zwischen der FP Holding und der Francotyp-Postalia GmbH besteht ein Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrag. Die FP GmbH hält ebenfalls unmittelbar und mittelbar Anteile an operativ tätigen Gesellschaften des FP-Konzerns, übernimmt Managementaufgaben sowie wesentliche Entwicklungs- und Herstellungstätigkeiten für den FP-Konzern. Die FP Holding selbst erbringt für die FP GmbH Leistungen aus den Bereichen des strategischen Managements, insbesondere der Geschäftsfeldentwicklung, Finanzierung und Kapitalbeschaffung.

Seit dem 1. Januar 2007 beschäftigt die FP Holding eigenes Personal. Zum 31. Dezember 2012 waren für die FP Holding neben den zwei Vorständen insgesamt vierzehn Mitarbeiter tätig (im Vorjahr elf Mitarbeiter).

2. Geschäftsverlauf, Rahmenbedingungen und Unternehmenssteuerung

Die Francotyp-Postalia Holding AG ist indirekt über ihre Tochter- und Enkelgesellschaften ein Komplett Dienstleister für die Briefkommunikation. Angesichts der sich wandelnden Postmärkte hat sich die Gesellschaft von einem Hersteller von Frankiermaschinen zu einem Multi-Channel-Anbieter entwickelt. Die FP AG kann alle Versandkanäle rund um den Brief bedienen – vom Frankieren und Kuvertieren eines physischen Briefs über die Konsolidierung bis hin zur Hybrid-Mail und dem vollelektronischen Versand über De-Mail.

Zielgruppe sind Unternehmenskunden jeder Größenordnung, die bei Francotyp-Postalia sämtliche Produkte sowie Dienstleistungen für eine einfache und kostengünstige Briefkommunikation finden.

Mit ihren Frankiermaschinen ist die Gesellschaft weltweit in den wichtigsten Märkten vertreten, darunter in Deutschland, den USA und Großbritannien sowie in Frankreich. Mit insge-

samt rund 243.000 installierten Frankiermaschinen liegt der globale Marktanteil von FP bei 10 %; damit ist der FP-Konzern weltweit der drittgrößte Anbieter. In Deutschland und Österreich ist FP mit einem Marktanteil von rund 42 % bzw. 47 % Marktführer.

Durch die Tochtergesellschaften freesort GmbH, iab und Mentana-Claimsoft GmbH werden den Kunden in Deutschland zudem auch Sortier- und Konsolidierungsdienstleistungen sowie Hybrid-Mail-Produkte und Produkte zur vollelektronischen Kommunikation angeboten.

2.1 Geschäftsverlauf

Operatives Geschäft

2011 hat FP die nationalen Vertriebe in Deutschland unter einem Dach zusammengeführt. Sämtliche nationalen Vertriebsaktivitäten der Gruppe liegen in der Verantwortung der Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH. Hierdurch erreicht FP eine engere Verknüpfung der Produkte im Bereich der physischen, halbelektronischen und vollelektronischen Briefkommunikation.

Der weltweite Vertrieb erfolgt über zehn eigene Tochtergesellschaften in den wichtigsten Märkten sowie einem dichten Händlernetzwerk in rund 40 Ländern.

Im März 2012 erhielt Mentana-Claimsoft als erstes Unternehmen die De-Mail-Akkreditierung. Auf der CeBIT überreichte das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) der FP-Tochter die entsprechende Akkreditierungsurkunde.

Die De-Mail ist eine rechtsverbindliche und sichere Kommunikations-Infrastruktur für Deutschland. Bei der vollelektronischen Lösung verschicken die Kunden ihre Briefe digital, vertraulich, sicher und rechtsverbindlich. Verbindlich wird die De-Mail dadurch, dass sich sowohl Absender als auch Empfänger im Rahmen der erstmaligen Registrierung identifizieren müssen, bevor sie die Technologie nutzen können. Die Vertraulichkeit wird über eine besonders leistungsstarke Verschlüsselung sichergestellt. Das De-Mail-Gesetz definiert die Sicherheitsanforderungen und schafft so die rechtliche Grundlage dafür, dass die De-Mail die gleiche Rechtswirkung hat wie ein klassischer Brief.

Mentana-Claimsoft nutzte 2012 ihre Pionierrolle im deutschen De-Mail-Markt für die Konfiguration maßgeschneiderter Lösungen für Unternehmen und Behörden. Mit dem De-Mail Gateway schuf sie eine Software zur Integration aller De-Mail Funktionalitäten. Sie wird einmal in die bestehende, interne E-Mail-Infrastruktur der Kunden implementiert und ermöglicht danach den Versand von De-Mail mit dem gleichen Komfort wie beim E-Mailversand. Privatpersonen und Kleinunternehmen können von der einfachen Portal-Lösung fp-demail.de profitieren. Sie loggen sich einfach in das Portal der Mentana-Claimsoft ein und müssen keine weitere Hard- oder Software installieren.

Finanzierung

Im Februar 2011 ist der FP-Konzern eine Anschlussfinanzierung zur weiteren Sicherung der Liquidität eingegangen. Mit Datum vom 21. Februar 2011 wurde ein Konsortialdarlehensvertrag über EUR 30.149.665 und USD 12.000.000 zwischen der Francotyp-Postalia Holding AG als Darlehensnehmerin und einem Bankenkonsortium als Darlehensgeberin abgeschlossen. Das Darlehen setzt sich aus einem Darlehen A 1 (Tilgungsdarlehen in Höhe von bis zu EUR 6.000.000), einem Darlehen A 2 (Tilgungsdarlehen in Höhe von USD 12.000.000), einem Darlehen A 3 (endfälliges Darlehen in Höhe von EUR 2.832.332,89) und einem Darlehen B (Darlehen in Höhe von bis zu EUR 21.317.332,11 auf revolvingender Basis)

zusammen. Dem Darlehensvertrag nach dienen die Darlehen A 1, A 2 und A 3 der Ablösung des alten Konsortialdarlehens; das Darlehen B dient zunächst der Ablösung des alten Konsortialdarlehens sowie anschließend der allgemeinen Betriebsmittelfinanzierung.

Da die neue Darlehensgewährung bzw. Darlehensablösung zeitlich mit der ersten planmäßigen Tilgungszahlung zusammenfiel, wurde am 15. Juni 2011 eine Ergänzungsvereinbarung zum Konsortialdarlehensvertrag mit dem Ziel der Vereinfachung der Abwicklung abgeschlossen. In dieser Vereinbarung wurden die Darlehen um die fälligen Tilgungsraten vermindert. Das Darlehen A 1 (Tilgungsdarlehen) wurde festgesetzt in Höhe von bis zu EUR 5.000.000 und das Darlehen A 2 (Tilgungsdarlehen) in Höhe von USD 10.125.000.

Als Ergänzung zum Konsortialdarlehensvertrag vom 21. Februar 2011 wurde – im Sinne von Klausel 5.1 des genannten Vertrages – ein ergänzender Vertrag über einen Darlehensrahmen (Betriebsmittellinie) in Höhe von TEUR 1.000 zum 20. Juli 2011 abgeschlossen.

In Ergänzung zum Konsortialdarlehensvertrag vom 21. Februar 2011 (Abschnitt I, Tz. 4) wurde am 14. März 2012 eine Ergänzungsvereinbarung getroffen, die der Finanzierung der Ansprüche von (ehemaligen) Arbeitnehmern aus dem Sozialplan dient, der für die im Zusammenhang mit der Schließung der Produktion am Standort Birkenwerder durchgeführten Maßnahmen gilt.

Über das bisher vereinbarte Kreditvolumen hinaus erhielt FP ein weiteres Darlehen C in Höhe von TEUR 4.107. Die Inanspruchnahme des Darlehens ist in 10 monatlichen Raten über je TEUR 411 erstmals am 31. März 2013 zurückzuzahlen.

Zusätzlich wurde von der am 30. Juni 2012 fälligen Tilgungsrate für das Darlehen A 1 in Höhe von TEUR 1.000 ein Teilbetrag über TEUR 308 gestundet. Dieser Teilbetrag ist in 10 gleichhohen monatlichen Raten erstmals am 31. März 2013 zurückzuzahlen.

Darüber hinaus wurde von der am 30. Juni 2012 fälligen Tilgungsrate für das Darlehen A 2 in Höhe von TUSD 1.875 ein Teilbetrag über TUSD 578 gestundet. Dieser Teilbetrag wird in 10 gleichhohen monatlichen Raten erstmals am 31. März 2013 zurückgezahlt.

Gesamtwürdigung des Geschäftsverlaufs

Im Berichtsjahr wurden wichtige Entscheidungen für die Zukunft von FP getroffen und erfolgreich umgesetzt. Genannt seien hier die wichtigsten Themen: Start der Serienproduktion in der neuen Produktionsstätte in Wittenberge, der Produktion des neuen Frankiersystems PostBase sowie die De-Mail-Akkreditierung, Bündelung der Vertriebsaktivitäten in Deutschland. Diese Maßnahmen spiegeln sich in den Finanzkennzahlen 2012 wider und bilden eine solide Basis für die Zukunft von FP.

2.2 Rahmenbedingungen

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Im vergangenen Jahr schwächte sich die Konjunktur weltweit etwas ab. Nach Angaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) lag das globale Wirtschaftswachstum 2012 bei 3,2 % im Vergleich zu 3,9 % im Vorjahr. Wachstumsmotor waren erneut die Schwellen- und Entwicklungsländer mit einem Zuwachs von 5,1 %. Die Industrieländer konnten ihr Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 1,3 % steigern.

In den USA, dem größten Auslandsmarkt des FP-Konzerns, stieg die Wirtschaftsleistung 2012 um 2,3 %, in den Euro-Staaten hingegen verminderte sich das Bruttoinlandsprodukt im

Vergleich zum Jahr 2011 um 0,4 %. Während insbesondere die südeuropäischen Staaten unter der Euro-Krise litten, entwickelte sich 2012 die deutsche Konjunktur positiv. Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts erhöhte sich das BIP in Deutschland, dem Heimatmarkt des FP-Konzerns, im vergangenen Jahr um 0,7 %. Allerdings erreichte die Konjunktur bereits in der ersten Jahreshälfte ihren Zenit und kühlte sich danach ab; im vierten Quartal 2012 schrumpfte die deutsche Wirtschaft um 0,5 % im Vergleich zum Vorquartal.

Für den Export des FP-Konzerns spielt das Wechselkursverhältnis zwischen Euro und US-Dollar eine wichtige Rolle; es war im vergangenen Jahr von einer hohen Volatilität gekennzeichnet. Der Höchstkurs lag im März 2012 bei 1,34 US-Dollar, ehe in den folgenden Monaten eine deutliche Abwärtsbewegung einsetzte. Der Tiefstkurs lag im Juli bei 1,21 Dollar. Zum Jahresende 2012 kostete ein Euro 1,32 US-Dollar und lag damit nur geringfügig über dem Niveau des Vorjahres von 1,29 US-Dollar.

Branchenwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die Konjunkturabschwächung im zweiten Halbjahr 2012 beeinflusste die Investitionsneigung der Unternehmen und damit auch die Nachfrage nach Frankier- und Kuvertiermaschinen. Allerdings ist der FP-Konzern traditionell auf das A- sowie das B-Segment für Maschinen mit kleinerem bis mittlerem Briefaufkommen spezialisiert. Diese Märkte zeigen eine vergleichsweise stabile Entwicklung, auch weil Unternehmen vermehrt größere Frankiermaschinen durch kleinere Geräte ersetzen.

Die Zahl der weltweit beförderten Geschäftsbriefe liegt unter Berücksichtigung verschiedener Poststatistiken bei rund 380 Milliarden pro Jahr (Quelle: Weltpostunion, Poststatistiken und eigene Annahmen). Der Großteil des Weltpostverkehrs findet noch in den Volkswirtschaften Europas und Nordamerikas statt.

Nach aktuellen Angaben der Weltpostunion war das weltweite Briefvolumen im Jahr 2011 mit 3,3 % rückläufig. Daten für 2012 sind noch nicht verfügbar. Das Briefvolumen entwickelt sich dabei regional sehr unterschiedlich. Insbesondere in aufstrebenden und sich entwickelnden Ländern ist nach Angaben der Weltpostunion ein Wachstum des Briefvolumens zu beobachten. In Lateinamerika und in Asien stieg das Volumen beispielsweise um 1,0 % bzw. 1,1 % an. Für den FP-Konzern ergeben sich hieraus Chancen in neuen Märkten.

Neue Impulse ergeben sich im Markt für Briefkommunikation durch innovative Softwarelösungen. Nach Angaben der Bundesnetzagentur in Deutschland wird die weitere Marktentwicklung durch den Übergang auf die elektronisch unterstützte Abwicklung von Briefdienstleistungen beeinflusst werden; sie sieht strukturelle Veränderungen am Markt. Die gesetzlichen Grundlagen hierfür wurden mit dem De-Mail-Gesetz geschaffen. Die De-Mail soll den verbindlichen und vertraulichen Austausch elektronischer Dokumente über das Internet ermöglichen. In diesem Zukunftsmarkt zählt der FP-Konzern mit seinen Lösungen zu den Vorreitern. Der FP-Konzern schätzt nach eigenen Berechnungen, dass der De-Mail-Markt ein Umsatzpotenzial von etwa 150 bis 200 Mio. Euro erreichen kann.

Gesamtaussage zu den Rahmenbedingungen

Unter Berücksichtigung möglicher Schadensausmaße und Eintrittswahrscheinlichkeiten sind derzeit keine Risiken erkennbar, die zu einer dauerhaften, wesentlichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage des FP-Konzerns führen könnten. Insgesamt sind die Risiken beherrschbar; der Fortbestand des Konzerns ist aus heutiger Sicht nicht gefährdet. Grundlegende Änderungen der Risikolage erwartet der FP-Konzern derzeit nicht. Organisa-

torisch hat das Unternehmen alle Voraussetzungen geschaffen, um frühzeitig über mögliche Risikosituationen informiert zu sein und schnell reagieren zu können.

2.3. Unternehmenssteuerung

Die Geschäfte der FP AG führt ein zweiköpfiger Vorstand. Hans Szymanski ist für Strategische Geschäftsentwicklung, Produktion/Logistik/Einkauf, Forschung und Entwicklung, Personal/Recht/Compliance, Finanzen/Controlling/Rechnungswesen sowie Informationstechnik zuständig. Im November 2010 verlängerte der Aufsichtsrat den bestehenden Vorstandsvertrag mit Hans Szymanski vorzeitig um drei Jahre bis zum 31. Dezember 2014. Zudem bestellte der Aufsichtsrat Hans Szymanski mit Wirkung zum 1. Januar 2011 zum Vorstandssprecher.

Sein Vorstandskollege Andreas Drechsler ist für die Bereiche Geschäftsentwicklung, Produktmanagement, Vertrieb Deutschland und International, Marketing, Corporate Communication und Interne Revision verantwortlich. Anfang 2011 hatte der Aufsichtsrat dessen bis Februar 2012 laufenden Vorstandsvertrag um weitere drei Jahre bis zum 22. Februar 2015 verlängert.

Ein dreiköpfiger Aufsichtsrat überwacht die Tätigkeit des Vorstands und berät diesen. Innerhalb des Aufsichtsrats kam es im abgelaufenen Geschäftsjahr zu Veränderungen, über die der Bericht des Aufsichtsrats sowie der Corporate-Governance-Bericht näher informieren. Zum 31. Dezember 2012 gehörten dem Aufsichtsrat die folgenden Mitglieder an: Dr. Claus Gerckens (Vorsitzender), Felix Hölzer (stellvertretender Vorsitzender), Robert Feldmeier.

Unternehmensinternes Steuerungssystem

Das konzernweite Reporting-System sowie die strategische Konzernplanung nutzt der Vorstand als Steuerungssystem. Die Strategie ist auf drei Jahre ausgelegt und wird jährlich während des umfassenden Budgetprozesses überarbeitet sowie unterjährig angepasst.

Der FP-Konzern wird unterteilt in die Segmente „Produktion“, „Vertrieb Deutschland“, „Vertrieb International“ und „Zentrale Funktionen“. Monatlich berichten alle Segmente im Rahmen des konzernweiten Reportings über Umsatz-, Ergebnis- und Bilanzzahlen, die konsolidiert in die veröffentlichten Quartals- und Geschäftsberichte des Konzerns eingehen. Zudem geben die Segmente monatlich eine Einschätzung der aktuellen und voraussichtlichen Geschäftsentwicklung ab.

Die Steuerung von Francotyp-Postalia erfolgt über die folgenden Kennzahlen:

- Umsatz,
- EBITDA,
- Net Working Capital,
- Free Cashflow,
- Jahresergebnis beziehungsweise Monatsergebnis sowie
- die in den Markt gebrachte Frankiermaschinenstückzahl.

Damit stellt der FP-Konzern sicher, dass Entscheidungen immer das Spannungsfeld zwischen Wachstum, Profitabilität und Liquidität ausreichend berücksichtigen.

Der Umsatz dient der Messung des Erfolgs am Markt. Mit dem Ergebnis vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen (EBITDA) misst der Konzern die operative Leistungskraft und den Er-

folg der einzelnen Geschäftseinheiten. Daneben verwendet der Konzern noch die Kennzahl EBITDA-Marge, die das EBITDA im Verhältnis zum Umsatz darstellt.

Das Net Working Capital errechnet sich aus den Vorräten zuzüglich Forderungen aus Lieferungen und Leistungen abzüglich Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen. Mit der Berücksichtigung des Free Cashflows wird sichergestellt, dass die finanzielle Substanz des Konzerns erhalten bleibt. Der Free Cashflow ergibt sich aus dem Saldo von Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit abzüglich vorgenommener Investitionen.

Die folgenden Komponenten sichern im Wesentlichen die Einhaltung des konzerninternen Steuerungssystems:

- regelmäßige Vorstands- und Aufsichtsratssitzungen,
- regelmäßige Sitzungen aller internationalen und nationalen Führungskräfte,
- Risiko- und Chancenmanagement,
- Liquiditätsplanung,
- Monatsberichte der Segmente,
- Interne Revision,
- Qualitätsmanagement.

Finanzielle Ziele

Das unternehmerische Handeln des FP-Konzerns ist auf die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes und profitables Wachstum ausgerichtet. Zentrale Ziele sind die mittel- und langfristige Steigerung des Umsatzes, des EBITDA und des Jahresgewinns sowie eine Verbesserung des Free Cashflow und des Net Working Capital.

Der FP-Konzern arbeitet konzentriert daran, die strategischen Wettbewerbsvorteile auszubauen und die Erfolgsfaktoren des Geschäftsmodells systematisch zu stärken. Hierzu verfolgt FP einen Steuerungsansatz, der neben den Interessen der Stakeholder auch nichtfinanzielle Werte berücksichtigt.

Nichtfinanzielle Ziele

Es gibt wesentliche nichtfinanzielle Ziele, die für den Erfolg eines jeden Unternehmens und damit auch für den FP-Konzern wichtig sind:

- Optimaler Service für die Kunden ⇒ Kundenzufriedenheit
- Fairness gegenüber den Lieferanten ⇒ Qualität
- Engagement der Mitarbeiter ⇒ Motivation
- Schonung der Ressourcen ⇒ Umweltbewusstsein
- Verantwortung für das gesellschaftliche Umfeld ⇒ Vertrauen

Neben einer effizienten und gut geführten Organisation haben die nichtfinanziellen Leistungsindikatoren einen wichtigen Anteil an dem nachhaltigen Erfolg des gesamten Konzerns. Für den FP-Konzern spielt die Kundenzufriedenheit eine zentrale Rolle. Die Mitarbeiter sollen die Kunden von Francotyp-Postalia in bestmöglicher Weise beraten und maßgeschneiderte Lösungen anbieten. Mit dem Namen Francotyp-Postalia verbinden zahlreiche Kunden eine hervorragende Betreuung sowie einen einwandfreien und schnellen Service. Solche Einschätzungen spiegeln sich auch in regelmäßigen Kundenbefragungen wider, in denen FP regelmäßig sehr gut abschneidet. Für Francotyp-Postalia und die Mitarbeiter ist es eine besondere Motivation, dieses hohe Niveau zu halten und kontinuierlich weiter zu verbessern.

Voraussetzung für eine hohe Kundenzufriedenheit ist eine hohe Qualität der Produkte. Der FP-Konzern bietet hervorragende Produkte und Dienstleistungen an. Hierzu gehören auch hochwertige Lieferanten. Eine intensive Zusammenarbeit mit den Lieferanten leistet dabei einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit des FP-Konzerns. Die Auswahl der Zulieferer erfolgt nach wichtigen Kriterien wie etwa Kosteneffizienz, wirtschaftliche Stabilität und technologisches Potenzial.

3. Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft hängt auf Grund der bestehenden Gewinn- und Ergebnisabführungsverträge entscheidend von der Entwicklung des gesamten Konzerns ab.

Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 13.343 bzw. 13 % auf TEUR 113.583 erhöht (Vorjahr TEUR 100.240).

Das Sachanlagevermögen ist auf dem Vorjahresniveau (Vorjahr TEUR 471).

Die Finanzanlagen inklusive der Ausleihungen minderten sich im Geschäftsjahr 2012 um TEUR 4.917. Ursache hierfür ist die vertraglich vereinbarte Tilgung des Konsortialdarlehens sowie die Abwertung des Firmenanteils der iab. Damit entsprechen die Finanzanlagen nun ca. 50 % (im Vorjahr 61 %) der Bilanzsumme bzw. 103 % (im Vorjahr 121 %) des Eigenkapitals.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen erhöhten sich um TEUR 19.477 auf TEUR 51.364 (Vorjahr TEUR 31.887). Ursächlich hierfür sind vor allem das positive Ergebnis der FP GmbH in Höhe von TEUR 6.903 (im Vorjahr TEUR -2.807), welches durch die Ergebnisabführung in die FP Holding fließt, und die Verrechnung der Umsatzsteuer im Rahmen der umsatzsteuerlichen Organschaft mit der Francotyp-Postalia Vertrieb & Service GmbH sowie weitere Konzernverrechnungen.

Es werden aktive latente Steuern in Höhe von TEUR 5.151 (Vorjahr TEUR 6.170) ausgewiesen, welche sich primär aus Steuerlatenzen auf Verlustvorträge ergeben (siehe Erläuterungen zu den Steuern vom Einkommen und vom Ertrag).

Das Eigenkapital erhöhte sich um TEUR 4.791 auf TEUR 55.194 (im Vorjahr TEUR 50.403). Ursächlich hierfür ist die Erhöhung des Grundkapitals um TEUR 1.460, die gegen Bareinlage durch Ausgabe von 1.460.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien geleistet wurde. Der Ausgabebetrag betrug EUR 2,66 je Aktie womit ein Bruttoemissionserlös in Höhe von TEUR 3.884 erzielt wurde. Die Zuzahlung des neuen Aktionärs abzüglich der Kosten der Kapitalerhöhung nach Berücksichtigung des Steuereffektes wurde in Höhe von TEUR 2.424 in die Kapitalrücklage eingestellt.

Die Gesellschaft schlägt vor, den Bilanzgewinn in Höhe von TEUR 907 auf neue Rechnung vorzutragen.

Im November 2007 wurde von der Gesellschaft ein Aktienrückkaufprogramm beschlossen, wobei bis zum Jahresende 2008 370.444 Aktien erworben wurden. Im Rahmen der Umstellung auf BilMoG wurden im Vorjahr die eigenen Aktien zum Nennwert von einem Euro pro Aktie vom gezeichneten Kapital abgesetzt (TEUR 370).

Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 49 % gegenüber 50 % im Vorjahr. Die Eigenkapitalquote reduzierte sich auf Grund des erhöhten Bestandes an Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen. Gegenläufig wirkte sich die Ausgabe neuer Aktien in 2012 auf die Eigenkapitalquote aus.

Die sonstigen Rückstellungen minderten sich um 4 % bzw. TEUR 32. In 2012 war eine Drohverlustrückstellung für die derivativen Finanzinstrumente in Höhe von TEUR 202 zu bilden, gleichzeitig stiegen die Prämien- und Bonirückstellungen um TEUR 23. Gegenläufig minderten sich die Rückstellungen für ausstehende Rechnungen um TEUR 55 und die Prämien- und Bonirückstellungen um TEUR 23 gegenüber dem Vorjahr.

Die Steuerrückstellungen erhöhten sich um 29 % bzw. TEUR 311. Diese Veränderung steht im Zusammenhang mit dem erwarteten Betriebsprüfungsergebnis für den Zeitraum 2005 bis 2008.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen stiegen im Geschäftsjahr von TEUR 11.854 auf TEUR 20.762 und enthalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus sonstigen Konzernverrechnungen (wie z. B. Dienstleistungen, Cash-Pooling, Zinsen), hauptsächlich sind die erhöhte Konzernverrechnung und das Cash-Pooling Ursache für den Anstieg.

In 2012 weist die Gesellschaft Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten aus (TEUR 34.416; Vorjahr TEUR 34.877). Wir verweisen an dieser Stelle auch auf die Ausführungen unter Punkt 2.1 „Finanzierung“.

Die Umsatzerlöse aus Leistungen für die Tochtergesellschaften erhöhten sich um TEUR 152 auf TEUR 1.479 (Vorjahr TEUR 1.327).

Auf Grund der gestiegenen Anzahl der Mitarbeiter in der FP AG erhöhte sich der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um TEUR 313. Insgesamt entstand ein Personalaufwand in 2012 in Höhe von TEUR 1.959 (Vorjahr TEUR 1.646).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen minderten sich um TEUR 411 auf TEUR 2.464 (Vorjahr TEUR 2.875). Dies beruht im Wesentlichen auf gesunkenen Währungsverlusten (TEUR 344, Vorjahr TEUR 774).

Gegenüber dem Vorjahresberichtszeitraum war das Resultat aus Ergebnisabführung in 2012 in Höhe von TEUR 6.903 positiv (im Vorjahr TEUR -2.806). Die negative Vorjahresvergleichszahl resultierte im Wesentlichen aus dem negativen Ergebnis der Tochtergesellschaft FP GmbH, das diese aufgrund der Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von TEUR 7.368 realisiert hat.

Die Zinserträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Höhe von TEUR 1.849 (im Vorjahr TEUR 2.001) resultieren ausschließlich aus Darlehen an verbundene Unternehmen.

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von TEUR 1.781 (im Vorjahr TEUR 0) betrifft die Abschreibung der Beteiligung an einer Tochtergesellschaft.

Das Zinsergebnis einschließlich der Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens verminderte sich von TEUR 580 in 2011 auf TEUR -757. Durch die in 2011 übernommene Konzernfinanzierung (Bündelung aller wesentlichen konzernweiten Kredite bei der FP Holding AG, welche die Mittel an die Tochtergesellschaften weiterreicht) erhöhte sich der Zins-

aufwand um TEUR 1.042 bzw. 66 % auf TEUR 2.607 (im Vorjahr: TEUR 1.565). Gleichzeitig sanken die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens um TEUR 152.

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit stieg im Wesentlichen aufgrund des Ertrages aus Ergebnisabführungsverträgen sowie infolge des Anstiegs der sonstigen betrieblichen Aufwendungen von TEUR -4.964 im Jahr 2011 auf TEUR 1.886 im Berichtsjahr.

Im Geschäftsjahr wurden Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von TEUR 940 (im Vorjahr TEUR 2.231) berücksichtigt.

Im Jahr 2010 wurden bei mehreren deutschen FP-Konzerngesellschaften Betriebsprüfungen im Ertragsteuerebereich für die Jahre 2005 bis 2008 angeordnet. Die Prüfungen wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Gegenstand der Prüfung waren unter anderem die im Prüfungszeitraum angesetzten Verrechnungspreise bei Transaktionen mit ausländischen FP-Konzerngesellschaften.

Laut Außenprüfungsbericht kam es von Seiten der Finanzverwaltung zu Anpassungen bei den noch nicht bestandskräftigen steuerlichen Veranlagungen der Jahre 2005 bis 2008 in Bezug auf die Verrechnungspreise. Als wesentliche Folge angepasster Verrechnungspreise ergibt sich eine Gewinnverlagerung aus dem Ausland nach Deutschland. Im Rahmen von Schieds- und Verständigungsverfahren sollte es aber zu entsprechenden Anpassungen im Ausland kommen, die zu Steuerentlastungseffekten führen sollten.

Für den wesentlichen Teil der in Deutschland infolge der Betriebsprüfungsfeststellungen zu versteuernden Gewinne können bestehende steuerliche Verlustvträge genutzt werden. Aktive latente Steueransprüche auf Verlustvträge wurden daher aus diesem Grund zum 31. Dezember 2012 um insgesamt TEUR 951 (im Vorjahr TEUR 4.432) vermindert. Aufgrund des vorliegenden vorläufigen Außenprüfungsberichts wird in Deutschland mit einer laufenden Steuerbelastung für den Betriebsprüfungszeitraum aus Mindestbesteuerung in Höhe von etwa TEUR 1.111 (im Vorjahr TEUR 796) gerechnet.

Der Jahresüberschuss zum 31.12.2012 in Höhe von TEUR 907 wird auf das neue Geschäftsjahr vorgetragen.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr konnte die FP Holding AG das Niveau ihrer Finanzkraft halten. Dabei kamen ihr in erster Linie der Cashflow aus betrieblicher Geschäftstätigkeit ihrer Tochtergesellschaften sowie die bestehenden Kreditvereinbarungen mit Finanzinstituten zu Gute. Die wesentlichen Kreditvereinbarungen sind in der FP Holding AG gebündelt, welche die Mittel an ihre Tochtergesellschaften weitergeleitet hat. Zum Bilanzstichtag umfassen die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Darlehen in Höhe von TEUR 26.458 (inkl. Verbindlichkeiten aus einer Betriebsmittelkreditlinie in Höhe von TEUR 0) sowie TUSD 5.078. Darüber hinaus ist die FP Holding AG Teil eines konzernweiten Cash-Management-Systems. Der neue Konsortialkredit enthält im Verhältnis zum bisherigen Kreditengagement teilweise verbesserte Konditionen, die auch die Erfordernisse der operativen Gesellschaften berücksichtigen und ein erhöhtes Maß an Flexibilität gewährleisten. Die Laufzeit geht bis zum Februar 2014.

Im Jahr 2012 beliefen sich die Tilgungen auf TEUR 4.054. Da absehbar wurde, dass insbesondere die finanziellen Belastungen aus der Inanspruchnahme der in 2011 gebildeten Restrukturierungsrückstellungen zusätzliche Mittel bedingen würden, wurden im Rahmen des Konsortialdarlehens zusätzliche Inanspruchnahmen beziehungsweise Stundungen vereinbart. Der Konzern konnte allen Zahlungsverpflichtungen nachkommen.

4. Forschung und Entwicklung

Die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten werden im Wesentlichen bei der Francotyp-Postalia GmbH erbracht.

4.1 Aktivitäten und Ergebnisse

FP GmbH

Ein Schwerpunkt der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit war die Internationalisierung der Frankiersystem-Plattform PostBase einschließlich der zugehörigen postalischen Zulassungen. Das PostBase System besteht aus einem Grundgerät, das in drei Geschwindigkeitsvarianten angeboten wird, einer automatischen Briefzuführung sowie An- und Ablage und einer PC-Software (Navigator), mit der ein Nutzer das PostBase System komfortabel vom PC aus konfigurieren und bedienen kann. Dieses PostBase System wurde 2012 für die Postmärkte in Deutschland, USA, Österreich und Großbritannien zugelassen.

Die Fertigungsüberleitung versetzte die Fertigungslinie in die Lage, die Serienproduktion des PostBase Systems, beginnend mit April 2012, schneller hochzufahren als jedes frühere Hardware Produkt des FP-Konzerns. Durch gezielte montage-stabilisierende und qualitätssichernde Maßnahmen vor Ort wurden 2012 bereits mehr als 7.500 Systeme gefertigt und ausgeliefert.

Mentana-Claimsoft

Ein weiterer Schwerpunkt der Entwicklungstätigkeit war die Weiterentwicklung der De-Mail Systeme. Dies geschah teils aufgrund von Auflagen aus der Zertifizierung und des jährlichen Überwachungsaudits, teils auch marktgetrieben. Innerhalb der De-Mail Produkte wurde ein neues De-Mail Gateway für Geschäftskunden entwickelt, dass jetzt viele im Markt angefragte Erweiterungen, wie hybride Schnittstelle (zur Internet Access Berlin), Kostenstellenabrechnung und Mandantenfähigkeit, enthält. Neben der Entwicklungstätigkeit im Bereich De-Mail wurden auch die Langzeitarchivierungslösungen und Signaturprodukte weiter entwickelt.

iab

Das beherrschende technische Innovationsthema bei der iab war das Implementierungs- und Customizing-Projekt des modernen Output-Management-Systems „StreamServe“ der Firma OpenText bei einem großen Bestandskunden sowie eines adäquaten Input-Management-Systems namens smartREPLY der Firma ISR. Die erlangten Kenntnisse und Expertise soll auch bei weiteren Kunden eingebracht und vertrieblich genutzt werden. Ein weiteres technisches Projekt war die Vertiefung der Zusammenarbeit mit der Mentana-Claimsoft zur Ausstattung des De-Mail-Gateways mit einer elektronischen Weiche zur automatisierbaren Übergabe von Briefdokumenten an die iab („Hybrid-Bridge“).

4.2 Investitionen in Forschung und Entwicklung

Im abgelaufenen Geschäftsjahr beliefen sich die Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen des FP-Konzerns auf insgesamt 10,3 Mio. Euro und lagen damit 5 % unter dem Niveau des Vorjahres (10,8 Mio. Euro). Diese Werte sind bereits gemindert um Fördergelder in Höhe von 1,19 Mio. Euro (im Vorjahr 1,2 Mio. Euro). Die Forschungs- und Entwicklungsquote, gemessen am Konzernumsatz, stieg in 2012 auf 6,3 % (Vorjahr 6,8 %).

5. Umwelt- und Qualitätsmanagement sowie Arbeitnehmerbelange

Im Geschäftsjahr 2010 hatte die Francotyp-Postalia Holding AG ihr integriertes Managementsystem um das Umweltmanagementsystem erweitert und nach ISO 14001 erfolgreich zertifizieren lassen. Zum Jahresende 2012 wurde ergänzend das Arbeits- und Gesundheitsschutzsystem nach OHSAS 18001 zertifiziert.

Im Umweltmanagementsystem sind die Verantwortlichkeiten, die entsprechenden Verfahren sowie Abläufe zur kontinuierlichen Verbesserung der Umweltbelastung aus der betrieblichen Tätigkeit festgelegt. Ein wichtiges Ziel besteht darin, die Abläufe in ökologischer Hinsicht zu optimieren und ein Bewusstsein für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen sowie ein entsprechendes Handeln bei allen Mitarbeitern zu schaffen. In diesem Rahmen wurden auch die Voraussetzungen für die ergänzende Zertifizierung nach OHSAS 18001 (Arbeitsschutzmanagement) geschaffen und die Mitarbeiter wurden entsprechend geschult.

Bereits im Jahr 2009 hatte die englische Tochtergesellschaft Francotyp-Postalia Ltd. das ISO 14001 Zertifikat erhalten. Die internationale Umweltmanagementnorm ISO 14001 legt weltweit anerkannte Anforderungen an ein Umweltmanagementsystem fest und ist Teil einer Normenfamilie. Diese Normenfamilie beinhaltet zahlreiche weitere Normen zu verschiedenen Bereichen des Umweltmanagements, u. a. zu Ökobilanzen, zu Umweltkennzahlen bzw. zur Umweltleistungsbewertung. Sie kann sowohl auf produzierende als auch auf dienstleistungsorientierte Unternehmen angewendet werden.

Francotyp-Postalia wird das Umweltmanagementsystem kontinuierlich weiterentwickeln, um so nachhaltig den sich stetig veränderten Anforderungen des Umweltschutzes gerecht zu werden. Damit investiert FP in den Vertrieb und das Marketing der Produktpalette. In vielen internationalen Projekten ist die ISO 14001 Zertifizierung eine zwingende Bedingung, um an Ausschreibungen teilnehmen zu können. Aber auch bestehende und vor allem neue Kunden achten zunehmend auf umweltschonende Faktoren der Produkte.

Das Thema Umweltschutz spielt deshalb auch in der Produktentwicklung eine große Rolle. So brachte FP 2009 das erste Frankiersystem mit GOGREEN-Funktionalität auf den Markt und unterstützt damit das Klimaschutzprogramm der Deutschen Post; diese erfasst kundenindividuell die CO₂-Emissionen, die beim Transport einer GOGREEN-Sendung entstehen. Die Gesellschaft ermöglicht auf diese Weise umweltbewussten Unternehmen den klimaneutralen Transport von entsprechend frankierten Briefsendungen. Mit einer weiterentwickelten Frankiermaschine lässt sich das notwendige Logo parallel mit jeder Frankierung auf den Umschlag drucken.

Eine wichtige Rolle spielt zudem das Qualitätsmanagement. Die Unternehmenseinheiten der Francotyp-Postalia Holding AG konnten 2010 das System nach ISO 9001 für weitere drei Jahre rezertifizieren. Dabei bescheinigten die Auditoren den Gesellschaften insbesondere eine positive Entwicklung des Managementsystems und registrieren Verbesserungen in Bereichen wie Entwicklung, Beschaffung und Produktion.

Im Rahmen der Auditierung wurde darüber hinaus ein Vergleich der Prozesse mit denen vergleichbarer Industrien durchgeführt. Bei dieser Benchmark-Analyse erzielte Francotyp-Postalia speziell im Bereich der Kundenorientierung Bestnoten. Im summarischen Vergleich konnte FP ebenfalls überdurchschnittliche Ergebnisse erzielen.

Die Tochtergesellschaft freesort ist zertifiziert vom Qualitätsverbund des Bundesverbands Deutscher Sachverständigen Rat e.V.

Die iab GmbH verfügt über die ISO-Zertifizierung nach ISO 9001.

Arbeitnehmerbelange

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Francotyp-Postalia machen den Erfolg aus. Ihre Identifikation mit dem Francotyp-Postalia und ihr Engagement für dessen Ziele leisten einen entscheidenden Beitrag zum langfristigen Unternehmenserfolg. Die Potenziale der Mitarbeiter werden durch ein hohes Maß an Eigenverantwortung gefordert und gefördert.

Bei FP ist man sich der gesellschaftlichen Verantwortung bewusst und unterstützt beispielsweise Mitmenschen mit Beeinträchtigungen. So achtet die Tochtergesellschaft freesort seit der Gründung auf Barrierefreiheit und Behindertenfreundlichkeit. Das Unternehmen beschäftigt zahlreiche Taubstumme und Gehörlose und wurde dafür von der Stadt Frankfurt ausgezeichnet. Im Jahr 2010 gewann das Unternehmen den deutschen Arbeitsplatzinvestor-Preis in der Kategorie „Behinderten-Arbeitsplätze“, verliehen vom Wirtschaftsclub Rhein-Main und der Bundesagentur für Arbeit. Hierbei werden jährlich Unternehmen ausgezeichnet, die sich in herausragender Weise ihrer Verantwortung bewusst sind, Arbeitsplätze zu schaffen.

6. Erläuternder Bericht des Vorstands gemäß § 289 Abs. 4 HGB

Nachstehend informiert der FP-Konzern über die verpflichtenden Angaben nach § 289 Abs. 4 HGB. Es handelt sich dabei insgesamt um Regelungen, die bei börsennotierten Unternehmen üblich sind und nicht dem Zweck der Erschwerung etwaiger Übernahmeveruche dienen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 1 HGB (Gezeichnetes Kapital)

Am 31. Dezember 2012 betrug das Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG 16.160.000 Euro. Es ist in 16.160.000 Stückaktien eingeteilt.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 2 HGB (Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen)

Jede Aktie berechtigt zur Abgabe einer Stimme in der Hauptversammlung. Beschränkungen betreffend der Stimmrechte oder deren Übertragung bestehen nicht. Zum 31. Dezember 2012 lag der Bestand an eigenen Aktien bei 370.444. Dies entspricht einem Anteil von 2,3 % des Grundkapitals. Bei eigenen Aktien werden keine Stimmrechte ausgeübt. Etwaige Beschränkungen, die sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben könnten, sind dem Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG nicht bekannt.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 3 HGB (Direkte oder indirekte Beteiligungen am Kapital, die 10 % der Stimmrechte überschreiten)

Zum 31. Dezember 2012 hielt die Amiral Gestion mit Sitz in Paris, Frankreich, 10,03 % am Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG. Dies entspricht 1.660.000 Aktien.

**Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 4 HGB
(Aktien mit Sonderrechten)**

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben.

**Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 5 HGB
(Stimmrechtskontrolle bei Arbeitnehmerbeteiligung)**

Es existieren keine Stimmrechtskontrollen.

**Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 6 HGB
(Gesetzliche Bestimmung der Satzung über die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und über die Änderung der Satzung)**

Gemäß Ziffer 6 Abs. 2 der Satzung der Francotyp-Postalia Holding AG erfolgen die Bestimmung der Anzahl der Vorstandsmitglieder, deren Bestellung sowie der Widerruf ihrer Bestellung durch den Aufsichtsrat. Nach Ziffer 6 Abs. 3 der Satzung kann der Aufsichtsrat einem Aufsichtsratsausschuss den Abschluss, die Änderung und Beendigung von Anstellungsverträgen der Vorstandsmitglieder übertragen.

Die Satzung schreibt in Ziffer 23 Abs. 1 vor, dass die Hauptversammlung ihre Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen und, sofern das Gesetz außer der Stimmenmehrheit eine Kapitalmehrheit vorschreibt, mit der einfachen Mehrheit des bei der Beschlussfassung vertretenen Grundkapitals, falls das Gesetz oder die Satzung nicht zwingend eine größere Mehrheit vorschreibt, fasst. Stimmenenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Darüber hinaus kann der Aufsichtsrat gemäß Ziffer 15 Abs. 2 der Satzung Satzungsänderungen vornehmen, die nur die Fassung betreffen.

**Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 7 HGB
(Befugnisse des Vorstands hinsichtlich der Möglichkeit, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen)**

Genehmigtes Kapital

Der Vorstand war gemäß Ziff. 4 Abs. 3 der Satzung ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 15. Oktober 2011 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- oder Sacheinlagen, einmal oder mehrmals, insgesamt um bis zu 6.000.000 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2006). Von dieser Ermächtigung ist kein Gebrauch gemacht worden. Um der Verwaltung den bisherigen Handlungsspielraum über den 15. Oktober 2011 hinaus zu erhalten, hat die Hauptversammlung am 30. Juni 2011 beschlossen, das Genehmigte Kapital 2006 aufzuheben und durch ein neues Genehmigtes Kapital 2011 zu ersetzen. Dieses wurde zudem leicht erhöht.

Der Vorstand wird ermächtigt, das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 29. Juni 2016 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stückaktien gegen Bar- und/oder Sacheinlagen, einmal oder mehrmals, insgesamt um bis zu 7.350.000 Euro zu erhöhen (Genehmigtes Kapital 2011). Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht auf die neuen Aktien zu. Gemäß § 186 Abs. 5 AktG können die neuen Aktien auch von einem oder mehreren Kreditinstituten oder einem Konsortium aus Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten.

Der Vorstand ist ermächtigt, einmalig oder mehrmalig mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auszuschließen:

- für Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben;
- soweit es erforderlich ist, um den Inhabern von bereits zuvor ausgegebenen Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten oder Options- oder Wandlungspflichten ein Bezugsrecht in dem Umfang gewähren zu können, wie es ihnen nach Ausübung der Options- oder Wandlungsrechte bzw. nach Erfüllung der Options- oder Wandlungspflichten zustehen würde;
- soweit die neuen Aktien gegen Sacheinlagen ausgegeben werden sollen, um Unternehmen, Unternehmensteile oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, und sofern der Erwerb des Unternehmens oder der Beteiligung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt;
- soweit die neuen Aktien gegen Bareinlagen ausgegeben werden und der auf die neu auszugebenden Aktien insgesamt entfallende anteilige Betrag des Grundkapitals 10 % des Grundkapitals nicht überschreitet und der Ausgabepreis der neu auszugebenden Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien der Gesellschaft zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet. Für die Berechnung der Grenze von 10 % des Grundkapitals ist die Höhe des Grundkapitals im Zeitpunkt des Wirksamwerdens der Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung maßgebend. Auf diesen Höchstbetrag ist der anteilige Betrag des Grundkapitals anzurechnen, der auf neue oder auf zuvor erworbene eigene Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in unmittelbarer, sinngemäßer oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden, sowie der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf Aktien entfällt, die zur Bedienung von Options- oder Wandlungsrechten oder zur Erfüllung von Options- oder Wandlungspflichten aus Schuldverschreibungen ausgegeben werden bzw. auszugeben sind, sofern die Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in sinngemäßer Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden;
- für einen Anteil am genehmigten Kapital in Höhe von bis zu insgesamt 1.470.000 Euro, um die neuen Aktien an Mitarbeiter der Gesellschaft oder Mitarbeiter einer ihrer unmittelbaren oder mittelbaren Konzernunternehmen im Sinne des § 18 AktG auszugeben, wobei die Ausgabe der Belegschaftsaktien auch zu einem Vorzugspreis erfolgen kann.

Über den Inhalt der jeweiligen Aktienrechte und die sonstigen Bedingungen der Aktienaussgabe entscheidet der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats. Der Aufsichtsrat ist ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend dem Umfang der Kapitalerhöhung aus dem genehmigten Kapital zu ändern.

Am 23. März 2012 hat der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um 1,46 Mio. Euro zu erhöhen. Hierzu gab das Unternehmen neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien mit einem anteiligen Betrag am Grundkapital von 1 Euro je Aktie aus. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt nun 16,16 Mio. Euro. Die neuen Aktien wurden unmittelbar nach Zustimmung des Aufsichtsrates im Rahmen eines Private Placement durch die 3R Investments Ltd., Zypern, gezeichnet. Damit ist die Kapitalerhöhung erfolgreich platziert. Der Ausgabebetrag lag bei

2,66 Euro je Aktie; der Gesellschaft floss ein Bruttoemissionserlös in Höhe von 3,9 Mio. Euro zu.

Beschlussfassung 2012

Mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschloss der Vorstand am 23. März 2012 das Grundkapital der FP Holding AG von EUR 14.700.000, eingeteilt in 14.700.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien, um EUR 1.460.000 gegen Bareinlagen auf EUR 16.160.000 durch Ausgabe von 1.460.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien mit voller Gewinnberechtigung ab dem 1. Januar 2012 zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der Ausgabebetrag betrug EUR 2,66 je Aktie womit ein Bruttoemissionserlös in Höhe von EUR 3.883.600 erzielt wurde. Die Zeichnung und Übernahme der 1.460.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien erfolgte durch die 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern. Die Bareinlagen zuzüglich Aufgeld flossen im März 2012 zu.

Bedingtes Kapital

Am 30. Juni 2011 hat die Hauptversammlung beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um einen Betrag von bis zu 6.305.000 Euro durch Ausgabe von bis zu 6.305.000 neuen auf den Inhaber lautenden Stückaktien mit einem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von 1,00 Euro je Aktie bedingt zu erhöhen (Bedingtes Kapital 2011).

Das bedingte Kapital dient der Gewährung von Aktien an die Inhaber oder Gläubiger von Options- oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechten oder Gewinnschuldverschreibungen (bzw. Kombinationen dieser Instrumente), die bis zum 29. Juni 2016 von der Gesellschaft oder durch ein unmittelbares oder mittelbares Konzernunternehmen der Gesellschaft im Sinne des § 18 AktG begeben werden. Sie wird nur insoweit durchgeführt, als von Options- oder Wandlungsrechten aus den vorgenannten Schuldverschreibungen Gebrauch gemacht wird oder Options- oder Wandlungspflichten aus solchen Schuldverschreibungen erfüllt werden und soweit nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden. Die Ausgabe der neuen Aktien erfolgt zu dem nach Maßgabe der vorstehenden Ermächtigung jeweils zu bestimmenden Options- bzw. Wandlungspreis. Die neuen Aktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, in dem sie durch Ausübung von Wandlungs- bzw. Optionsrechten oder durch Erfüllung von Wandlungspflichten entstehen, am Gewinn teil.

Der Vorstand wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung festzusetzen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend der Durchführung der bedingten Kapitalerhöhung zu ändern.

Wandel- und Optionsrechte

Der Vorstand wurde mit Beschluss der Hauptversammlung vom 30. Juni 2011 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats bis zum 29. Juni 2016, einmalig oder mehrmalig, insgesamt oder in Teilbeträgen, Options- oder Wandelschuldverschreibungen, Genussrechte oder Gewinnschuldverschreibungen bzw. Kombinationen dieser Instrumente (zusammen „Schuldverschreibungen“) im Gesamtnennbetrag von bis zu 200.000.000 Euro zu begeben und den Inhabern bzw. Gläubigern (zusammen im Folgenden „Inhaber“) der jeweiligen Teilschuldverschreibungen Options- oder Wandlungsrechte auf den Erwerb von auf den Inhaber lautenden Stückaktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von insgesamt bis zu 6.305.000 Euro nach näherer Maßgabe der Bedingungen der Schuldverschreibungen zu gewähren und entsprechende Options- oder Wandlungspflichten zu begründen. Die Schuldverschreibungen sowie die Wandlungs- und Optionsrechte bzw. -pflichten dürfen mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren oder ohne Laufzeitbegrenzung be-

geben werden. Die Ausgabe von Schuldverschreibungen kann insgesamt oder teilweise auch gegen Erbringung einer Sachleistung erfolgen.

Die einzelnen Emissionen können in jeweils unter sich gleichberechtigte Teilschuldverschreibungen eingeteilt werden.

Die Schuldverschreibungen können in Euro oder – im entsprechenden Gegenwert – in der gesetzlichen Währung eines OECD-Landes begeben werden. Sie können auch durch ein unmittelbares oder mittelbares Konzernunternehmen der Francotyp-Postalia Holding AG im Sinne des § 18 AktG begeben werden; in einem solchen Fall wird der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die Garantie für die Schuldverschreibungen zu übernehmen und den Inhabern Options- bzw. Wandlungsrechte auf neue, auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft zu gewähren oder entsprechende Options- oder Wandlungspflichten zu begründen.

Im Falle der Ausgabe von Optionsschuldverschreibungen werden jeder Teilschuldverschreibung ein oder mehrere Optionsscheine beigelegt, die den Inhaber berechtigen, nach Maßgabe der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzulegenden Optionsanleihebedingungen auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft zu beziehen. Die Optionsanleihebedingungen können vorsehen, dass der Optionspreis ganz oder teilweise auch durch Übertragung von Teilschuldverschreibungen erbracht werden kann, soweit diese auf Euro lauten. Das Bezugsverhältnis ergibt sich in diesem Fall aus der Division des Nennbetrages einer Teilschuldverschreibung durch den festgesetzten Optionspreis für eine auf den Inhaber lautende Stückaktie der Gesellschaft. Der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf die je Teilschuldverschreibung zu beziehenden Aktien entfällt, darf den Nennbetrag der einzelnen Teilschuldverschreibung nicht übersteigen. Die Laufzeit des Optionsrechts darf die Laufzeit der Optionsschuldverschreibung nicht überschreiten.

Im Falle der Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen erhalten die Inhaber der Teilschuldverschreibungen das Recht, diese nach näherer Maßgabe der vom Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates festzulegenden Wandelanleihebedingungen in auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft umzutauschen. Das Umtauschverhältnis ergibt sich aus der Division des Nennbetrages oder des unter dem Nennbetrag liegenden Ausgabebetrages einer Teilschuldverschreibung durch den festgesetzten Wandlungspreis für eine auf den Inhaber lautende Stückaktie der Gesellschaft und kann auf eine volle Zahl auf- oder abgerundet werden. Der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf die bei Wandlung auszugebenden Aktien entfällt, darf den Nennbetrag der einzelnen Teilschuldverschreibung nicht übersteigen.

Die Bedingungen der Schuldverschreibungen können auch eine Options- oder Wandlungspflicht zum Ende der Laufzeit oder zu einem früheren Zeitpunkt begründen.

Die Bedingungen der Schuldverschreibungen können das Recht der Gesellschaft vorsehen, bei Endfälligkeit der mit einem Options- oder Wandlungsrecht verbundenen Schuldverschreibungen den Inhabern der Schuldverschreibungen ganz oder teilweise an Stelle der Zahlung des fälligen Geldbetrages Aktien der Gesellschaft zu gewähren. Ferner kann vorgesehen werden, dass die Gesellschaft den Options- oder Wandlungsberechtigten oder -verpflichteten nicht auf den Inhaber lautende Stückaktien der Gesellschaft gewährt, sondern den Gegenwert in Geld zahlt.

Soweit die Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts oder die Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht zu rechnerischen Bruchteilen von Aktien führt, werden diese grundsätzlich in Geld ausgeglichen. Die Bedingungen der Schuldverschreibungen können jedoch

vorsehen, dass kein Ausgleich für rechnerische Bruchteile von Aktien zu erfolgen hat. Die Gesellschaft kann in den Bedingungen der Schuldverschreibungen berechtigt werden, eine etwaige Differenz zwischen dem Nennbetrag der Teilschuldverschreibung und dem Produkt aus dem Options- bzw. Wandlungspreis und dem Bezugs- bzw. Umtauschverhältnis ganz oder teilweise durch Zahlung in Geld auszugleichen.

Die vorstehenden Vorgaben gelten entsprechend, wenn Optionsscheine einem Genussrecht oder einer Gewinnschuldverschreibung beigelegt werden oder wenn das Options- oder Wandlungsrecht oder die Options- oder Wandlungspflicht auf einem Genussrecht oder einer Gewinnschuldverschreibung beruht.

Der jeweils festzusetzende Options- oder Wandlungspreis muss, auch wenn er oder das Bezugs- oder Umtauschverhältnis variabel ist, mindestens 80 % des gewichteten durchschnittlichen Börsenkurses der Francotyp-Postalia Holding-Aktie in der Schlussauktion im vollelektronischen Handel an der Frankfurter Wertpapierbörse, Frankfurt am Main, auf Basis des Handelssystems Xetra (oder einem an dessen Stelle tretenden, funktional vergleichbaren Nachfolgesystem) betragen, und zwar

- während der zehn Börsentage der Frankfurter Wertpapierbörse, Frankfurt am Main, vor dem Tag der Beschlussfassung durch den Vorstand über die Begebung der Schuldverschreibungen bzw. über die Erklärung der Annahme durch die Gesellschaft nach einer öffentlichen Aufforderung zur Abgabe von Zeichnungsangeboten, oder,
- für den Fall der Einräumung eines Bezugsrechts auf die Schuldverschreibungen, vom Beginn der Bezugsfrist bis einschließlich des Tages vor der Bekanntmachung der endgültigen Festlegung der Konditionen gemäß § 186 Abs. 2 Satz 2 AktG

§ 9 Abs. 1 AktG bleibt unberührt.

Sofern während der Laufzeit von Schuldverschreibungen, die ein Options- oder Wandlungsrecht bzw. eine Options- oder Wandlungspflicht gewähren bzw. bestimmen, Verwässerungen des wirtschaftlichen Werts der bestehenden Options- oder Wandlungsrechte eintreten (beispielsweise durch Begebung weiterer Schuldverschreibungen oder Kapitalerhöhungen aus Gesellschaftsmitteln) und dafür keine Bezugsrechte als Kompensation eingeräumt werden, werden die Options- oder Wandlungsrechte – unbeschadet § 9 Abs. 1 AktG – wertwahrend angepasst, soweit die Anpassung nicht bereits durch Gesetz zwingend geregelt ist. In jedem Fall darf der anteilige Betrag des Grundkapitals, der auf die je Teilschuldverschreibung zu beziehenden Aktien entfällt, den Nennbetrag der einzelnen Teilschuldverschreibung nicht übersteigen.

Statt einer wertwahrenden Anpassung des Options- bzw. Wandlungspreises kann nach näherer Bestimmung der Bedingungen der Schuldverschreibungen in allen diesen Fällen auch die Zahlung eines entsprechenden Betrages in Geld durch die Gesellschaft bei Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts oder bei der Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht vorgesehen werden.

Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht auf die Schuldverschreibungen zu. Die Schuldverschreibungen können auch von einem oder mehreren Kreditinstituten oder einem Konsortium aus Kreditinstituten mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht).

Der Vorstand wird jedoch ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre auf die Schuldverschreibungen auszuschließen:

- für Spitzenbeträge, die sich aufgrund des Bezugsverhältnisses ergeben;
- soweit dies erforderlich ist, um den Inhabern von bereits ausgegebenen Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten oder Options- oder Wandlungspflichten ein Umtausch- oder Bezugsrecht in dem Umfang gewähren zu können, wie es ihnen nach Ausübung des Options- oder Wandlungsrechts oder bei Erfüllung der Options- oder Wandlungspflicht zustehen würde;
- soweit Schuldverschreibungen gegen Sachleistungen ausgegeben werden sollen und der Wert der Sachleistung in einem angemessenen Verhältnis zu dem nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert der Schuldverschreibungen steht;
- soweit Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrecht oder Options- oder Wandlungspflicht gegen Barleistung ausgegeben werden sollen und der Ausgabepreis ihren nach anerkannten finanzmathematischen Methoden ermittelten theoretischen Marktwert nicht wesentlich unterschreitet. Diese Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss gilt nur insoweit, als auf die zur Bedienung der Options- und Wandlungsrechte bzw. bei Erfüllung der Options- oder Wandlungspflichten ausgegebenen bzw. auszugebenden Aktien insgesamt ein anteiliger Betrag des Grundkapitals von nicht mehr als 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft entfällt. Für die Berechnung der 10 %-Grenze ist die Höhe des Grundkapitals zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung oder – falls dieser Wert geringer ist – zum Zeitpunkt der Ausübung der vorliegenden Ermächtigung maßgebend. Auf diesen Höchstbetrag ist der anteilige Betrag des Grundkapitals anzurechnen, der auf Aktien entfällt, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung in unmittelbarer, sinngemäßer oder entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG unter Ausschluss des Bezugsrechts ausgegeben oder veräußert werden.

Der Vorstand wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats die weiteren Einzelheiten der Ausgabe und Ausstattung der Schuldverschreibungen festzusetzen bzw. im Einvernehmen mit den Organen der die Schuldverschreibungen begebenden Gesellschaften, an denen die Gesellschaft eine unmittelbare oder mittelbare Mehrheitsbeteiligung hält, festzulegen. Dies betrifft insbesondere Volumen, Zeitpunkt, Zinssatz, Art der Verzinsung, Ausgabekurs, Laufzeit und Stückelung, Options- bzw. Wandlungszeitraum, Festlegung einer Zuzahlung in bar, den Ausgleich oder die Zusammenlegung von Spitzen sowie die Barzahlung statt Lieferung von auf den Inhaber lautenden Stückaktien.

Bedingtes Kapital zur ausschließlichen Erfüllung von Bezugsrechten

Am 1. Juli 2010 hat die Hauptversammlung beschlossen, das Grundkapital der Gesellschaft um bis zu 1.045.000,00 Euro durch Ausgabe von bis zu 1.045.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien bedingt zu erhöhen. Die bedingte Kapitalerhöhung dient ausschließlich der Erfüllung von Bezugsrechten, die bis zum 30. Juni 2015 aufgrund der im Beschluss der Hauptversammlung vom gleichen Tag formulierten Bedingungen gewährt werden. Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie die Inhaber der ausgegebenen Bezugsrechte von ihrem Recht zum Bezug von Aktien der Gesellschaft Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt. Die Ausgabe der Aktien aus dem bedingten Kapital erfolgt zu dem gemäß folgender von der Hauptversammlung beschlossener Bedingungen: „Der Ausübungspreis eines Bezugsrechts entspricht dem durchschnittlichen Börsenkurs (Schlusskurs) der Inhaber-Stückaktie der Gesellschaft im

elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main an den letzten 90 Kalendertagen vor der Gewährung des Bezugsrechts. Mindestausübungspreis ist jedoch der auf die einzelne Stückaktie entfallende anteilige Betrag am Grundkapital der Gesellschaft (derzeit Euro 1,00) (§ 9 Abs. 1 AktG).“

Die neuen Stückaktien nehmen vom Beginn des Geschäftsjahres an, für das zum Zeitpunkt der Ausübung der Bezugsrechte noch kein Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns gefasst worden ist, am Gewinn teil.

Ermächtigung zum Erwerb sowie zur Veräußerung eigener Aktien

Auf der ordentlichen Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG vom 1. Juli 2010 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die nach dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr gemäß den §§ 71d und 71e Aktiengesetz zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des jeweiligen Grundkapitals entfallen. Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgenutzt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 30. Juni 2015.

Der Erwerb eigener Aktien kann auf Grundlage der neuen Ermächtigung entweder über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots erfolgen.

Sofern bei einem öffentlichen Kaufangebot die Anzahl der angedienten Aktien die zum Erwerb vorgesehene Aktienanzahl übersteigt, kann der Erwerb unter Ausschluss des Andienungsrechts der Aktionäre nach dem Verhältnis der angedienten Aktien erfolgen, um das Erwerbsverfahren zu vereinfachen. Dieser Vereinfachung dient auch die bevorrechtigte Berücksichtigung geringer Stückzahlen bis zu 100 Stück angedienter Aktien je Aktionär.

Die Ermächtigung sieht vor, dass die erworbenen eigenen Aktien über die Börse oder im Wege eines an alle Aktionäre gerichteten Angebots wieder veräußert werden können. Darüber hinaus soll der Vorstand allerdings auch ermächtigt werden, mit Zustimmung des Aufsichtsrats

- eigene Aktien ohne einen weiteren Hauptversammlungsbeschluss einzuziehen.
- eigene Aktien als Gegenleistung im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder als Gegenleistung beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran anzubieten und zu übertragen. Die aus diesem Grund vorgeschlagene Ermächtigung soll die Gesellschaft im Wettbewerb um interessante Akquisitionsobjekte stärken und ihr ermöglichen, schnell, flexibel und liquiditätsschonend auf sich bietende Gelegenheiten zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran zu reagieren. Dem trägt der vorgeschlagene Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre Rechnung. Die Entscheidung, ob im Einzelfall eigene Aktien oder Aktien aus einem genehmigten Kapital genutzt werden, trifft der Vorstand, wobei er sich allein vom Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft leiten lässt. Bei der Festlegung der Bewertungsrelationen wird der Vorstand sicherstellen, dass die Interessen der Aktionäre angemessen gewahrt werden. Dabei wird der Vorstand den Börsenkurs der Aktie berücksichtigen; eine schematische Anknüpfung an einen Börsenkurs ist indes nicht vorgesehen, insbesondere damit einmal erzielte Verhandlungsergebnisse durch Schwankungen des Börsenkurses nicht wieder in Frage gestellt werden können. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.
- eigene Aktien auszugeben, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien bisher nicht notiert sind. Auf diesem Wege soll die Gesellschaft die Flexibilität erhalten, soweit dies aus Gründen der besseren langfristigen Ei-

genkapitalfinanzierung notwendig erscheint, Zweitnotierungen an ausländischen Börsen aufzunehmen. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.

- eigene Aktien gegen Barleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts an Dritte zu veräußern, z. B. an institutionelle Investoren oder zur Erschließung neuer Investorenkreise. Voraussetzung einer solchen Veräußerung ist, dass der erzielte Preis (ohne Erwerbsnebenkosten) den am Handelstag durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet. Durch die Orientierung des Veräußerungspreises am Börsenkurs wird dem Gedanken des Verwässerungsschutzes Rechnung getragen und das Vermögens- und Stimmrechtsinteresse der Aktionäre angemessen gewahrt. Die Verwaltung wird sich bei Festlegung des endgültigen Veräußerungspreises – unter Berücksichtigung der aktuellen Marktgegebenheiten – bemühen, einen etwaigen Abschlag vom Börsenkurs so niedrig wie möglich zu bemessen. Die Aktionäre haben grundsätzlich die Möglichkeit, ihre Beteiligungsquote durch Kauf von Aktien über die Börse aufrecht zu erhalten, während der Gesellschaft im Interesse der Aktionäre weitere Handlungsspielräume eröffnet werden, um kurzfristig günstige Börsensituationen auszunutzen. Konkrete Pläne für das Ausnutzen dieser Ermächtigung bestehen derzeit nicht.
- einzelnen Mitgliedern des Vorstands anstelle der von der Gesellschaft geschuldeten Bar-Vergütung eigene Aktien anzubieten. Hintergrund dieser Ermächtigung sind Überlegungen des Aufsichtsrats, bereits fällige oder noch fällig werdende Gehaltsbestandteile des Vorstands nicht in bar, sondern in Aktien der Gesellschaft zu vergüten. Der Vorteil eines solchen Vorgehens läge nicht nur in der Schonung der Liquiditätsreserven der Gesellschaft, sondern auch in der Schaffung eines weiteren Anreizes für den Vorstand, den Unternehmenswert durch besondere Leistungen zu steigern und damit im Interesse der Aktionäre und der Gesellschaft eine nachhaltige Kursentwicklung zu fördern. Einer wertmäßigen Verwässerung der bestehenden Aktienbeteiligungen wird dadurch entgegengewirkt, dass der Preis, welcher bei der Ermittlung der Zahl der zu übertragenden eigenen Aktien zu Grunde gelegt wird, den am Tag der Angebotsunterbreitung durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreiten darf (ohne Erwerbsnebenkosten).
- eigenen Aktien zur Bedienung von Bezugsrechten, die unter dem Aktienoptionsplan 2010 der Gesellschaft ordnungsgemäß ausgegeben und ausgeübt wurden, zu bedienen. Der Vorteil der Bedienung von Bezugsrechten unter dem Aktienoptionsplan 2010 mit eigenen Aktien liegt darin, dass die Gesellschaft nicht unter Ausnutzung des bedingten Kapitals neue Aktien ausgeben muss, mithin den damit für die bestehenden Aktionäre verbundenen Verwässerungseffekt vermeiden kann.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 8 HGB

Wesentliche Vereinbarungen des Mutterunternehmens, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen)

Wesentliche Vereinbarungen der Konzernmuttergesellschaft Francotyp-Postalia Holding AG, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden weder mit Dritten noch mit Tochterunternehmen getroffen.

Angaben nach § 289 Abs. 4 Nr. 9 HGB

(Entschädigungsvereinbarung des Mutterunternehmens für den Fall eines Übernahmeangebots)

Eine solche Vereinbarung bestand zum Stichtag 31. Dezember 2012 nicht.

7. Vergütung von Vorstandsmitgliedern und Aufsichtsratsmitgliedern

Die Gesamtvergütung der Vorstandsmitglieder umfasst die monetären Vergütungsteile, die Versorgungszusagen und die sonstigen Zusagen, insbesondere für den Fall der Beendigung der Tätigkeit, Nebenleistungen jeder Art und Leistungen von Dritten, die im Hinblick auf die Vorstandstätigkeit zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt werden. Entsprechend den Empfehlungen des Corporate Governance Kodex umfassen die monetären Vergütungsteile sowohl fixe wie auch variable Bestandteile.

Durch Beschluss der Hauptversammlung wird die Vergütung der Aufsichtsratsmitglieder in der Satzung festgelegt. Die Aufsichtsratsvergütung trägt der Verantwortung und dem Tätigkeitsumfang der Aufsichtsratsmitglieder Rechnung und berücksichtigt sowohl den Vorsitz und den stellvertretenden Vorsitz wie auch die mögliche Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Eine erfolgsorientierte Vergütung ist dabei nicht vorgesehen.

Gesamtbezüge von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten von Francotyp-Postalia unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. In den mit den Vorständen abgeschlossenen Dienstverträgen sind ein festes Jahresgehalt und ein erfolgsabhängiger Bonus, abhängig vom erzielten Cash Flow und EBITA, festgelegt.

Die ordentliche Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG vom 1. Juli 2010 hat beschlossen, an Mitglieder der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG und an Führungskräfte der FP-Konzern Bezugsrechte auszugeben, die die Inhaber dazu berechtigen, insgesamt maximal 1.045.000 Aktien gegen Zahlung des Ausübungspreises zu beziehen (Aktienoptionsplan). Aus diesem Aktienoptionsplan sind dem Vorstand je 180.000 – insgesamt 360.000 Aktienoptionen – gemäß Beschluss der Hauptversammlung zugeteilt worden, eine Option hat einen beizulegenden Zeitwert von 1,37 Euro.

Die Bezüge stellen sich wie folgt dar:

TEUR		Fixes Entgelt	Sach- bezüge / Zuschüsse	Boni	Boni (Rück- stellung)	Aktienop- tionen (Per- sonal- aufwand)	Gesamt- vergütung
Hans Szymanski	2012	316	15	30	-30	60	391
	2011	279	11	140	-96	51	385
Andreas Drechsler	2012	286	18	30	-30	60	364
	2011	253	15	140	-96	51	363
Gesamtbezüge für das Geschäftsjahr	2012	602	33	60	-60	120	755
	2011	532	26	280	-192	102	748

Das fixe Entgelt enthält Zuschüsse zur Altersvorsorge in Höhe von TEUR 76 (im Vorjahr TEUR 76) für Herrn Szymanski, TEUR 76 (im Vorjahr TEUR 76) für Herrn Drechsler.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden für den Vorstand Boni in Höhe von jeweils TEUR 30 für Herrn Szymanski und für Herrn Drechsler ausgezahlt (im Vorjahr TEUR 140). Hierfür waren im Geschäftsjahr 2012 je Vorstandsmitglied Rückstellungen in Höhe von TEUR 30 (im Vorjahr TEUR 96) in Anspruch genommen worden. Die Sachbezüge bestehen im Wesentlichen aus den nach steuerlichen Vorgaben anzusetzenden Werten aus der Dienstwagennutzung sowie den individuellen Versicherungsbeiträgen.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den aktiven Vorstandsmitgliedern sind wie im Vorjahr nur unwesentliche Beträge zurückgestellt (2012: TEUR 2; 2011: TEUR 2).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern sowie deren Hinterbliebene wurden TEUR 380 (im Vorjahr TEUR 366) zurückgestellt.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält neben dem Ersatz seiner baren Auslagen und seiner ihm für die Aufsichtsrats Tätigkeit etwa zur Last fallenden Umsatzsteuer geschäftsjährlich eine feste im letzten Monat des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von TEUR 30. Für den Vorsitzenden beträgt die feste Vergütung ab dem Geschäftsjahr 2009 150 % und für seinen Stellvertreter 125 % der Vergütung für das normale Aufsichtsratsmitglied.

Die Bezüge des Aufsichtsrats betrugen für das Geschäftsjahr 2012 TEUR 113 (im Vorjahr TEUR 112).

8. Risiko- und Chancenbericht

Die FP Holding AG als Finanzholding des Konzern ist über bestehende Ergebnisabführungsverträge indirekt den gleichen Risiken und Chancen der Tochtergesellschaften ausgesetzt. An dieser Stelle erfolgt daher die Darstellung des Risiko- und Chancenberichts in Anlehnung an den Konzernabschluss der FP Holding AG.

8.1 Risiko- und Chancenmanagementsystem

Der Francotyp-Postalia-Konzern machte 2012 bedeutende Fortschritte auf dem Weg zum ersten Multi-Channel-Anbieter für Briefkommunikation. Eine entscheidende Voraussetzung hierfür war ein gut funktionierendes Chancen- und Risikomanagementsystem, das es ermöglicht, Chancen frühzeitig zu erkennen und wahrzunehmen bzw. Risiken ebenso frühzeitig zu erkennen und einzugrenzen. Grundsätzlich ist die Risikopolitik des FP-Konzerns darauf ausgerichtet, den Bestand des Unternehmens nachhaltig zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit kontinuierlich zu verbessern.

Das Risiko- und Chancenmanagement ist in die wertorientierte Steuerung und die bestehenden Strukturen des FP-Konzerns eingebunden. Es ist aus den strategischen Zielen abgeleitet, um ein angemessenes Chancen-Risiko- Verhältnis zu erreichen. Für die frühzeitige und regelmäßige Identifizierung, Bewertung und Organisation von Chancen ist das operative Management in den Geschäftsbereichen und in den Tochtergesellschaften verantwortlich. Der Chancenerkennung dienen unter anderem detaillierte Markt- und Wettbewerbsanalysen und Prognoseszenarien sowie die intensive Auseinandersetzung mit relevanten Kostentreibern.

Ein Überwachungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG ist eingerichtet. Dieses System dient der (Früh-)Erkennung bestandsgefährdender Risiken für den FP-Konzern. Einmal im Jahr werden alle rechtlichen Risiken, Geschäftsrisiken, Betriebsrisiken und Finanzrisiken im FP-Konzern inventarisiert. Alle erfassten Risiken werden nach Maßgabe der möglichen Schadenshöhe und der Eintrittswahrscheinlichkeit danach beurteilt, ob sie bestandsgefährdend sind. Die bestandsgefährdenden Risiken werden gesondert festgehalten und weiter beobachtet. Nachfolgend sind diejenigen Risiken näher erläutert, die der FP-Konzern aus heutiger Sicht als wesentlich für die Geschäftstätigkeit einstuft.

8.2. Marktbezogene Risiken

8.2.1 Gesamtwirtschaftliche Risiken

Wesentliche Risiken für die Gesellschaft ergeben sich aus der konjunkturellen Entwicklung sowie aus Wechselkursrisiken.

Die FP ist teilweise einem zyklischen Investitionsverhalten der Kunden je nach Konjunkturlage ausgesetzt: Die fast 90-jährige Historie von Francotyp-Postalia hat jedoch immer wieder gezeigt, dass die Risiken der Konjunkturzyklen beherrschbar sind. Darüber hinaus sind rund drei Viertel der Umsätze von FP wiederkehrende Erträge aus Serviceverträgen, dem Mietgeschäft, dem Verkauf von Verbrauchsmaterialien sowie den Postdienstleistungen und Softwarelösungen. Die wiederkehrenden Erträge sind erheblich weniger von konjunkturellen Schwankungen betroffen als das Neugeschäft. Insgesamt sind aus heutiger Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu erkennen.

Währungsrisiken ergeben sich daraus, dass FP Umsätze teilweise in anderen Währungen erzielt, die Kosten jedoch größtenteils in Euro anfallen. Der FP-Konzern erwirtschaftet etwa ein Drittel des Gesamtumsatzes in den USA, Kanada und Großbritannien. Einige Tochterunternehmen der FP Holding AG bilanzieren in Fremdwährungen.

8.2.2 Branchenspezifische Risiken

Veränderte Marktstruktur

Die Gesetzgeber öffnen den europäischen Briefmarkt für den Wettbewerb, dies regelt die EU-Richtlinie (Richtlinie 2002/39/EG) zur weiteren Liberalisierung des Marktes für Postdienste in der Gemeinschaft. Die laufende Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht wird voraussichtlich dazu führen, dass künftig mehrere Anbieter von Postdienstleistungen in den nationalen Postmärkten tätig sein werden.

Der deutsche Postmarkt ist bereits seit dem 1. Januar 2008 vollständig liberalisiert. Die Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen („Bundesnetzagentur“) hat mittlerweile mehrere hundert Lizenzen an verschiedene Anbieter von Postdienstleistungen erteilt. Es ist möglich, dass die neuen Anbieter ihre Leistungen ausweiten, Marktanteile gewinnen und ihre Post ohne Freimachung befördern, wodurch sich der Bedarf an Frankiermaschinen insgesamt verringern könnte.

Einen großen Einfluss auf die Entwicklung des liberalisierten Postmarktes in Deutschland hat auch die gesetzliche Anpassung der Umsatzsteuerpflicht für Postdienstleistungen. Nach mehreren Anläufen beschlossen Bundestag und Bundesrat im März 2010 eine Änderung des Umsatzsteuergesetzes. Die Deutsche Post AG bleibt weiterhin für Universaldienstleistungen von der Umsatzsteuer befreit, wird aber bei anderen Produkten umsatzsteuerpflichtig. Die Neuregelung trat zum 1. Juli 2010 in Kraft. Diese Entwicklung kann auch auf anderen europäischen bzw. internationalen Postmärkten eintreten, auf denen die FP tätig ist. Dies könnte wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit sowie die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft haben, da z. B. die Attraktivität des Geschäftsmodells für Kunden, die nicht vorsteuerabzugsberechtigt sind, sinkt.

In diesem Zusammenhang ist zu beobachten, wie sich der Bereich der privaten Postdienstleister entwickelt. Die Einführung des Mindestlohnes für Zusteller hatte den Wettbewerbsdruck im Briefgeschäft verringert. 2010 entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig jedoch, dass dieser Mindestlohn unwirksam ist. Mittlerweile gibt es dafür Überlegungen im politischen Raum, einen allgemeinen Mindestlohn einzuführen. Die weitere Entwicklung ist offen, Experten rechnen jedoch mit verbesserten Chancen für private Brief- und Zustelldienste.

Verändertes Nutzerverhalten

Durch den Einsatz neuer, insbesondere digitaler Technologien im Postausgangsmarkt und durch die Zunahme von privaten Briefdienstleistern kann sich der Bedarf an Frankiermaschinen verringern. Dies kann die Nachfrage hin zu kleineren Frankiermaschinen verschieben sowie Marktanteile und Preise verändern. Diesem Risiko steht eine Chance gegenüber, denn der FP-Konzern partizipiert mit innovativen Angeboten mittlerweile sowohl an der Liberalisierung als auch am technologischen Fortschritt. Als Komplettdienstleister für die Briefkommunikation hat der FP-Konzern eine Basis geschaffen, um künftig von den Veränderungen der Postmärkte und dem sich verändernden Nutzerverhalten profitieren zu können.

Darüber hinaus zeigen Marktbeobachtungen, dass große Frankiermaschinen aus dem C-Segment mit Nachfragerückgängen zu kämpfen haben. Häufig ist ein Zurückstufen der großen hin zu kleineren Maschinen aus dem A-Segment zu beobachten. Hierin besteht eine Chance für FP, der fast ausschließlich im A-Segment tätig ist und im Bereich des C-Segments alternative Technologien anbietet.

Im Bereich der Sammelkommunikation, also der individualisierten Tagespost, die durch Hybrid-Mail-Lösungen (iab) verarbeitet wird, sowie im Bereich der Konsolidierung (freesort) beobachtet die Gesellschaft in zunehmendem Maße das Aufkommen von Mitbewerbern. Der Francotyp-Postalia begegnet diesem Risiko durch eine Verzahnung der Bereiche „Frankieren und Kuvertieren“ sowie „Softwarelösungen und Mail Services“. Der Konzern bündelt seine Potenziale als Dienstleister für die gesamte Briefkommunikation. Angesichts der sich daraus ergebenden Chancen werden die branchenwirtschaftlichen Risiken sehr genau beobachtet, da sie Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens haben könnten. Bestandsgefährdende Risiken sind derzeit aber nicht zu erkennen.

8.3 Unternehmensstrategische Risiken

Der FP-Konzern strebt profitables und nachhaltiges Wachstum an. Dieses Kriterium ist grundsätzlich auch die entscheidende Maßgabe für Investitionen und Akquisitionen bzw. Beteiligungen an Unternehmen. Unternehmensstrategische Risiken beinhalten im Wesentlichen Fehleinschätzungen bei Entscheidungen zu Investitionen und möglichen M&A-Aktivitäten. Ebenso können Risiken daraus resultieren, dass sich Erwartungen, die beispielsweise in Investitionen gesetzt wurden, nicht erfüllen. FP unterzieht die in der Konzernbilanz aktivierten Firmenwerte ihrer Tochtergesellschaften laufend einem Werthaltigkeitstest. Die Notwendigkeit einer Abschreibung hätte zwar keine Auswirkung auf das EBITDA, jedoch auf das Eigenkapital. Darüber hinaus könnte das Engagement in neuen Märkten wie zuletzt in Frankreich unter Umständen nicht zu dem angestrebten Erfolg führen.

Ebenso besteht die Möglichkeit, dass die PostBase nicht den gewünschten Erfolgsbeitrag liefert. Zum 31. Dezember 2012 sind hierfür 17,7 Mio. Euro (im Vorjahr 10,4 Mio. Euro) unter den selbst erstellten immateriellen Vermögenswerten aktiviert. Auf Basis der aktuellen Wirtschaftlichkeitsbetrachtung wird mit EBIT-Beiträgen gerechnet, die die aktivierten Entwicklungskosten deutlich überschreiten.

Der Erfolg der De-Mail am Markt hängt von unterschiedlichen Faktoren wie zum Beispiel der Akzeptanz durch den Endkunden ab. FP geht wie auch andere Marktteilnehmer (Telekom, United Internet) von einem Erfolg dieses Produkts aus, jedoch ist dieser nicht abgesichert und muss in den folgenden Perioden erst realisiert werden.

Generell begrenzt der FP-Konzern mit frühzeitigen Chancen- und Risikoanalysen und dem Einsatz interner und gegebenenfalls auch externer Experten solche unternehmensstrategische Risiken. Derzeit sieht das Unternehmen keine strategischen Risiken, die zu einer Bestandsgefährdung führen könnten.

8.4 Leistungswirtschaftliche Risiken

8.4.1 Beschaffungs- und Einkaufsrisiken

Der FP-Konzern ist in einigen Bereichen der Rohstoffversorgung sowie bei der Bereitstellung von Dienstleistungen von Lieferanten und Drittanbietern abhängig. Lieferantenausfälle, Qualitätsprobleme und Lieferengpässe bei speziellen Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen könnten zu

potenziellen Beschaffungsrisiken führen. Mit gezielter Lieferantenauswahl, langfristigen Liefervereinbarungen und Qualitätsstandards minimiert FP diese Risiken. Die Gesellschaft schätzt das Beschaffungsrisiko insgesamt als gering ein.

8.4.2 Produktionstechnische Risiken

Grundsätzlich erkennt die Gesellschaft mögliche Produktionsrisiken frühzeitig durch den Einsatz von Überwachungs- und Kontrollsystemen. Mit zahlreichen Maßnahmen zur Qualitätssicherung, Zertifizierungen und durch die ständige Weiterentwicklung der Anlagen und Produkte werden die Risiken verringert. Aufgrund der Vorsorgemaßnahmen bewertet die Gesellschaft mögliche Produktionsrisiken als moderat.

8.4.3 Informationstechnische Risiken

FP Holding begegnet möglichen IT-Risiken durch den Einsatz moderner Hard- und Software nach aktuellen Sicherheitsstandards. Um Geschäftsprozesse sicher abzuwickeln, überprüft die Gesellschaft regelmäßig die IT-Systeme. FP minimiert solche Risiken zudem durch den Einsatz ausgebildeter Experten und durch professionelles Projektmanagement. Die Gesellschaft schätzt mögliche Gefahren im Zusammenhang mit der Informationssicherheit oder Risiken aus der verwendeten Informationstechnologie als gering ein.

Durch die Akquisition der Mentana-Claimsoft GmbH ist der FP-Konzern zusätzlichen IT-Risiken ausgesetzt, die sich aus dem Betrieb der Systeme für seine Kunden ergeben. Es können Schäden daraus entstehen, dass die Systeme nicht zur Verfügung stehen oder dass die Sicherheitsvorkehrungen nicht ausreichend vor dem Zugriff Unbefugter schützen. Da Mentana-Claimsoft die für ihr Geschäftsfeld relevanten Zertifizierungen besitzt, wird von einer Beherrschbarkeit dieser Risiken ausgegangen.

8.4.4 Personalrisiken

Der Erfolg von Francotyp-Postalia ist maßgeblich vom Engagement, der Motivation und den Fähigkeiten seiner Mitarbeiter abhängig. Es bestehen Risiken, Leistungsträger für offene Stellen nicht zu finden bzw. sie nicht halten zu können. Der FP-Konzern begrenzt diese Risiken durch leistungsgerechte Vergütungen und flexible, an den Interessen der Beschäftigten orientierte Arbeitsbedingungen. Wichtige Positionen werden regelmäßig im Hinblick auf eine vorausschauende Nachfolgeplanung analysiert und geeignete Kandidaten auf diese Aufgaben vorbereitet. Dabei ist die schriftliche Dokumentation von Wissen von Vorteil. Insgesamt sind die Personalrisiken als gering einzustufen.

8.5 Finanzrisiken

FP ist im Rahmen seines Geschäfts bestimmten finanziellen Risiken ausgesetzt, die Währungsschwankungen, Zinsänderungsrisiken, Liquiditätsengpässe und Forderungsausfälle umfassen. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt die Unvorhersehbarkeit der Finanzmärkte und soll negative Auswirkungen auf die Ertragslage des Konzerns minimieren. Um dieses Ziel zu erreichen, bedient sich der FP-Konzern bestimmter Finanzinstrumente. Diese werden generell zur Absicherung bestehender Grundgeschäfte oder geplanter Transaktionen eingesetzt. Der Handlungsrahmen, die Verantwortlichkeiten, die finanzwirtschaftliche Berichterstattung und die Kontrollmechanismen für Finanzinstrumente sind durch konzerninterne Regelungen festgelegt. Hierzu gehört eine Funktionstrennung zwischen Erfassung und Kontrolle der Finanzinstrumente. Die Währungs-, Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiken des FP-Konzerns werden zentral durch die FP Holding AG gesteuert. Die Gesellschaft stuft die Finanzrisiken als beherrschbar ein.

8.5.1 Währungsrisiko

Aufgrund der internationalen Ausrichtung ist der FP-Konzern und somit auch die FP Holding AG Fremdwährungsrisiken ausgesetzt. So befinden sich die Tochtergesellschaften in Großbritannien, Schweden, Singapur, Kanada und den USA außerhalb des Euro-Währungsraums. Um die Währungsrisiken zu begrenzen, ist der Einsatz von derivativen Finanzinstrumenten vorgesehen.

Die Währungsrisiken aus den künftig erwarteten Zahlungseingängen in US-Dollar werden teilweise abgesichert, indem diese zur Tilgung eines am 21. Februar 2011 aufgenommenen Darlehens verwendet werden, welches ebenfalls in US-Dollar besteht. Darüber hinaus bestehen Sicherungsgeschäfte für Konvertierungen von US-Dollar in Euro sowie von GBP in Euro in 2012. Die Gesellschaft schätzt mögliche Risiken in diesem Bereich als beherrschbar ein.

8.5.2 Zinsänderungsrisiko

Das Risiko aus Schwankungen der Marktzinssätze resultiert überwiegend aus den langfristigen Verbindlichkeiten mit einem variablen Zinssatz. Die Struktur der Zinsmargen des neuen Konsortialkreditvertrages ist bis Ende 2013 festgeschrieben.

Am 30. und 31. August 2011 wurden zwei Zins-Swap-Geschäfte in USD mit einem anfänglichen Bezugsbetrag von TUSD 5.600 und drei Zins-Swap-Geschäfte in EUR mit einem anfänglichen Bezugsbetrag von TEUR 16.130 und einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2013 abgeschlossen. Der Bezugsbetrag reduziert sich über die Laufzeit in Höhe der gemäß dem Konsortialdarlehensvertrag planmäßig vorzunehmenden Tilgungen. Im Rahmen der Zins-Swap-Geschäfte tauscht der Konzern variable 3-Monats-Libor- bzw. -Euribor-Zinszahlungen gegen einen Festzinssatz in der Bandbreite von 0,78-0,80 % p. a. (USD-Darlehen) bzw. 1,53-1,56 % p. a. (EUR-Darlehen). Der Marktwert dieser Instrumente beträgt TEUR -202 (im Vorjahr TEUR -133). Der Swap wird vierteljährlich ausgeglichen.

Die Konditionen der Verträge sowie die Marktwerte zum 31. Dezember 2012 sind im Anhang unter Abschnitt IV. Punkt 12 ersichtlich. Insgesamt sind die Risiken aus Zinsänderungen als beherrschbar einzustufen.

8.5.3 Liquiditätsrisiko

Die Francotyp-Postalia AG hat gemäß dem mit den Banken abgeschlossenen Konsortialdarlehensvertrag zwei bestimmte Finanzkennzahlen (Covenants) einzuhalten. Zum einen dürfen definierte Eigenmittel des FP-Konzerns zum jeweiligen Quartalsende nicht unterschritten werden. Zum anderen ist ein bestimmter Nettoverschuldungsgrad nicht zu überschreiten. Dieser ergibt sich aus dem Verhältnis von Nettoverschuldung zum EBITDA, wobei diese beiden Werte gemäß Kreditvertragsdefinition bezogen auf bestimmte Positionen in geringem Umfang korrigiert werden.

Die zum 31. Dezember 2012 maßgeblichen Finanzkennzahlen wurden eingehalten. Bei einer Nichteinhaltung der Finanzkennzahlen hätte das Bankenkonsortium das vertragliche Recht gehabt, den Kredit fällig zu stellen.

Nach aktuellem Stand wird davon ausgegangen, dass diese Finanzkennzahlen auch weiterhin eingehalten werden. Es wird aber davon ausgegangen, sollte künftig diese Finanzkennzahl nicht eingehalten werden können, dass mit den beteiligten Banken auf dem Wege von Nachverhandlungen eine Einigung bezüglich der Fortführung des Kredits erzielt werden

kann. Dies kann jedoch gegebenenfalls zu höheren Finanzierungsaufwendungen führen. Insgesamt hält die Gesellschaft das Liquiditätsrisiko für überschaubar.

Der Konzern hatte neben den vertraglich vereinbarten Zins- und Tilgungszahlungen im Zeitraum von März 2012 bis Juni 2012 auch Zahlungen im Zusammenhang mit dem Sozialplan zu leisten. Hier lag eine Risikokonzentration hinsichtlich der Liquidität vor. Um dieses Risiko auszusteuern, hat das Unternehmen im März 2012 eine zusätzliche Kreditlinie bzw. die teilweise zeitliche Verschiebung von Tilgungen mit dem bestehenden Bankenkonsortium vereinbart. Die aktuelle Konsortialfinanzierung hat eine Laufzeit bis Februar 2014. Aktuell werden Verhandlungen über eine neue Konsortialfinanzierung zur vorfristigen Ablösung der bestehenden geführt, deren Erfolgswahrscheinlichkeit als hoch eingeschätzt wird. Sofern diese Verhandlungen scheitern, besteht ein Risiko, dass mit dem bestehenden Konsortium oder einem alternativen Konsortium keine Anschlussfinanzierung vereinbart werden kann oder dass dies nur zu deutlich ungünstigeren Konditionen möglich ist.

FP erhält Zuwendungen als Förderung von Entwicklungsprojekten zur Deckung der zuwendungsfähigen Kosten als Anteilsfinanzierung. Die Zuwendungen sind mit einigen Auflagen verbunden, die nach jetzigem Kenntnisstand erfüllt werden. Allerdings kann es dazu kommen, dass ein nicht unwesentlicher Teil der Zuwendungen in der Zukunft vor dem Hintergrund der anstehenden Schließung der Produktion in Birkenwerder und dem Aufbau der neuen Produktion in Wittenberge widerrufen bzw. zurückgefordert wird. Die Unternehmensleitung geht zurzeit davon aus, dass es hierzu nicht kommen wird.

8.5.4 Ausfallrisiko

Bei Vertragspartnern können finanzielle Probleme auftreten, die sich auf die Forderungen der FP auswirken. Vor Vertragsabschlüssen werden daher mögliche Risiken beurteilt und eventuelle Sicherungsmaßnahmen festgelegt.

Die bilanzierte Höhe der finanziellen Vermögenswerte gibt ungeachtet bestehender Sicherheiten das maximale Ausfallrisiko dafür an, dass Kontrahenten ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können. Für alle den originären Finanzinstrumenten zu Grunde liegenden Leistungsbeziehungen gilt: Um das Ausfallrisiko zu minimieren, verlangt die FP – in Abhängigkeit von Art und Höhe der jeweiligen Leistung – Sicherheiten und Kreditauskünfte. Zusätzlich werden Referenzen eingeholt oder historische Daten aus der bisherigen Geschäftsbeziehung herangezogen.

Das erkennbare Ausfallrisiko einzelner Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie das allgemeine Kreditrisiko des Konzerns werden durch entsprechende Einzelwertberichtigungen abgesichert. Grundsätzlich vermeidet der Konzern unkalkulierbare Geschäftsabschlüsse, so dass der FP-Konzern diese Risiken für überschaubar und beherrschbar hält.

Bei sonstigen finanziellen Vermögenswerten von FP, wie liquiden Mitteln, zur Veräußerung verfügbaren Finanzinvestitionen und bestimmten derivativen Finanzinstrumenten, entspricht das maximale Kreditrisiko bei Ausfall des Kontrahenten dem Buchwert dieser Instrumente.

8.6 Sonstige Risiken

8.6.1 Umweltrisiken

FP unterliegt mit seiner Geschäftstätigkeit bestimmten Umweltschutzvorschriften. Insbesondere in der Fertigung kann es bei einer Verschärfung der Auflagen zu zusätzlichen Investitionskosten kommen. Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit haben für den FP-Konzern eine zunehmende Bedeutung. Die Gesellschaft schätzt die Risiken insgesamt als gering ein.

8.6.2 Rechtliche und steuerrechtliche Risiken

Francotyp-Postalia sieht sich als Marktteilnehmer auf einem umkämpften Markt naturgemäß mit einer Reihe von Rechtsstreitigkeiten konfrontiert. Betroffen sind insbesondere die Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH und die Francotyp-Postalia GmbH, die jeweils in mehrere außergerichtliche und gerichtliche Wettbewerbs-, Marken- und Patentstreitigkeiten mit Konkurrenzunternehmen verwickelt sind und dabei sowohl als Anspruchsteller als auch als Anspruchsgegner auftreten. Inhalt dieser Streitigkeiten sind Werbemethoden gegenüber Kunden, Weiterbelieferungspflichten gegenüber einem ehemaligen Handelsvertreter, das Auftreten am Markt sowie mögliche Verstöße gegen Marken- und Patentrechte. Diese Verfahren haben nach Einschätzung der Rechts- und Fachabteilungen keine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung.

Gesetzesänderungen könnten die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns und der Tochtergesellschaften beeinträchtigen. Die hieraus resultierenden Belastungen schätzt das Unternehmen als moderat ein. Darüber hinaus bestehen bezüglich Verrechnungspreisen und allgemeinen (steuer-) rechtlichen Risiken aus Betriebsprüfungen für die Zeiträume nach dem Jahr 2002 möglicherweise Einflüsse auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (vgl. Konzernanhang Abschnitt I. Annahmen und Schätzungen des Managements).

In Bezug auf die angestrebte Reorganisation und Schließung des Produktionsstandorts liefen rechtliche Auseinandersetzungen mit betroffenen Mitarbeitern. Diese sind bis auf einen Fall alle abgeschlossen und bergen keine Risiken mehr für den FP-Konzern.

Wesentlich könnte die Klage der SBW Vermögensverwaltungs GmbH vom 9. März 2011 sein, in der sie Ansprüche gegenüber der Francotyp-Postalia Holding AG geltend gemacht hat. Die angeblichen Ansprüche resultieren aus dem von der Francotyp-Postalia Holding AG geschlossenen Kaufvertrag über Anteile an der iab-Gruppe. Eingeklagt werden 1.518.750,00 EUR. Die Forderung wird mit Ansprüchen auf den erhöhten Kaufpreis aus dem Unternehmenskaufvertrag sowie der angeblichen Unzulässigkeit der teilweisen Zahlung mit Aktien der Beklagten begründet. Das Prozessrisiko wird als gering eingeschätzt.

8.6.3 Organisationsrisiken

FP Holding sieht keine Risiken aus Steuerungs- und Kontrollsystemen sowie Organisations- und Führungsrisiken.

8.6.4 Compliance Risiken

Bei Compliance-Risiken handelt es sich um Risiken, die sich aus der möglichen Missachtung von unternehmensinternen Richtlinien bzw. dem Verstoß gegen gültige Gesetze und Vorschriften durch Führungskräfte oder Mitarbeiter des Unternehmens ergeben. Besonders kriti-

sche Bereiche sind der Einkauf und die Vertriebsorganisation. Betroffen sind zudem Mitarbeiter, die in Bereichen eingesetzt sind, in denen der Schutz geheimer Dokumente und Informationen eine wesentliche Rolle spielt. Mitarbeiter, die mit vertraulichen oder sogenannten Insiderinformationen umgehen, verpflichten sich, die entsprechenden Vorschriften, etwa die des deutschen Anlegerschutzverbesserungsgesetzes, einzuhalten und mit den Informationen verantwortungsvoll umzugehen. Zur Risikominimierung und zur Sicherung der Compliance setzt das Unternehmen konzernweit gültige Verhaltensgrundsätze ein und bietet entsprechende Schulungen der Mitarbeiter in den relevanten Bereichen an. Grundsätzlich kann das Eintreten eines compliancerelevanten Sachverhalts nicht ausgeschlossen werden. Das Unternehmen stuft die Risiken allerdings als beherrschbar ein.

8.7 Gesamtaussage zur Risikosituation des Konzerns

Unter Berücksichtigung möglicher Schadensausmaße und Eintrittswahrscheinlichkeiten sind derzeit keine Risiken erkennbar, die zu einer dauerhaften, wesentlichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der FP Holding AG und des FP-Konzerns führen könnten. Insgesamt sind die Risiken beherrschbar; der Fortbestand der Gesellschaft ist aus heutiger Sicht nicht gefährdet. Grundlegende Änderungen der Risikolage erwartet die Gesellschaft derzeit nicht. Organisatorisch hat die Gesellschaft alle Voraussetzungen geschaffen, um frühzeitig über mögliche Risikosituationen informiert zu sein und schnell reagieren zu können.

8.8 Internes Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess

Vorstand und Aufsichtsrat der FP legen größten Wert auf die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit, Richtigkeit und Verlässlichkeit der Finanzberichterstattung an die Rechnungslegungsadressaten von Francotyp-Postalia. Vor diesem Hintergrund ist das rechnungslegungsbezogene interne Kontroll- und Risikomanagementsystem (IKS) integraler Bestandteil eines umfassenden unternehmensweiten Kontroll- und Risikomanagementsystems.

Das Ziel des IKS für den Rechnungslegungsprozess ist es, durch die Implementierung von Kontrollen hinreichende Sicherheit zu gewähren, dass ein regelkonformer Abschluss erstellt wird. Das IKS der FP-Konzern stützt sich dabei überwiegend auf ein funktionierendes internes Steuerungssystem auf Basis effizienter Prozesse sowie auf prozessintegrierte, organisatorische Sicherungsmaßnahmen, wie beispielsweise Zugriffsbeschränkungen im IT-Bereich oder Zahlungsrichtlinien. Prozessintegrierte Kontrollen vermindern die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten von Fehlern bzw. unterstützen das Aufdecken von aufgetretenen Fehlern.

Der Aufsichtsrat berät über das Risikomanagement und überwacht die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, des internen Kontrollsystems, des Rechnungslegungsprozesses sowie der Abschlussprüfung und deren Unabhängigkeit.

Die wesentlichen Merkmale des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess können wie folgt beschrieben werden:

Die Francotyp-Postalia Holding AG stellt als Mutterunternehmen den Jahresabschluss der Gesellschaft sowie den Konzernabschluss von FP auf. Diesem Prozess vorgelagert ist die Finanzberichterstattung der in den Konzernabschluss einbezogenen Konzern-Gesellschaften. Beide Prozesse werden durch ein stringentes, internes Kontrollsystem überwacht, welches sowohl die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung als auch die Einhaltung der relevanten gesetzlichen Bestimmungen sichert. Die bereichsübergreifenden

Schlüsselfunktionen werden zentral gesteuert, wobei die einzelnen Tochtergesellschaften über ein definiertes Maß an Selbständigkeit bei der Erstellung ihrer Abschlüsse verfügen.

Wesentliche Regelungen und Instrumentarien bei der Erstellung des Konzern- und Einzelabschlusses sind:

- Bilanzierungsrichtlinien auf Konzernebene,
- Klar definierte Aufgabentrennung und Zuordnung von Verantwortlichkeiten zwischen den am Rechnungslegungsprozess beteiligten Bereichen,
- Einbeziehung externer Sachverständiger – soweit erforderlich, wie zum Beispiel für die Bewertung von Pensionsverpflichtungen,
- Verwendung geeigneter IT-Finanzsysteme und Anwendung von detaillierten Berechtigungskonzepten zur Sicherstellung aufgabengerechter Befugnisse und unter Beachtung von Funktionstrennungsprinzipien,
- Systemseitig implementierte Kontrollen und weitere Prozesskontrollen der Rechnungslegung in den Gesellschaften, Konsolidierung im Rahmen des Konzernabschlusses sowie anderer relevanter Prozesse auf Konzern- und Gesellschaftsebene,
- Berücksichtigung von im Risikomanagementsystem erfassten und bewerteten Risiken in den Jahresabschlüssen, soweit dies nach bestehenden Bilanzierungsregeln erforderlich ist.

Für die Umsetzung dieser Regelungen und die Nutzung der Instrumentarien ist in den verschiedenen Länder-Konzerngesellschaften die jeweilige Leitung des Bereichs Finanzen verantwortlich. Jahres- und Konzernabschluss liegen in der Verantwortung des für Finanzen zuständigen Mitglieds des Vorstands der Francotyp-Postalia Holding AG. Er wird dabei unterstützt durch den Bereichsleiter Finanzen, Controlling und Rechnungswesen sowie den Abteilungsleiter Finanzen und Rechnungswesen bzw. Abteilungsleiter Controlling.

Durch die Beschäftigung von Fachpersonal, gezielte und regelmäßige Fort- und Weiterbildung sowie Beachtung des Vier-Augenprinzips gewährleistet der FP-Konzern die strikte Einhaltung der lokalen und internationalen Rechnungslegungsvorschriften im Jahres- und Konzernabschluss.

Alle wesentlichen Jahresabschlüsse von Konzerngesellschaften, die Eingang in die Konzernkonsolidierung finden, unterliegen einer Prüfung durch einen Wirtschaftsprüfer.

Durch die Pflicht aller Tochtergesellschaften, monatlich ihre Geschäftszahlen in einem standardisierten Reportingformat an die Konzernholding zu berichten, werden unterjährige Soll-Ist-Abweichungen zeitnah erkannt, um entsprechend kurzfristig reagieren zu können.

9. Strategie und Ausblick

Der FP-Konzern antizipiert mit seiner strategischen Ausrichtung die Veränderungen in den Märkten und nutzt die daraus resultierenden Wachstums- und Entwicklungspotenziale.

Die Globalisierung führt zu einer zunehmenden Vernetzung von Unternehmen über Ländergrenzen hinweg und eröffnet neue Möglichkeiten für Dienstleister in der Briefkommunikation. Neue Märkte und große Wachstumspotenziale entstehen zugleich durch die Industrialisierung der Schwellenländer.

Die technologischen Veränderungen, allen voran die Digitalisierung, ermöglichen ganz neue Optionen in der Kommunikation. Mit dem Wandel vom Frankiermaschinenspezialisten zum Experten für die physische und elektronische Briefkommunikation bietet der FP-Konzern seinen Kunden ein zukunftsorientiertes Lösungsportfolio, das die Verbindung zwischen analoger und digitaler Kommunikation schafft.

Die elektronische Kommunikation tritt dabei immer stärker in den Vordergrund, ohne jedoch die bewährten physischen Lösungen zu ersetzen. Vielmehr wandeln sich die Kundenanforderungen immer stärker zu einem Multi-Channel-Bedarf, der durch den richtigen Mix von traditionellen und innovativen physischen und elektronischen Lösungen gedeckt wird. Mit der Akkreditierung als erstem De-Mail Anbieter in Deutschland ist dem FP-Konzern der Einstieg in die rechtsverbindliche sichere elektronische Kommunikation gelungen und ergänzt das bewährte Portfolio im Bereich physischer und hybrider Lösungen.

Frankiermaschinen für kleineres bis mittleres Briefvolumen

Der FP-Konzern hat sich von einem Frankiermaschinenhersteller zu einem Multi-Channel-Anbieter für die Briefkommunikation entwickelt. Das Herzstück des Unternehmens bildet nach wie vor das Geschäft mit Frankier- und Kuvertiermaschinen, das konsequent weiter ausgebaut wird und damit die Wachstumspotenziale in den Märkten nutzt.

In diesem traditionellen Produktbereich produziert und vertreibt die FP Frankier- und Kuvertiermaschinen für das kleinere bis mittlere Postaufkommen. Mit insgesamt rund 243.000 installierten Frankiermaschinen und ca. 10 % Marktanteil ist die FP weltweit der drittgrößte Anbieter. In Deutschland und Österreich ist das Unternehmen mit einem Marktanteil von 42 % bzw. 47 % der Marktführer.

In den größten Märkten USA, Deutschland, Großbritannien und seit 2011 in Frankreich ist der FP-Konzern mit eigenen Tochtergesellschaften präsent und dank des Fokus auf das Segment der kleineren und mittleren Maschinen hervorragend aufgestellt. Während im Bereich der großen Briefmengen zunehmend digitale Lösungen verwendet werden und die traditionellen Frankiermaschinen in diesem Segment einen deutlichen Rückgang erfahren, ist der Markt für kleinere Briefvolumina, in dem die FP mit ihren Traditionsprodukten tätig ist, sehr stabil.

Mit der Einführung des neuen innovativen Frankiersystems PostBase 2012 hat die FP die Basis gelegt, um die Erfolgsgeschichte ihrer Frankier- und Kuvertiermaschinen fortzuschreiben. Zugleich hat das Unternehmen damit aber auch die Verbindung zwischen analoger Welt und neuen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen.

Wachstumspotenziale in Schwellenländern und BRIC-Staaten

Mit der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den Schwellenländern und BRIC-Staaten sind auch erhebliche Wachstumspotenziale im Bereich der schriftlichen Kommunikation verbunden.

Ein kurzer Vergleich macht es augenfällig: Während in Industrieländern, wie in den USA, pro Einwohner mehr als 500 Briefe pro Jahr versandt werden, sind es in Ländern, wie Indien, China oder Malaysia, gerade einmal zwischen 10 und 20 Briefe pro Jahr. Dies macht die mit steigendem Wirtschaftswachstum verbundenen Potenziale für die Briefkommunikation deutlich. In diesen Ländern werden aber durch die rasche technologische Entwicklung die Anforderungen an eine professionelle Briefverarbeitung in gleichem Maße steigen, so dass es auch hier auf ein innovatives zukunftsorientiertes Angebot zur Verbindung von physischer und analoger Welt ankommen wird.

Dieses Potenzial muss der FP-Konzern für sein Wachstum nutzen. Wir arbeiten deswegen in Singapur mit einer 100-prozentige Vertriebstochter, um die Marktstellung im Asien-Pazifik-Raum zu steigern. Aber auch in Osteuropa konnte die FP durch den Abschluss des Geschäfts mit der Russischen Post die Basis für einen weiteren Ausbau legen.

Ausbau des Outsourcing- und Konsolidierungsgeschäfts

Mit der Liberalisierung der Postmärkte haben sich für Kunden zahlreiche neue Möglichkeiten entwickelt, ihre Postprozesse effizienter und kostensparend abzuwickeln. Der FP-Konzern bietet z. B. mit seinem Tochterunternehmen freesort die Konsolidierung von Geschäftspost an. Dies umfasst die Abholung von Briefen beim Kunden, die Sortierung der Briefe nach Postleitzahlen und die Auflieferung bei einem Briefzentrum der Deutschen Post oder alternativen Postzustellern. Dadurch können auch kleinere Kunden von Rabatten profitieren, die sie alleine nicht realisieren könnten. Die freesort zählt mit neun Niederlassungen im Bundesgebiet zu den führenden unabhängigen Konsolidierern von Geschäftspost im deutschen Markt.

Der Ausbau des Outsourcings- und Konsolidierungsgeschäfts wird vor allem auch durch das integrierte Angebot von der physischen bis hin zur vollelektronischen Welt vollzogen. Damit können Kunden ganz nach ihren individuellen Bedürfnissen die Möglichkeiten des Multi-Channel-Angebots des FP-Konzerns nutzen.

Neue Optionen für die Briefkommunikation

Der FP-Konzern bietet seinen Kunden seit Anfang 2011 vollelektronische Lösungen für die Briefkommunikation an. Damit hat er sein Leistungsspektrum erweitert und ist nun der erste Multi-Channel-Anbieter für die Briefkommunikation.

Mit den neuen Lösungen können Unternehmenskunden jeder Größenordnung ihre Briefe per Mausklick digital sicher versenden. Der Empfänger erhält einen rechtsverbindlichen vollelektronischen Brief. Um den Kunden diesen Service anbieten zu können, hat sich der FP-Konzern Anfang 2011 mehrheitlich an der Mentana-Claimsoft GmbH beteiligt. Die Mentana-Claimsoft ist auf elektronische Signaturen spezialisiert und bietet zudem Produkte zur Absicherung elektronischer Dokumente und zur rechtsverbindlichen Kommunikation an. Als erster De-Mail-Anbieter ermöglicht Mentana-Claimsoft den absolut vertraulichen und zuverlässigen Versand von Dokumenten und Nachrichten über das Internet.

Mit diesem neuen Angebot kann der FP-Konzern seine Marktstellung weiter ausbauen und moderne Lösungen für die Zukunft anbieten, die in Kombination mit den Produkten der iab sein Leistungsspektrum abrundet.

Auf europäischer Ebene realisierte die FP-Tochtergesellschaft Mentana-Claimsoft 2012 im Rahmen des Pilotgroßprojektes SPOCS der EU-Kommission die Anbindung von De-Mail an die EU-weite SPOCS-Kommunikationsplattform. Damit wird die grenzüberschreitende Verbindung und technische Zusammenarbeit von nationalen, qualifizierten elektronischen Zustelldiensten vorangetrieben, um den Aufbau eines Netzwerkes für den grenzüberschreitenden elektronischen Datenaustausch zu unterstützen. Am IT-Projekt SPOCS sind 16 EU-Länder beteiligt, mit dem Ziel technische Bausteine für ein sicheres, reibungsloses und grenzüberschreitendes E-Government-Angebot für Unternehmen zu entwickeln und zu pilotieren. Mit dem Projekt SPOCS wird eine bürokratiearme, unkomplizierte und grenzüberschreitende Geschäftsumgebung für Unternehmen geschaffen. Gerade Verwaltungsvorgänge, Genehmigungsverfahren und Geschäftsabläufe sollen auf gesicherte elektronische Art durchzuführen sein.

Die FP-Tochtergesellschaft iab hat sich bereits vor vielen Jahren auf die Entwicklung von innovativen Softwarelösungen spezialisiert. So bietet das Unternehmen die Hybrid-Mail an. Bei dieser Mischung aus elektronischer und physischer Post wird ein Brief vom Absender digital verschickt und der Empfänger erhält einen normalen physischen Brief. Die iab übernimmt das Ausdrucken und Frankieren sowie die Kuvertierung und Übergabe der Briefe an einen Zustelldienstleister. Da der Brief digital verschickt wird, entfallen für den Kunden die hohen Aufwendungen für Papier, Umschlag und Drucker sowie den Gang zur Post beziehungsweise zum Briefkasten. Die Vorteile von traditionellen Briefen bleiben in jedem Fall erhalten. Gleichzeitig schont der hybride Versand von Briefen die Umwelt, da nur noch ein Teil des Transportweges physisch erfolgt.

Im letzten Jahr hat die FP nicht nur die vertriebliche Integration in Deutschland mit der Bündelung und Neuausrichtung sämtlicher Vertriebsaktivitäten vollzogen, sondern auch mit der zunehmenden Integration der Produkte und Lösungen ein Portfolio geschaffen, aus dem Kunden individuelle, maßgeschneiderte Lösungen für ihre Kommunikationsbedarfe wählen können. Unterstützt wird dies durch den Ausbau der Consulting-Aktivitäten, bei dem unsere Kunden von unserer langjährigen Erfahrung und Branchen- und Produkt-Know-how profitieren.

Künftige Konzernentwicklung

Der FP-Konzern dürfte in den kommenden beiden Jahren von der Entwicklung der gesamt- und branchenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen profitieren und erwartet daher einen Anstieg des Umsatzes. Da das Unternehmen zugleich an seiner Kostendisziplin festhalten wird, dürfte sich das EBITDA verbessern. Allein der Neuaufbau der Produktion sollte zu Einsparungen in Höhe von etwa 3 Mio. Euro jährlich führen. In den nächsten Jahren wird die Restrukturierung der Produktion damit einen wichtigen Beitrag zur Steigerung der Ertragskraft leisten. Daher geht der FP-Konzern davon aus, dass es ihm bei dem geplanten Geschäftsverlauf gelingen wird, 2013 seine operative Ertrags- und Finanzkraft zu stärken. Im Geschäftsjahr 2013 dürfte der FP-Konzern etwa genauso viele Mitarbeiter beschäftigen wie 2012. Bei der FP Holding AG werden voraussichtlich ebenfalls genauso viele Mitarbeiter wie in 2012 beschäftigt sein.

Gesamtaussage zur künftigen Geschäftsentwicklung des Konzerns

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf dem Kenntnisstand des Jahresanfangs 2013. Wir weisen darauf hin, dass die angegebenen Plandaten von den später tatsächlich erreichten Werten abweichen können.

Die starke Position im traditionellen Frankiermaschinenmarkt und die Wachstumschancen in den beiden jungen Geschäftsfeldern bieten gute Voraussetzungen für das weitere Wachstum und eine anhaltende Stärkung der operativen Finanz- und Ertragskraft des FP-Konzerns. Für das Geschäftsjahr 2013 prognostiziert das Unternehmen einen Umsatz von mindestens 168 Mio. Euro sowie ein EBITDA von mindestens 22 Mio. Euro und ein EBIT von 9 Mio. Euro für den Konzern. Hierbei wird der Umsatz der FP Holding AG, der sich ausschließlich aus Geschäften mit Konzerngesellschaften ergibt, bei 1,3 Mio. Euro liegen. Das korrespondierende EBIT würde bei -2,7 Mio. Euro liegen. Hinzu kämen Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen in Höhe von rund 11 Mio. Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der FP-Konzern im Sommer 2012 erklärt hatte, dass er die zwischenzeitlichen Einbußen infolge der temporären Herausforderungen 2012 erst nach und nach kompensieren könne.

In den nächsten beiden Jahren sollte das Unternehmen von der Weiterentwicklung zu einem Komplettanbieter rund um die Briefkommunikation profitieren. Für den Produktbereich Frankieren und Kuvertieren geht das Unternehmen von einer stabilen Entwicklung in den angestammten Märkten und positiven Wachstumsimpulsen in neuen Märkten aus. So das der FP-Konzern auch für das Jahr 2014 weiteres Wachstumspotenzial sieht und einen organischen Umsatzwachstum plant. Entsprechend werden sich auch das EBITDA und das EBIT positiv entwickeln.

Mittel- und langfristig sieht das Unternehmen im Bereich der digitalen Kommunikation großes Potenzial; der FP-Konzern zählt hier zu den Vorreitern und bietet schon heute entsprechende Softwarelösungen.

10. Nachtragsbericht

Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende Felix Hölzer hat sein Mandat im Aufsichtsrat der FP Holding zum 31. März 2013 gemäß Ziffer 10 (5) der Satzung der Gesellschaft niedergelegt. Felix Hölzer war seit Juni 2012 Mitglied des Aufsichtsrats der FP.

Für die Übergangsphase bis zur Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der FP Holding in der kommenden Hauptversammlung am 27. Juni 2013 wurde vom Vorstand und Aufsichtsrat der Antrag auf Bestellung von Herrn Klaus Röhrig als neuem Aufsichtsratsmitglied beim Amtsgericht Neuruppin gestellt. Herr Röhrig hatte bereits im Januar dieses Jahres, nachdem sein Aktienanteil die Schwelle von 10 Prozent überschritten hat, das Interesse bekundet, einen Sitz im Aufsichtsrat und damit Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen zu wollen. Das Amtsgericht Neuruppin hat mit Wirkung vom 1. April 2013 Herrn Röhrig als Aufsichtsratsmitglied bestellt.

In 2012 hatte FP die Deutsche Postbank AG mandatiert, ein syndiziertes Darlehen über 45 Mio. Euro mit einer Laufzeit von dreieinhalb Jahren zu arrangieren, mit dem die bestehende Konsortialdarlehensfinanzierung vor deren eigentlichem Laufzeitende im Februar 2014 bereits im ersten Halbjahr 2013 abgelöst werden soll. Per 22. März 2013 lagen die hierzu benötigten schriftlichen Darlehenszusagen vor. Diese stehen unter Dokumentationsvorbehalt. Wir gehen jedoch davon aus, dass ein finaler Vertragsabschluss zustande kommt.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung, über die zu berichten wäre, gab es nicht.

11. Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance Bericht (§ 289a HGB)

Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance Bericht

Vorstand und Aufsichtsrat berichten jährlich im Corporate Governance Bericht über die Corporate Governance der Gesellschaft. Dieser ist ebenso wie die Entsprechenserklärung Bestandteil der Erklärung zur Unternehmensführung der Gesellschaft gemäß § 289a Abs. 1 HGB.

Mit dem Deutschen Corporate Governance Kodex sollen die in Deutschland geltenden Regeln für Unternehmensleitung und -Überwachung für nationale wie internationale Investoren transparent gemacht werden. In seinen Bestimmungen und Regeln geht der Kodex auf die Bereiche Aktionärsinteressen, Vorstand und Aufsichtsrat, Durchsichtigkeit der Unternehmensführung und die Aufgaben des Abschlussprüfers ein. Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG sehen sich den Interessen der Aktionäre und damit den Empfehlungen und Anregungen des Deutschen Corporate Governance Kodex („Kodex“) verpflichtet. Ebenso sorgen Vorstand und Aufsichtsrat im Einklang mit den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft für den Bestand von Francotyp-Postalia und seine nachhaltige Wertschöpfung. Über mögliche Abweichungen von den Empfehlungen des Kodex berichten Vorstand und Aufsichtsrat sowohl in der Entsprechenserklärung wie auch in den folgenden ausführlichen Erläuterungen bezogen auf den Kodex in seiner Fassung vom 26. Mai 2010.

Entsprechenserklärung zum Corporate Governance Kodex

Gemäß § 161 Aktiengesetz erklären Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG mit der Entsprechenserklärung, welchen Empfehlungen des vom Bundesministerium der Justiz im amtlichen Teil des elektronischen Bundesanzeigers bekannt gegebenen „Deutschen Corporate Governance Kodex“ in der Fassung vom 26. Mai 2010 entsprochen wurde und wird oder welche Empfehlungen nicht angewendet wurden oder werden.

- 2.3.1 Da die Gesellschaft bei ihrer nächsten Hauptversammlung keine Briefwahl durchführen wird, wird sie die entsprechenden Formulare nicht auf ihrer Internetseite veröffentlichen.
- 2.3.3 Die Gesellschaft wird bei ihrer nächsten Hauptversammlung von einer Briefwahl absehen. Die Satzung der Francotyp-Postalia Holding AG sieht bislang nicht die Möglichkeit einer Briefwahl vor. Zudem ist sie bislang nicht ausreichend erprobt und mit Rechtsunsicherheiten behaftet.
- 5.2 Solange der Aufsichtsrat nur aus drei Personen besteht, werden keine Ausschüsse gebildet, in denen der Aufsichtsratsvorsitzende oder ein anderes Mitglied des Aufsichtsrats einen weiteren Vorsitz innehaben könnte, da die Besetzung der Gremien gleich der Besetzung des Aufsichtsrats wäre.
- 5.3.1 Aus dem gleichen Grund werden keine fachlich qualifizierten Ausschüsse gebildet.

- 5.3.2 Solange der Aufsichtsrat lediglich aus drei Personen besteht, nimmt der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit die Aufgaben eines Prüfungsausschusses (Audit Committee) wahr.

Für die Bildung eines Nominierungsausschusses gelten die gleichen Bedingungen wie für die übrigen Ausschüsse.

- 5.4.6 Eine erfolgsorientierte Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats ist satzungsgemäß nicht vorgesehen. Die Diskussion über mögliche Anpassungen ist vorgesehen.

- 7.1.2 Der Konzernabschluss wird aufgrund des umfangreichen Konsolidierungsaufwandes innerhalb von 4 Monaten nach Geschäftsjahresende erstellt. Die Quartalsberichte und der Halbjahresbericht werden ebenfalls aufgrund des hohen Konsolidierungsaufwandes entsprechend der Börsenordnung und des Transparenzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht.

Grundsätzliche Informationen über den Aufbau der Unternehmensführung und die zugrundeliegenden Regeln

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat ihren Sitz in Birkenwerder und untersteht damit als deutsche Gesellschaft dem deutschen Aktienrecht. Sie verfügt über die Organe Vorstand, Aufsichtsrat und Hauptversammlung. Die Unternehmensführung basiert auf einer engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit aller Organe sowie einem regen und stetigen Informationsfluss zwischen ihnen. Insbesondere auf der Hauptversammlung können die Aktionäre Fragen an die Unternehmensleitung stellen und ihr Stimmrecht ausüben.

Verantwortung zu übernehmen, gehört zum Selbstverständnis des FP-Konzerns. Das Unternehmen übernimmt Verantwortung für Produkte und Prozesse, Mitarbeiter, Kunden und Partner genauso wie für Umwelt und Gesellschaft. Dabei pflegt das Unternehmen einen offenen Umgang und befindet sich in einem kontinuierlichen Dialog mit seinen Stakeholdern.

Für deutsche Aktiengesellschaften ist ein duales Führungssystem zusammengesetzt aus Vorstand und Aufsichtsrat gesetzlich vorgeschrieben. Satzungsgemäß besteht der Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG aus drei von der Hauptversammlung zu wählenden Mitgliedern. Aus der Mitte des Aufsichtsrats werden der Vorsitzende und ein stellvertretender Vorsitzender gewählt. In der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats, die sich das Gremium selbst gegeben hat, wird dessen Arbeitsweise geregelt.

Satzungsgemäß finden kalenderjährlich vier Sitzungen des Aufsichtsrats der Francotyp-Postalia Holding AG statt, wobei zwei Sitzungen kalenderhalbjährlich stattzufinden haben. Außerordentliche Sitzungen werden vom Aufsichtsratsvorsitzenden nach Bedarf und pflichtgemäßen Ermessen einberufen.

Der Aufsichtsrat kann entsprechend der Satzung eine oder mehrere Personen zum Vorstand der Gesellschaft berufen. Zurzeit setzt sich der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG aus zwei Vorständen zusammen. Der Vorstand leitet Francotyp-Postalia mit dem Ziel nachhaltiger Wertschöpfung in eigener Verantwortung und im Unternehmensinteresse, also unter Berücksichtigung der Belange der Aktionäre, seiner Arbeitnehmer und der sonstigen dem Unternehmen verbundenen Gruppen. Gemäß der vom Aufsichtsrat erlassenen Geschäftsordnung führt der Vorstand die Geschäfte der Gesellschaft nach einheitlichen Plänen und Richtlinien, dabei trägt der Vorstand gemeinsam die Verantwortung für die gesamte Ge-

schäftsführung der Gesellschaft. Im Rahmen der Gesamtverantwortung für die Geschäftsführung haben die beiden Vorstände in ihrem jeweils zugewiesenen Aufgabenbereich kollegial und vertrauensvoll zum Wohle von FP zusammenzuarbeiten.

Der Vorstand entwickelt die strategische Ausrichtung von Francotyp-Postalia und stimmt diese mit dem Aufsichtsrat ab. Neben der Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen und der unternehmensinternen Richtlinien auch in den Konzernunternehmen sorgt der Vorstand ebenso für ein angemessenes Risikomanagement und -controlling bei FP. Näheres beschreibt der Risiko- und Chancenbericht im Konzernlagebericht. Sitzungen des Vorstands finden in regelmäßigen Abständen, nach Möglichkeit zweiwöchentlich, statt.

Ausschüsse des Aufsichtsrats

Wegen der Größe der Gesellschaft und der durch die Satzung bestimmten Anzahl der Mitglieder des Aufsichtsrats wird in der Regel auf die Bildung von Ausschüssen oder Gremien verzichtet. Aus diesem Grund beschließt und überprüft der Aufsichtsrat als Ganzes Fragen zum Thema des Vergütungssystems für den Vorstand einschließlich der wesentlichen Vertragselemente. Ebenso nimmt der Aufsichtsrat in seiner Gesamtheit die Aufgabe eines Prüfungsausschusses (Audit Committee) wahr. Damit übernimmt der Vorsitzende des Aufsichtsrats zugleich die Aufgaben des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Ein Mitglied des Aufsichtsrats verfügt über die geforderten besonderen Kenntnisse im Bereich der Rechnungslegung.

Zusammenwirken von Vorstand und Aufsichtsrat

Die nachhaltige Steigerung des Unternehmenswertes ist das gemeinsame Ziel der engen Zusammenarbeit von Vorstand und Aufsichtsrat. In regelmäßigen Abständen erörtern Vorstand und Aufsichtsrat den Stand der abgestimmten strategischen Ausrichtung von FP. Über alle für Francotyp-Postalia relevanten Fragen der Planung, der Geschäftsentwicklung, der Risikolage, des Risikomanagements, der internen Rechnungslegung und der Compliance informiert der Vorstand den Aufsichtsrat ebenfalls regelmäßig. Der Vorstand berichtet über eventuelle Abweichungen des Geschäftsverlaufs von den aufgestellten Plänen und Zielen und begründet diese. Die Art und Weise, wie der Vorstand informieren und berichten muss, hat der Aufsichtsrat in der Geschäftsordnung für den Vorstand festgelegt. Für Entscheidungen oder Maßnahmen, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Gesellschaft grundlegend verändern und über Geschäfte von wesentlicher Bedeutung, sind in der Geschäftsordnung des Vorstands Zustimmungsvorbehalte zugunsten des Aufsichtsrats bestimmt.

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat gemäß den Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance-Kodex für die Mitglieder des Aufsichtsrats wie auch des Vorstands eine D&O-Versicherung abgeschlossen, die einen Selbstbehalt von 10 % des Schadens enthält.

Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat

Die Francotyp-Postalia Holding AG entspricht den Empfehlungen des Kodex, die Vergütungen für den Vorstand und den Aufsichtsrat individualisiert offen zu legen. Die Grundzüge der Vergütungssysteme und die Vergütung sind im Vergütungsbericht, der Teil des Konzernlageberichts und Lageberichts ist, dargestellt.

Interessenskonflikte

Vorstand und Aufsichtsrat sind dem Unternehmensinteresse verpflichtet und dürfen bei ihren Entscheidungen und im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit weder persönliche Interessen verfolgen noch anderen Personen Vorteile gewähren oder Geschäftschancen, die dem Unternehmen zustehen, für sich nutzen. Jedes Vorstandsmitglied legt Interessenskonflikte dem Aufsichtsrat offen und informiert die übrigen Mitglieder des Vorstands. Ebenso legt jedes Aufsichtsratsmitglied Interessenskonflikte dem Aufsichtsrat gegenüber offen. Über aufgetretene Interessenskonflikte und deren Behandlung informiert der Aufsichtsrat in seinem Bericht an die Hauptversammlung.

Diversity

Der Aufsichtsrat hat im Hinblick auf seine künftige Zusammensetzung die vom Corporate Governance-Kodex empfohlene Zusammensetzung des Aufsichtsrats aus männlichen und weiblichen Mitgliedern zu bedenken. Gegenwärtig befindet sich noch keine Frau im Aufsichtsrat der Gesellschaft. Bei insgesamt drei Aufsichtsratsmitgliedern wird ein weiblicher Aufsichtsrat als angemessen angesehen. Bei der für die Hauptversammlung 2011 vorgesehenen Wahl des Aufsichtsrats wurde vorerst keine Kandidatin zur Wahl gestellt. Dies geschah im Interesse der Francotyp-Postalia Holding AG, die sich im vergangenen Jahr in einer Restrukturierung befand. Diese Entscheidung war notwendig, um die Kontinuität in der Arbeit des Aufsichtsgremiums zu bewahren. Bei Wahlvorschlägen an die Hauptversammlung wird der Aufsichtsrat Diversity berücksichtigen. Maßgebliche Leitlinie für den Wahlvorschlag bleibt nach wie vor das Unternehmensinteresse, so dass der Aufsichtsrat die am besten geeigneten Kandidatinnen bzw. Kandidaten vorschlagen wird. Das Thema Diversity wird der Aufsichtsrat bei der Suche nach fachlich geeigneten Kandidaten für neu zu besetzende Vorstandspositionen berücksichtigen.

Weiterhin soll mindestens ein Aufsichtsratsmitglied das Kriterium der Internationalität erfüllen. Bereits heute verfügt ein Mitglied über die geforderten Eigenschaften.

Aktionäre und Hauptversammlung

Der Vorstand beruft mindestens einmal im Jahr die Hauptversammlung ein. Die Aktionäre nehmen auf der Hauptversammlung den festgestellten Konzern- bzw. Jahresabschluss und die entsprechenden Lageberichte entgegen, beschließen über die Verwendung des Bilanzgewinns und in diesem Zusammenhang auch über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands. Ebenfalls wählen die Teilnehmer der ordentlichen Hauptversammlung in jedem Geschäftsjahr neu den Abschlussprüfer.

In der Hauptversammlung nehmen die Aktionäre der Francotyp-Postalia Holding AG ihre Mitverwaltungs- und Kontrollrechte wahr. Sie haben die Möglichkeit, ihre Stimmrechte selbst auszuüben oder es durch einen Bevollmächtigten ihrer Wahl – auch durch eine Vereinigung von Aktionären – ausüben zu lassen. Zudem wird den Aktionären die persönliche Wahrnehmung ihrer Rechte erleichtert, indem die Gesellschaft einen Stimmrechtsvertreter zur Verfügung stellt, der auch während der Hauptversammlung zu erreichen ist.

Die Gesellschaft veröffentlicht die für die Hauptversammlung verlangten Unterlagen zusammen mit der Tagesordnung für die Aktionäre leicht zugänglich auf der Internetseite. Darüber hinaus wird allen in- und ausländischen Finanzdienstleistern, Aktionären und Aktionärsvereinigungen angeboten, die Einberufung der Hauptversammlung mitsamt den Einberufungsunterlagen auf elektronischem Wege zu übermitteln, sofern der Francotyp-Postalia die

Zustimmung dazu vorliegt. Selbstverständlich liegt es im Interesse der Gesellschaft und auch im Interesse der Aktionäre, die Hauptversammlung zügig abzuwickeln. Satzungsgemäß steht dem Versammlungsleiter entsprechend die Möglichkeit zur Verfügung, das Frage- und Rede-recht der Aktionäre zeitlich angemessen zu beschränken. Bedingt durch einen hohen organi-satorischen Aufwand ist eine komplette Internet-Übertragung der Hauptversammlung weiterhin nicht vorgesehen.

Transparenz

Corporate Governance bedeutet für die Francotyp-Postalia Holding AG eine verantwor-tungsbewusste und transparente Führung und Kontrolle der Gesellschaft. Dazu gehört ins-besondere die Gleichbehandlung der Aktionäre bei der Weitergabe von Informationen. Allen Aktionären, Finanzanalysten und vergleichbaren Adressaten werden sämtliche neue Tatsa-chen unverzüglich zur Verfügung gestellt. Dies beinhaltet die Verbreitung der Informationen in Deutsch und in Englisch sowohl auf der Internetseite der Francotyp-Postalia Holding AG als auch die Nutzung von Systemen, die eine gleichzeitige Veröffentlichung von Informatio-nen im In- und Ausland gewährleisten. Wesentliche wiederkehrende Veröffentlichungen und Termine werden im Finanzkalender mit ausreichendem Zeitvorlauf publiziert.

Entsprechend den gesetzlichen Vorgaben informiert die Francotyp-Postalia Holding AG auf ihrer Internetseite, wenn Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie ihnen nahe stehende Personen FP-Aktien oder sich darauf beziehende Derivate erworben oder veräu-ßert haben. Laut § 15a des Wertpapierhandelsgesetzes sind diese Personen verpflichtet, Transaktionen offenzulegen, wenn der Wert im Kalenderjahr 5.000 Euro erreicht oder über-schreitet.

Rechnungslegung

Anteilseigner und Dritte werden vor allem durch den Konzernabschluss und – während des Geschäftsjahres – zusätzlich durch die Quartalsberichte und den Halbjahresbericht infor-miert. Abweichend von der Empfehlung des Kodex wird der Konzernabschluss der Franco-tyt-Postalia Holding AG aufgrund des umfangreichen Konsolidierungsaufwandes innerhalb von 4 Monaten nach Geschäftsjahresende erstellt. Die Quartalsberichte und der Halbjahres-bericht werden ebenfalls aufgrund des hohen Konsolidierungsaufwandes entsprechend der Börsenordnung und des Transparenzrichtlinien-Umsetzungsgesetzes spätestens innerhalb von zwei Monaten nach Ende des Berichtszeitraums veröffentlicht.

Der Konzernabschluss und die Zwischenberichte werden nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Der gesetzlich vorgeschriebene und für die Besteue-rung und Dividendenauszahlung maßgebliche Einzelabschluss wird nach den Vorschriften des HGB erstellt.

Ein internes Kontrollsystem und einheitliche Bilanzierungsgrundsätze stellen sicher, dass ein angemessenes Bild der Finanz-, Vermögens- und Ertragslage sowie der Zahlungsströme aller Konzerngesellschaften wiedergegeben wird. Darüber hinaus stellt der Vorstand ein an-gemessenes Risikomanagement- und Kontrollsystem bei FP sicher. Zeitnah und regelmäßig unterrichtet er den Aufsichtsrat über bestehende Risiken und ihre Entwicklung.

Der Aufsichtsrat berät über das Risikomanagement und ist vor dem Hintergrund des § 107 Abs. 3 AktG in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes BilMoG explizit mit der Überwachung der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems, der internen Kontrollsysteme und Revisionssysteme, des Rechnungslegungsprozesses und der Abschlussprüfung, insbesondere deren Unabhängigkeit, befasst.

Eine Aufstellung der Beziehung zu Aktionären, die im Sinne des IAS 24 als nahe stehende Personen zu qualifizieren sind, veröffentlicht die Gesellschaft innerhalb ihres Konzernabschlusses.

Abschlussprüfung

Der Aufsichtsrat hat dem Beschluss der Hauptversammlung 2012 folgend die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, mit der Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses 2012 beauftragt. Mit dem Abschlussprüfer wurde gemäß den Empfehlungen des Kodex vereinbart, dass er den Aufsichtsratsvorsitzenden unverzüglich über Ausschluss- und Befangenheitsgründe unterrichtet, die während der Prüfung auftreten, soweit diese nicht unverzüglich beseitigt werden. Zudem berichtet der Abschlussprüfer sofort über alle für die Aufgabe des Aufsichtsrates wesentlichen Feststellungen und Vorkommnisse, die sich bei der Durchführung der Abschlussprüfung ergeben. Falls der Abschlussprüfer Tatsachen feststellt, die eine Unrichtigkeit der vom Vorstand und Aufsichtsrat abgegebenen Compliance zum Kodex nach § 161 AktG ergeben, wird er den Aufsichtsrat informieren bzw. dies im Prüfungsbericht vermerken.

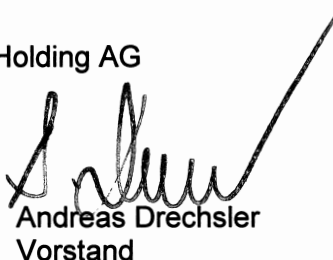
Compliance

Bei Compliance-Risiken handelt es sich um Risiken, die sich aus der möglichen Missachtung von unternehmensinternen Richtlinien bzw. dem Verstoß gegen gültige Gesetze und Vorschriften durch Führungskräfte oder Mitarbeiter des Unternehmens ergeben. Besonders kritische Bereiche sind der Einkauf und die Vertriebsorganisation. Betroffen sind zudem Mitarbeiter, die in Bereichen eingesetzt sind, in denen der Schutz geheimer Dokumente und Informationen eine wesentliche Rolle spielt. Mitarbeiter, die mit vertraulichen oder sogenannten Insiderinformationen umgehen, verpflichten sich, die entsprechenden Vorschriften, etwa die des deutschen Anlegerschutzverbesserungsgesetzes, einzuhalten und mit den Informationen verantwortungsvoll umzugehen. Zur Risikominimierung und zur Sicherung der Compliance setzt das Unternehmen konzernweit gültige Verhaltensgrundsätze ein und bietet entsprechende Schulungen der Mitarbeiter in den relevanten Bereichen an. Grundsätzlich kann das Eintreten eines compliancerelevanten Sachverhalts nicht ausgeschlossen werden. Das Unternehmen stuft die Risiken allerdings als beherrschbar ein.

Birkenwerder, 28. März 2013

Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG


Hans Szymanski
Vorstandssprecher

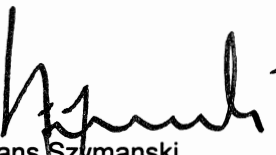

Andreas Drechsler
Vorstand

**VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER NACH § 315 ABS. 1 SATZ 6 UND
NACH § 289 ABS. 1 SATZ 5 HGB**

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Berlin, 28. März 2013



Hans Szymanski
Vorstandssprecher



Andreas Drechsler
Vorstand

Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva

	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	4	24
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	451	454
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	20	17
	471	471
III. Finanzanlagen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	8.960	10.741
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	47.273	50.409
	56.233	61.150
	56.708	61.645
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	51.364	31.887
2. Sonstige Vermögensgegenstände	22	22
	51.386	31.909
II. Guthaben bei Kreditinstituten	30	4
	51.416	31.913
C. Rechnungsabgrenzungsposten	308	512
D. Aktive latente Steuern	5.151	6.170
	113.583	100.240

Passiva

	31.12.2012	31.12.2011
	TEUR	TEUR
A. Eigenkapital		
I. Ausgegebenes Kapital		
1. Gezeichnetes Kapital	16.160	14.700
2. Nennbetrag der eigenen Anteile	-370	-370
	15.790	14.330
II. Kapitalrücklage	38.497	36.073
III. Bilanzgewinn	907	0
	55.194	50.403
B. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	385	371
2. Steuerrückstellungen	1.392	1.081
3. Sonstige Rückstellungen	734	766
	2.511	2.218
C. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.416	34.877
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	273	414
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	20.762	11.854
4. Sonstige Verbindlichkeiten	260	73
--davon aus Steuern TEUR 259 (i. Vj. TEUR 71)--		
	55.711	47.218
D. Passive latente Steuern	167	401
	113.583	100.240

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012**

	1. Januar bis 31. Dezember 2012		1. Januar bis 31. Dezember 2011	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. Umsatzerlöse		1.479		1.327
2. Sonstige betriebliche Erträge		614		489
3. Materialaufwand		176		0
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	1.678		1.393	
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	281	1.959	253	1.646
--davon für Altersversorgung TEUR 1 (i. Vj. TEUR 1)--				
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		42		33
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.464		2.875
7. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen		6.903		0
8. Aufwendungen aus Ergebnisabführungsverträgen		0		2.806
9. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens --davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 1.850 (i. Vj. TEUR 2.001)--		1.850		2.001
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge --davon aus verbundenen Unternehmen TEUR 69 (i. Vj. TEUR 144)--		69		144
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen		1.781		0
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen --davon an verbundene Unternehmen TEUR 148 (i. Vj. TEUR 323)--		2.607		1.565
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.886		-4.964
14. Außerordentliche Aufwendungen		9		9
15. Außerordentliches Ergebnis		-9		-9
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag --davon aus Veränderung bilanzierter latenter Steuern TEUR 785 (i. Vj. TEUR 1.696)--		940		2.231
17. Sonstige Steuern		30		1
18. Jahresüberschuss (i. Vj. Jahresfehlbetrag)		907		-7.205
19. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		0		-14.470
20. Bilanzgewinn (i. Vj. Bilanzverlust vor Verrechnung nach § 150 Abs. 4 Nr. 1 und Nr. 2 AktG)		907		-21.675
21. Verrechnung mit der Gewinnrücklage		0		9.148
22. Verrechnung mit der Kapitalrücklage		0		12.527
23. Bilanzgewinn (i. Vj. Bilanzverlust)		907		0

Anhang der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, für das Geschäftsjahr 2012

I. Allgemeine Angaben

Die Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder (nachfolgend auch „FP Holding“ oder „Gesellschaft“ genannt), ist die Obergesellschaft des Francotyp-Postalia-Konzerns (nachfolgend auch „Francotyp-Postalia“). Sitz der Gesellschaft ist 16547 Birkenwerder, Triftweg 21-26.

Die FP Holding ist im Handelsregister des Amtsgerichts Neuruppin unter HRB 7649 eingetragen. Francotyp-Postalia ist ein international tätiges Unternehmen im Bereich der Postausgangsverarbeitung mit einer über 80-jährigen Firmengeschichte. Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in dem traditionellen Produktgeschäft, welches aus der Entwicklung, Herstellung und dem Vertrieb von Frankiermaschinen, Kuvertiermaschinen und dem After-Sales-Geschäft besteht. Durch ihre Tochtergesellschaft freesort und ihre Mehrheitsbeteiligungen an der iab und der Mentana-Claimsoft GmbH bietet die FP-Gruppe ihren Kunden in Deutschland zudem auch Sortier- und Konsolidierungsdienstleistungen sowie Hybrid-Mail-Produkte und Produkte zur vollelektronischen Kommunikation an.

Seit 2006 sind sämtliche Aktien der FP Holding AG zum amtlichen Markt zugelassen. Gleichzeitig erfolgte die Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse, wobei die Aktien an der Frankfurter Börse mit der Wertpapierkennnummer FPH900 gehandelt werden.

Der Jahresabschluss wurde nach den Vorschriften des HGB sowie der ergänzenden Regelungen des Aktiengesetzes aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Der Jahresabschluss ist in Euro aufgestellt. Alle Beträge werden – soweit nicht anders dargestellt – zum Zweck der Übersichtlichkeit und Vergleichbarkeit grundsätzlich in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Durch die kaufmännische Rundung von Einzelpositionen und Prozentangaben kann es zu geringfügigen Rundungsdifferenzen kommen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die **immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens** sowie die **Sachanlagen** werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Die Abschreibungen werden linear vorgenommen.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** sind zu Anschaffungskosten, die **Ausleihungen, Forderungen** sowie die **sonstigen Vermögensgegenstände** jeweils zum Nennwert bilanziert. Ist den Gegenständen des Anlagevermögens am Bilanzstichtag ein voraussichtlich dauerhaft niedrigerer Wert beizulegen, werden in Höhe der Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Für die Berechnung der beizulegenden Zeitwerte der Anteile an verbundenen Unternehmen bedarf es der Schätzung künftiger Cashflows der jeweiligen Tochtergesellschaft sowie eines geeigneten Abzinsungssatzes für die Barwertberechnung.

Forderungen in fremder Währung werden zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Umrechnungsdifferenzen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam erfasst. Ergibt sich im Falle einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr eine Bewertung zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag eine höhere Forderung, so wird die Forderung mit dem historischen Kurs angesetzt.

Als **Rechnungsabgrenzungsposten** werden auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen und auf der Passivseite Einnahmen vor dem Abschlussstichtag, soweit diese Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Die **eigenen Anteile** werden als Abzugsposten vom Gezeichneten Kapital abgebildet. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Nennbetrag oder dem rechnerischen Wert und den Anschaffungskosten wird mit den frei verfügbaren Rücklagen verrechnet. Weitere Aufwendungen des Erwerbs, die Anschaffungsnebenkosten sind, werden als Aufwand des Geschäftsjahres behandelt.

Die **Rückstellungen für Pensionen** wurden mit dem nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Wert auf Basis der „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck nach der Projected Unit Credit Method, unter Anwendung eines Rechnungszinsfußes gemäß § 253 Absatz 2 HGB gebildet und mit gegebenenfalls vorhandenem Planvermögen verrechnet i. V. m. § 246 Absatz 2 Satz 2. Aktuell wird ein Rechnungszinsfuß in Höhe von 5,04 % verwendet. Durchschnittlich erwartete jährliche Rentensteigerungen wurden mit 2,00 % berücksichtigt. Der Unterschiedsbetrag aus der Neubewertung auf Grund der Einführung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes wird bis zum 31.12.2024 mit mindestens $\frac{1}{15}$ angesammelt und in den außerordentlichen Aufwendungen gezeigt.

Bei **mittelbaren Pensionszusagen** wird von dem Wahlrecht des Art. 28 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und keine Pensionsrückstellung erfasst. Ein etwaiger Fehlbetrag, welcher sich als Differenz der Rückstellung und dem Vermögen der Versorgungseinrichtung ergibt, wird im Anhang angegeben.

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewisse Verbindlichkeiten. Sie werden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet und mit dem Erfüllungsbetrag bewertet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst gebildet.

Sämtliche **Verbindlichkeiten** sind in Höhe ihrer Erfüllungsbeträge bewertet.

Kurzfristige und langfristige Verbindlichkeiten in fremder Währung werden grundsätzlich zum Devisenkassamittelkurs am Bilanzstichtag bewertet. Umrechnungsdifferenzen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgswirksam erfasst. Ergibt eine Bewertung zum Devisenkassamittelkurs im Falle einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr am Bilanzstichtag eine geringere Verbindlichkeit, so wird die Verbindlichkeit zum historischen Kurs bewertet.

Als **Latente Steuern** werden Steuerbe- und Steuerentlastungen in der Bilanz angesetzt, die sich aus Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und ihren steuerlichen Wertansätzen sowie aus Verlustvorträgen ergeben und die sich in den nächsten fünf Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen. Sich ergebende Steuerbe- und Steuerentlastungen werden unverrechnet angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

1. Anlagevermögen

Die Entwicklung der in der Bilanz genannten Anlagenposten im Geschäftsjahr 2012 ist aus dem als Anlage zum Anhang beigefügten Anlagengitter ersichtlich.

Unter den Finanzanlagen werden Anteile an der Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder, (FP GmbH), der internet access GmbH lilibit Berlin Gesellschaft für Kommunikation und Digitaltechnik, Berlin (kurz „iab“), der iab-Verwaltungs- und Vertriebs GmbH (kurz „iabv“), Berlin, der freesort GmbH (kurz „freesort“), Langenfeld, der FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, der FP Systems India Private Limited, Mumbai, der FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, sowie der Mentana-Claimsoft GmbH, Spreenhagen, ausgewiesen.

Die FP Holding hält 51,01 % der Anteile an der iab sowie 36,99 % der Anteile an der iabv mit Sitz jeweils in Berlin; die verbleibenden 63,01 % an der iabv werden unmittelbar von der iab gehalten. Außerdem steht der Gesellschaft ein langfristiges Vorkaufsrecht für die übrigen rund 48,99 % der Anteile an der iab bis zum 31. Dezember 2017 zu. Die Anteile der iab wurden in 2012 um TEUR 1.781 auf TEUR 3.974 abgewertet.

Des Weiteren hält die Gesellschaft 51% der Anteile an der Mentana-Claimsoft GmbH. FP Holding steht eine langfristige Kaufoption für die übrigen rund 49 % der Anteile im Zeitraum vom 1. März 2015 bis 1. März 2017 zu.

Die FP Holding hält 0,002 % der Anteile an der im September 2010 gegründeten FP Systems India Private Limited, Mumbai, Indien unmittelbar, 99,996 % der Anteile werden unmittelbar von der FP GmbH gehalten.

Der Anteilsbesitz verteilt sich wie folgt:

Pos. Nr.	Gesellschaft	Wäh- rung	Anteil am Kapital in %	Ergebnis 31.12.2012	Eigen- kapital 31.12.2012	Anteils- eigner (Lfd. Nr.)
1	Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland					
	<u>Aufstellung des Anteilsbesitzes</u>					
2	Francotyp-Postalia GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	1.005	1
3	freesort GmbH, Langenfeld, Deutschland	TEUR	100	-180	-4.268	1
4	internet access GmbH lilibit Berlin Gesellschaft für Kommu- nikation und Digitaltechnik, Berlin, Deutschland	TEUR	51,01	275	2.162	1
5	iab-Verwaltungs- und Vertriebs GmbH, Berlin, Deutschland	TEUR	100	0	0	1 und 4
6	FP Direkt Vertriebs GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	26	2
7	Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	11.187	2
8	Francotyp-Postalia International GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	6.510	2
9	FP Hanse GmbH, Hamburg, Deutschland	TEUR	100	0	102	7
10	FP InovoLabs GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	12	129	1
11	Frankierversand UG (haftungsbeschränkt), Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	2	2
12	Francotyp-Postalia Unterstützungseinrichtung GmbH, Birkenwerder, Deutschland	TEUR	100	0	4.441	2
13	FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, Deutschland	TEUR	100	424	25	1
14	Mentana-Claimsoft GmbH, Spreenhagen, Deutschland	TEUR	51	-619	-1.390	1
15	Francotyp-Postalia N.V./S.A. Zaventem, Belgien	TEUR	99,97	-103	749	2
16	Francotyp-Postalia GmbH, Wien, Österreich	TEUR	100	54	822	2
17	Ruys Handelsvereniging B.V., Den Haag, Niederlande	TEUR	100	453	647	8
18	Italiana Audion s.r.l., Mailand, Italien	TEUR	100	-244	297	8
19	Francotyp-Postalia Ltd., Dartford, Großbritannien	TGBP	100	608	2.308	8
20	Francotyp-Postalia Inc., Addison, Illinois, USA	TUSD	100	3.921	23.436	2
21	Francotyp-Postalia Canada Inc., Markham, Kanada	TCAD	100	-168	-3.794	20
22	Francotyp-Postalia Asia Pte. Ltd., Singapur, Singapur	TSGD	100	351	-950	2
23	Francotyp-Postalia Sverige AB, Stockholm, Schweden	TSEK	100	-5.429	175	2
24	Francotyp-Postalia France SARL, Rungis, Frankreich	TEUR	100	-285	-476	2
25	FP Data Center Inc., Osaka, Japan	TJPY	49	7.198	88.023	2
26	FP Systems India Private Limited Mumbai, Indien	TINR	99,998	-174	264	1 und 2
27	Print & Mail Beteiligungsgesellschaft bürgerlichen Rechts Berlin, Deutschland	TEUR	20	-225	0	5
28	FP Direct Ltd., Dartford, Großbritannien	GBP	100	n.a	1	19

Das Sachanlagevermögen ist auf dem Vorjahresniveau (Vorjahr TEUR 471).

Die Finanzanlagen inklusive der Ausleihungen minderten sich im Geschäftsjahr 2012 um TEUR 4.917. Ursache hierfür ist die vertraglich vereinbarte Tilgung des Konsortialdarlehens sowie die Abwertung des Firmenanteils der iab. Damit entsprechen die Finanzanlagen nun ca. 50 % (im Vorjahr 61 %) der Bilanzsumme bzw. 103 % (im Vorjahr 121 %) des Eigenkapitals.

Die Ausleihungen bestehen in Höhe von TEUR 42.773 (i. Vj. TEUR 45.909) an die FP GmbH sowie unverändert in Höhe von TEUR 4.500 an die freesort. Für die Ausleihungen an die freesort wurde eine qualifizierte Rangrücktrittserklärung abgegeben. Die Ausleihungen an die FP GmbH reduzierten sich in gleicher Höhe wie die vertraglich vereinbarten Tilgungen des Konsortialdarlehens der FP Holding AG.

2. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Von den **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** in Höhe von TEUR 51.364 (im Vorjahr TEUR 31.887) haben Forderungen in Höhe von TEUR 5.108 (im Vorjahr TEUR 0) eine Restlaufzeit von ein bis fünf Jahren. Die mittelfristigen Forderungen resultieren überwiegend aus der Finanzierung der Mentana-Claimsoft GmbH und einem Darlehen an die FP GmbH. Für das Darlehen der Mentana-Claimsoft GmbH wurde eine qualifizierte Rangrücktrittserklärung abgegeben. Die übrigen Forderungen gegen verbundene Unternehmen umfassen sonstige Konzernverrechnungen und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 33). Die sonstigen Konzernverrechnungen in Höhe von TEUR 46.223 beinhalten neben Cash-Pooling und kurzfristiger Finanzierung auch den Ertrag aus Ergebnisabführung der FP GmbH in Höhe von TEUR 6.903 (im Vorjahr Verlust aus Ergebnisabführung TEUR 2.807).

3. Aktive latente Steuern

Auf Grund der Wahlrechtsausübung zum Ausweis werden aktive latente Steuern in Höhe von TEUR 5.151 ausgewiesen. Hierbei kam ein Steuersatz von 28,08 % zur Anwendung. Die Francotyp-Postalia Holding AG ist körperschaft- und gewerbesteuerlicher Organträger der Gesellschaften Francotyp-Postalia GmbH, Francotyp-Postalia Vertrieb und Service GmbH, FP Direkt Vertriebs GmbH, Francotyp-Postalia International GmbH, Frankierversand UG und FP Hanse GmbH. Die aktiven latenten Steuern beinhalten überwiegend steuerliche Verlustvorträge. Des Weiteren bestehen Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen in den Bereichen Währungsbewertung, geringwertigen Wirtschaftsgütern, Rückstellungen zu Pensionen, Jubiläumszuwendungen, Altersteilzeit und Urlaub.

4. Eigenkapital

I. Grundkapital

Das Grundkapital der Francotyp-Postalia Holding AG beträgt derzeit TEUR 16.160 und ist eingeteilt in 16.160.000 auf den Inhaber lautende Stückaktien ohne Nennbetrag und anteiliger Berechtigung am Gewinn der Gesellschaft. Jede Stückaktie gewährt eine Stimme in der Hauptversammlung der Gesellschaft. Das Grundkapital ist vollständig eingezahlt.

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat am 20. November 2007 auf Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 16. Oktober 2006 die Durchführung eines Programms zum Rückkauf von Aktien der Gesellschaft beschlossen, um Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen mit eigenen Aktien als Akquisitionswährung erwerben zu können. Dieser Ermächtigungsbeschluss war am 15. April 2008 ausgelaufen.

Es wurden insgesamt 370.444 Aktien (in 2012 2,35 % vom gezeichneten Kapital) erworben und vom Grundkapital abgesetzt. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren Aktien hinzugekauft.

II. Börsengang und Kapitalrücklage

Am 30. November 2006 wurden sämtliche Aktien der FP Holding AG zum amtlichen Markt mit gleichzeitiger Zulassung zum Teilbereich des amtlichen Marktes mit weiteren Zulassungsfolgepflichten (Prime Standard) an der Frankfurter Wertpapierbörse zugelassen. Die FP Holding erzielte beim Börsengang aus der Veräußerung von 2.700.000 Aktien einen Bruttoemissionserlös in Höhe von TEUR 51.300.

Die Zuzahlungen der neuen Aktionäre in Höhe von TEUR 48.600 wurden in der Kapitalrücklage ausgewiesen. Die Aufwendungen des Börsengangs betrugen insgesamt TEUR 4.603. Im Konzernabschluss wurden die Aufwendungen unter Berücksichtigung des Steuereffekts in Höhe von TEUR 1.711 mit einem Betrag von TEUR 2.892 erfolgsneutral mit der Kapitalrücklage verrechnet.

In 2011 wurde die Kapitalrücklage in Übereinstimmung mit § 150 AktG in Höhe von TEUR 12.527 mit dem Bilanzverlust vollständig verrechnet.

Die Überleitung des Jahresüberschusses (im Vorjahr des Jahresfehlbetrages) zum Bilanzverlust ist gemäß § 158 AktG der Ergänzung zur Gewinn- und Verlustrechnung zu entnehmen.

Am 23. März 2012 beschloss der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrats, das Grundkapital um TEUR 1.460 gegen Bareinlagen durch Ausgabe von 1.460.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien zu erhöhen. Der Ausgabebetrag betrug EUR 2,66 je Aktie, womit ein Bruttoemissionserlös in Höhe von TEUR 3.884 erzielt wurde. Die Zuzahlung des neuen Aktionärs wurde in Höhe von TEUR 2.424 in die Kapitalrücklage eingestellt.

III. Beschlüsse der Jahre 2010 bis 2012

Kapitalgenehmigung für genehmigtes und bedingtes Kapital

Am 30. Juni 2011 sind bei der FP Holding Hauptversammlungsbeschlüsse über die Schaffung von genehmigtem Kapital in Höhe von TEUR 7.350 und entsprechender Satzungsänderung sowie über die bedingte Erhöhung des Grundkapitals um einen Betrag von bis zu TEUR 6.305 durch Ausgabe neuer auf den Inhaber lautender Stückaktien mit einem auf jede Aktie entfallenden anteiligen Betrag des Grundkapitals von Euro 1,00 gefasst worden. Des Weiteren ist der Vorstand ermächtigt worden, Options- und Wandelschuldverschreibungen mit der Möglichkeit des Bezugsrechtsausschlusses nach § 186 Abs. 3 Satz 4 AktG bis zu einer Höhe von EUR 200.000.000,00 auszugeben sowie ein bedingtes Kapital und eine entsprechende Satzungsänderung zu schaffen.

Aktienrückkaufprogramm

Der Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG hat am 20. November 2007 auf Grundlage des Ermächtigungsbeschlusses der Hauptversammlung der Gesellschaft vom 16. Oktober 2006 die Durchführung eines Programms zum Rückkauf von Aktien der Gesellschaft beschlossen, um Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen mit eigenen Aktien als Akquisitionswährung erwerben zu können.

Es wurden im Zeitraum November 2007 bis April 2008 insgesamt 370.444 Aktien erworben. Im Berichtsjahr wurden keine weiteren Aktien hinzugekauft. Die eigenen Anteile entsprechen zum 31. Dezember 2012 einem Anteil von 2,35 % (im Vorjahr 2,52 %) des Grundkapitals, wobei sie einen Kurswert von TEUR 900 (im Vorjahr TEUR 746) zum Abschlussstichtag hatten. Die Entwicklung der Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile geht aus folgender Überleitungsrechnung hervor:

	Anzahl der im Umlauf befindlichen Anteile
Anzahl der Stückaktien	14.700.000
Rückkauf eigener Anteile	-370.444
Stand 31.12.2011	14.329.556
Kapitalerhöhung	1.460.000
Stand 31.12.2012	15.789.556

Beschlussfassungen 2010

Die Hauptversammlung vom 1. Juli 2010 hat die Gesellschaft bis zum 30. Juni 2015 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats eigene Aktien bis zu insgesamt 10 % des zum 1. Juli 2010 bestehenden Grundkapitals zu erwerben. Auf die nach dieser Ermächtigung erworbenen Aktien dürfen zusammen mit anderen eigenen Aktien, welche sich im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr gemäß den §§ 71d und 71e Aktiengesetz zuzurechnen sind, zu keinem Zeitpunkt mehr als 10 % des jeweiligen Grundkapitals entfallen.

Die Ermächtigung kann ganz oder in Teilbeträgen, einmal oder mehrmals ausgenutzt werden. Die Ermächtigung gilt bis zum 30. Juni 2015. Der Erwerb der Aktien erfolgt nach Wahl des Vorstands als Kauf über die Börse oder mittels eines öffentlichen Kaufangebots.

Der Vorstand bzw. – im unter lit. ee) genannten Fall – der Aufsichtsrat wurde ermächtigt, die erworbenen eigenen Aktien neben einer Veräußerung über die Börse oder über ein Angebot an alle Aktionäre auch wie unter Punkt aa) bis cc) aufgeführt zu verwenden. Die Ermächtigungen können einmal oder mehrmals, einzeln oder gemeinsam, ganz oder in Teilen ausgenutzt werden.

(aa) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats eingezogen werden, ohne dass die Einziehung oder ihre Durchführung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die Einziehung führt zur Kapitalherabsetzung. Die Einziehung kann auch im vereinfachten Verfahren ohne Kapitalherabsetzung durch Anpassung des anteiligen Betrags des Grundkapitals der übrigen Aktien gemäß § 8 Absatz 3 Aktiengesetz (AktG) erfolgen. Der Vorstand ist für diesen Fall ermächtigt, die Angabe der Zahl der Aktien in der Satzung entsprechend zu ändern.

(bb) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats Dritten gegen Sachleistungen, insbesondere im Rahmen von Unternehmenszusammenschlüssen oder beim Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen daran, angeboten und auf diese übertragen werden, sofern der Erwerb des Unternehmens oder der Beteiligung im wohlverstandenen Interesse der Gesellschaft liegt und sofern der für die eigenen Aktien zu erbringende Gegenwert nicht unangemessen niedrig ist.

(cc) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Bareinlagen ausgegeben werden, um die Aktien der Gesellschaft an einer ausländischen Börse einzuführen, an denen die Aktien bisher nicht zum Handel zugelassen sind.

(dd) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats gegen Barzahlung an Dritte veräußert werden, wenn der Preis, zu dem die Aktien veräußert werden, den am Tag der Veräußerung durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten). Insgesamt dürfen die auf Grund der Ermächtigungen unter dieser lit. dd) verwendeten Aktien, die in entsprechender Anwendung des § 186 Abs. 3 Satz 4 Aktiengesetz (unter Bezugsrechtsausschluss gegen Bareinlagen nahe am Börsenpreis) ausgegeben wur-

den, 10 % des Grundkapitals zum Zeitpunkt dieser Beschlussfassung und ihrer Verwendung nicht übersteigen. Auf diese Begrenzung sind Aktien anzurechnen, die in direkter oder entsprechender Anwendung dieser Vorschrift während der letzten 12 Monate vor Ausnutzung dieser Ermächtigung bis zu diesem Zeitpunkt ausgegeben oder veräußert wurden.

(ee) Die eigenen Aktien können von dem Aufsichtsrat dazu verwendet werden, einzelnen Mitgliedern des Vorstands anstelle der von der Gesellschaft geschuldeten Bar-Vergütung eigene Aktien anzubieten. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass der Preis, welcher bei der Ermittlung der Zahl der an Erfüllungsstatt zu übertragenden eigenen Aktien zu Grunde gelegt wird, den am Tag der Angebotsunterbreitung durch die Eröffnungsauktion ermittelten Kurs einer Aktie im elektronischen Xetra-Handel (oder einem vergleichbaren Nachfolgesystem) der Deutsche Börse AG in Frankfurt am Main nicht wesentlich unterschreitet (ohne Erwerbsnebenkosten).

(ff) Die eigenen Aktien können mit Zustimmung des Aufsichtsrats dazu verwendet werden, Bezugsrechte, die unter dem Aktienoptionsplan 2010 der Gesellschaft ordnungsgemäß ausgegeben und ausgeübt wurden, zu bedienen. Der Aktienoptionsplan 2010 liegt der Hauptversammlung unter Tagesordnungspunkt 8 zur Entscheidung vor.

Das Bezugsrecht der Aktionäre auf erworbene eigene Aktien wird insoweit ausgeschlossen, als diese Aktien gemäß den vorstehenden Ermächtigungen unter (bb) bis (ff) verwendet werden.

Beschlussfassung 2012

Mit Zustimmung des Aufsichtsrats beschloss der Vorstand am 23. März 2012, das Grundkapital der FP Holding AG von EUR 14.700.000, eingeteilt in 14.700.000 auf den Inhaber lautenden Stückaktien, um EUR 1.460.000 gegen Bareinlagen auf EUR 16.160.000 durch Ausgabe von 1.460.000 auf den Inhaber lautender Stückaktien mit voller Gewinnberechtigung ab dem 1. Januar 2012 zu erhöhen. Das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen. Der Ausgabebetrag betrug EUR 2,66 je Aktie, womit ein Bruttoemissionserlös in Höhe von EUR 3.883.600 erzielt wurde. Die Zeichnung und Übernahme der 1.460.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien erfolgte durch die 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern. Die Bareinlagen zuzüglich Aufgeld flossen im März 2012 zu.

Bedingte Kapitalerhöhung und Aktienoptionsplan 2010

In 1.1 des Aktienoptionsplans 2010 der Francotyp-Postalia Holding AG heißt es: „Die ordentliche Hauptversammlung der Francotyp-Postalia Holding AG [...] hat am 1. Juli 2010 beschlossen, (i) das Grundkapital der Gesellschaft in Höhe von bis zu 1.045.000,00 Euro durch die Ausgabe von bis zu 1.045.000 Stück nennwertloser Inhaberaktien [...] bedingt zu erhöhen und (ii) an Mitglieder des Vorstands der Gesellschaft, an Mitglieder der Geschäftsführung von verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG [...] und an Führungskräfte der FP Gruppe Bezugsrechte [...] auszugeben, die die Inhaber dazu berechtigen, insgesamt maximal 1.045.000 Aktien gegen Zahlung des Ausübungspreises zu beziehen.“

Der damit beschlossene Aktienoptionsplan sieht ausschließlich den Ausgleich in Eigenkapitalinstrumenten vor und zwar vorrangig durch den Einsatz eigener Aktien, nachrangig im Wege einer bedingten Kapitalerhöhung.

Zweck des Aktienoptionsplans ist gemäß 1.3 des Aktienoptionsplans „die nachhaltige Verknüpfung der Interessen der Unternehmensführung und der Führungskräfte mit den Interessen der Aktionäre an der langfristigen Steigerung des Unternehmenswertes.“

Zum 1. September 2010 wurden insgesamt 900.000 Aktienoptionen zugeteilt. Weitere 75.000 Aktienoptionen wurden zum 27. April 2012 und zusätzlich 20.000 Aktienoptionen am 7. September 2012 zugeteilt. Eine Option hat gemäß 2.3 des Aktienoptionsplans jeweils eine Laufzeit von 10 Jahren ab dem Zeitpunkt der Zuteilung. Die Optionen sind entsprechend 2.4 des Aktienoptionsplans 2010 nicht verbriefte. Zuzahlungen waren bei der Zuteilung der Optionen entsprechend 5.5 des Aktienoptionsplans 2010 nicht zu leisten. Von den 900.000 zugeteilten Aktienoptionen entfallen jeweils 180.000 Aktienoptionen auf die beiden Mitglieder des Vorstands der Francotyp-Postalia Holding AG.

IV. Sonstiges

Eine Dividende wurde im Berichtsjahr nicht ausgeschüttet.

Auf Grund der Wahlrechtsausübung zum Ausweis aktiver latenter Steuern unterliegt ein Betrag in Höhe von TEUR 4.984 einer Ausschüttungssperre nach § 268 Absatz 8 Satz 2 HGB.

5. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von TEUR 385 (im Vorjahr TEUR 371) betreffen mit TEUR 380 (im Vorjahr TEUR 366) Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern sowie Sterbegeldverpflichtungen in Höhe von TEUR 5 (im Vorjahr TEUR 5). Der Erfüllungsbetrag für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen beläuft sich auf TEUR 488, insofern beträgt der nicht-bilanzielle Teil TEUR 103.

Weiterhin besteht eine mittelbare Pensionszusage, bei der die zugesagten Altersversorgungsleistungen an die Versorgungsberechtigten durch die Francotyp-Postalia Unterstützungseinrichtung GmbH erbracht werden. Der Fehlbetrag gemäß Art. 28 Abs. 2 EGHGB vor Abzug des Kassenvermögens beläuft sich auf TEUR 18.

6. Steuerrückstellungen

Die Steuerrückstellungen beinhalten die auf Grund einer Betriebsprüfung zu erwartenden Steuernachzahlungen für den Betriebsprüfungszeitraum 2005 bis 2008 und den Zeitraum 2010.

7. Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 734 (im Vorjahr TEUR 766) beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe von TEUR 202 (im Vorjahr TEUR 148), für Anwalts- und Prozesskosten TEUR 29 (im Vorjahr TEUR 134), für Jahresabschlusskosten in Höhe von TEUR 231 (im Vorjahr TEUR 115), für sonstige ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 175 (im Vorjahr TEUR 230), Prämien in Höhe von TEUR 34 (im Vorjahr TEUR 61) sowie für ausstehende Urlaubsgeld- und Mehrarbeitsverpflichtungen und Abfindungen wegen Auflösung des Arbeitsverhältnisses in Höhe von TEUR 60 (im Vorjahr TEUR 46).

Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von TEUR 21 (im Vorjahr TEUR 23) ertragswirksam aufgelöst.

8. Verbindlichkeiten

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** in Höhe von TEUR 34.416 (im Vorjahr TEUR 34.877) beinhalten den am 21. Februar 2011 geschlossenen Konsortialvertrag.

Über das bisher vereinbarte Kreditvolumen hinaus erhielt FP ein weiteres Darlehen C in Höhe von TEUR 4.107. Die Inanspruchnahme des Darlehen ist in 10 monatlichen Raten über je TEUR 411 erstmals am 31. März 2013 zurückzuzahlen.

Zusätzlich wurde von der am 30. Juni 2012 fälligen Tilgungsrate für das Darlehen A 1 in Höhe von TEUR 1.000 ein Teilbetrag über TEUR 308 gestundet. Dieser Teilbetrag ist in 10 gleichhohen monatlichen Raten erstmals am 31. März 2013 zurückzuzahlen.

Darüber hinaus wurde von der am 30. Juni 2012 fälligen Tilgungsrate für das Darlehen A 2 in Höhe von TUSD 1.875 ein Teilbetrag über TUSD 578 gestundet. Dieser Teilbetrag wird in 10 gleichhohen monatlichen Raten erstmals am 31. März 2013 zurückgezahlt.

Die Verbindlichkeiten haben nachfolgend dargestellte Restlaufzeiten:

TEUR	Summe	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre
2012			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.416	6.790	27.626
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	273	273	0
Summe	34.689	7.063	27.626
2011			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	34.877	5.249	29.628
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	414	414	0
Summe	35.291	5.663	29.628

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** umfassen sonstige Konzernverrechnungen (Cash-Pooling und kurzfristige Finanzierung in Höhe von TEUR 20.762).

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** beinhalten im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Steuern. Hiervon entfallen TEUR 44 (im Vorjahr TEUR 32) auf Lohnsteuern sowie TEUR 216 (im Vorjahr TEUR 25) auf Umsatzsteuer. Alle Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sowie sonstige Verbindlichkeiten haben wie im Vorjahr eine Restlaufzeit von unter einem Jahr.

9. Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern werden mit einem Steuersatz von 28,08 % ermittelt. In 2012 werden passive latente Steuern in Höhe von TEUR 167 (im Vorjahr TEUR 401) ausgewiesen. Die zu Grunde liegenden Differenzen zwischen handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen resultieren im Wesentlichen aus Abweichungen im Bereich Währungsbewertung.

10. Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus den am Bilanzstichtag bestehenden Leasingverträgen für Firmenfahrzeuge resultieren sonstige finanzielle Verpflichtungen von insgesamt TEUR 267 (im Vorjahr TEUR 89). Hiervon entfallen auf eine Laufzeit von bis zu einem Jahr TEUR 167 (im Vorjahr TEUR 48) und TEUR 100 (im Vorjahr TEUR 41) auf eine Laufzeit von ein bis zu fünf Jahren.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen bestanden zum Abschlussstichtag nicht.

11. Haftungsverhältnisse

Für den Konsortialdarlehensvertrag sind durch die FP Holding AG folgende Kreditsicherheiten bestellt:

- Verpfändung sämtlicher Geschäftsanteile an der FP GmbH, freesort GmbH und iab Internet Access GmbH;
- Globalzession aller Kundenforderungen mit den Anfangsbuchstaben A-Z der FP Holding AG;
- Verpfändung aller Bankguthaben in Höhe des jeweiligen Kontoguthabens;
- Erstrangige Grundschuld auf dem Betriebsobjekt in Wittenberge, Hirtenweg 4, eingetragen im Grundbuch von Wittenberge (Amtsgericht Perleberg), Blatt 5179 (Flur 4 Flurstücke 88/1 und 92/10) in Höhe von TEUR 1.000.

Alle gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche der Banken gegen die Kreditnehmerin oder Garantiegeberin aus dem Konsortialdarlehensvertrag und dem bilateralen Darlehensvertrag mit der Commerzbank werden durch die Sicherheiten besichert. Die genannten Sicherheiten können in Anspruch

genommen werden, wenn seitens der FP Holding AG unter dem Konsortialkreditvertrag fällige Zahlungen nicht geleistet werden.

Die freesort GmbH hat am 14. März 2011 und am 20. April 2011 jeweils einen Leasingvertrag mit der IKB Leasing GmbH für zwei Briefsortiermaschinen abgeschlossen. In Höhe von TEUR 624 und TEUR 127 hat die FP Holding AG für diese Leasingverträge eine selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen. Die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme ist gering.

Mit notarieller Beurkundung vom 27. Januar 2012 hat die Gesellschaft eine Höchstbetragsbürgschaft gegenüber der Investitionsbank des Landes Brandenburg für die Sicherung der Forderungen aus dem Subventionsverhältnis insbesondere für mögliche zukünftige Erstattungsansprüche gegen die FP Produktionsgesellschaft mbH in Höhe von TEUR 504 übernommen. Die Wahrscheinlichkeit einer Inanspruchnahme ist gering.

Die FP Holding hat am 9. April 2013 gegenüber ihrer Tochtergesellschaft freesort GmbH, Langenfeld, eine Patronatserklärung abgegeben mit dem Inhalt, dass sie bis zum 31. Dezember 2014 unwiderruflich die uneingeschränkte Verpflichtung übernimmt,

- die freesort auf deren erstes Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es ihr zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden
- und dafür Sorge zu tragen, dass die freesort GmbH in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen.

Die freesort GmbH erzielte in den letzten beiden Jahren Umsatz- und Ergebniszuwächse. Eine Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung scheint nicht wahrscheinlich.

Darüber hinaus hat die FP Holding am 9. April 2013 gegenüber der freesort eine unbefristete Rangrücktrittsvereinbarung abgegeben. Inhalt dieser Vereinbarung ist:

- Der Rangrücktritt mit allen der FP Holding aus der Gewährung von zusätzlicher Liquidität im Sinne der oben genannten Patronatserklärung zustehenden Forderungen gegen die Gesellschaft gem. § 19 InsO im Insolvenzverfahren hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen anderer Gläubiger der Gesellschaft. Die Forderungen, hinter die die FP Holding zurückgetreten ist, sind nicht vor, sondern nur zugleich mit den Einlagerückgewährungsansprüchen eventueller übriger Gesellschafter zu berücksichtigen.
- Auf die Forderungen, mit denen die FP Holding zurückgetreten ist, sind Zahlungen lediglich aus ausgewiesenen Jahresüberschüssen entsprechend der Handelsbilanz, einem Liquiditätsüberschuss oder aus sonstigem freien Vermögen zu leisten.

Die FP Holding hat am 9. April 2013 gegenüber ihrer Tochtergesellschaft Mentana-Claimsoft GmbH eine bis zum 31. Dezember 2014 befristete Patronatserklärung abgegeben mit dem Inhalt,

- die Mentana-Claimsoft GmbH auf deren erstes Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es der Gesellschaft zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden,
- dafür Sorge zu tragen, dass die Mentana-Claimsoft GmbH in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen.

Darüber hinaus hat die FP Holding am 9. April 2013 gegenüber der Mentana eine unbefristete Rangrücktrittsvereinbarung abgegeben. Inhalt dieser Vereinbarung ist:

- Der Rangrücktritt mit allen der FP Holding aus der Gewährung von zusätzlicher Liquidität im Sinne der oben genannten Patronatserklärung zustehenden Forderungen gegen die Gesellschaft gem.

§ 19 InsO im Insolvenzverfahren hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen anderer Gläubiger der Gesellschaft. Die Forderungen, hinter die die FP Holding zurückgetreten ist, sind nicht vor, sondern nur zugleich mit den Einlagerückgewährungsansprüchen eventueller übriger Gesellschafter zu berücksichtigen.

- Auf die Forderungen, mit denen die FP Holding zurückgetreten ist, sind Zahlungen lediglich aus ausgewiesenen Jahresüberschüssen entsprechend der Handelsbilanz, einem Liquiditätsüberschuss oder aus sonstigem freien Vermögen zu leisten. Aufgrund der erwarteten positiven Entwicklung der Gesellschaft wird eine Inanspruchnahme der FP Holding nicht erwartet.

Die FP Holding hat am 9. April 2013 gegenüber ihrer Tochtergesellschaft FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, eine bis zum 31. Dezember 2014 befristete Patronatserklärung abgegeben mit dem Inhalt,

- die FP Produktionsgesellschaft auf deren erste Anfordern mit zusätzlicher Liquidität oder sonstigen finanziellen Mitteln auszustatten, soweit dies erforderlich ist, um es der Gesellschaft zu ermöglichen, alle fälligen Forderungen ihrer Gläubiger zu befriedigen und dadurch eine bestehende oder drohende Zahlungsunfähigkeit der Gesellschaft zu beseitigen und um eine bestehende Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne zu vermeiden,
- dafür Sorge zu tragen, dass die FP Produktionsgesellschaft in der Lage sein wird, ihren Geschäftsbetrieb im Wesentlichen fortzuführen.

Darüber hinaus hat die FP Holding am 9. April 2013 gegenüber der FP Produktionsgesellschaft mbH, Wittenberge, eine unbefristete Rangrücktrittsvereinbarung abgegeben. Inhalt dieser Vereinbarung ist:

- Der Rangrücktritt mit allen der FP Holding aus der Gewährung von zusätzlicher Liquidität im Sinne der oben genannten Patronatserklärung zustehenden Forderungen gegen die Gesellschaft gem. § 19 InsO im Insolvenzverfahren hinter alle gegenwärtigen und zukünftigen Forderungen anderer Gläubiger der Gesellschaft. Die Forderungen, hinter die die FP Holding zurückgetreten ist, sind nicht vor, sondern nur zugleich mit den Einlagerückgewährungsansprüchen eventueller übriger Gesellschafter zu berücksichtigen.
- Auf die Forderungen, mit denen die FP Holding zurückgetreten ist, sind Zahlungen lediglich aus ausgewiesenen Jahresüberschüssen entsprechend der Handelsbilanz, einem Liquiditätsüberschuss oder aus sonstigem freien Vermögen zu leisten. Aufgrund der erwarteten positiven Entwicklung der Gesellschaft wird eine Inanspruchnahme der FP Holding nicht erwartet.

Für die Mentana-Claimsoft GmbH und für die FP Produktionsgesellschaft mbH werden in den nächsten Jahren positive Umsatz- und Ergebniszuwächse erwartet. Eine Inanspruchnahme aus der Patronatserklärung erscheint eher nicht wahrscheinlich.

12. Derivative Finanzinstrumente

Weil die langfristigen Darlehensverbindlichkeiten einen variablen Zinssatz haben, ist die Gesellschaft dem **Risiko schwankender Marktzinssätze** ausgesetzt. Der Finanzbereich der Gesellschaft steuert die Zinsrisiken mit dem Ziel, das Zinsergebnis zu optimieren sowie das gesamte Zinsänderungsrisiko zu minimieren. Der Finanzierungsbedarf von Tochtergesellschaften wird über konzerninterne Darlehen bzw. konzerninterne Verrechnungskonten gedeckt.

Am 30. und 31. August 2011 wurden zwei Zins-Swap-Geschäfte in USD mit einem anfänglichen Bezugsbetrag von insgesamt TUSD 5.600 und drei Zins-Swap-Geschäfte in EUR mit einem anfänglichen Bezugsbetrag von insgesamt TEUR 16.130 und einer Laufzeit bis zum 31. Dezember 2013 abgeschlossen. Der Bezugsbetrag reduziert sich über die Laufzeit in Höhe der gemäß dem Konsortialdarlehensvertrag planmäßig vorzunehmenden Tilgungen.

Im Rahmen der Zins-Swap-Geschäfte tauscht der Konzern variable 3-Monats-Libor-Zinszahlungen gegen einen Festzinssatz in der Bandbreite von 0,78-0,80 % p.a. (USD-Darlehen) bzw. 1,53-1,56 % p. a. (EUR-Darlehen). Der Marktwert dieser Instrumente beträgt TEUR -202 (im Vorjahr TEUR -133). Der Swap wird vierteljährlich ausgeglichen.

Die Konditionen der Verträge sowie die Marktwerte zum 31. Dezember 2012 sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Lfd. Nr.	Abschlussdatum	Enddatum	Anfänglicher Bezugsbetrag	Bezugsbetrag zum 31.12.2012	Festsatz	Marktwert
1	31.08.11	31.12.13	USD 4.280.000	USD 3.490.000	0,78%	-5.120,86
2	30.08.11	31.12.13	USD 1.320.000	USD 1.070.000	0,80%	-486,27
3	31.08.11	31.12.13	EUR 8.920.000	EUR 8.730.000	1,55%	-114.081,37
4	30.08.11	31.12.13	EUR 3.790.000	EUR 3.660.000	1,56%	-36.963,05
5	31.08.11	31.12.13	EUR 3.420.000	EUR 3.190.000	1,53%	-45.779,29

Die beizulegenden Zeitwerte bestehender Zinsderivatgeschäfte lassen sich nachstehender Tabelle entnehmen:

TEUR	31.12.2012		31.12.2011	
	Vermögenswerte	Schulden	Vermögenswerte	Schulden
Zins-Swap-Geschäft Beizulegender Zeitwert	0	202	1	133

Per 31. Dezember 2012 ist eine Drohverlustrückstellung in Höhe von TEUR 202 gebildet worden.

Die **Fremdwährungsrisiken** aus den künftig erwarteten Zahlungseingängen in US-Dollar werden abgesichert, indem diese zur Tilgung eines im Juni 2011 aufgenommenen Darlehens verwendet werden, das ebenfalls auf US-Dollar lautet.

Darüber hinaus wurden im Dezember 2012 zur Absicherung gegen Kursänderungsrisiken im Zusammenhang mit den erwarteten Zahlungseingängen in Britischen Pfund (GBP) und US Dollar (USD) insgesamt zwei Devisentermingeschäfte abgeschlossen.

Die Konditionen der Verträge sowie die Marktwerte zum 31. Dezember 2012 sind aus folgender Tabelle ersichtlich:

Lfd. Nr.	Kontraktabschluss	Absicherungsbetrag	Absicherungskurs zum EUR	Fälligkeitstag/ Ausübungsfrist	Marktwert
1	21.12.12	USD 500.000	1,3270	24.04.2013	4.616,51
2	21.12.12	GBP 400.000	0,8190	30.04.2013	6.636,41

Das Wahlrecht zur bilanziellen Abbildung einer Bewertungseinheit nach § 254 HGB wurde im Hinblick auf alle derivativen Finanzinstrumente nicht in Anspruch genommen.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

1. Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.479 (im Vorjahr TEUR 1.327) resultieren ausschließlich aus Beratungsleistungen gemäß dem am 16. Mai 2006 mit der FP GmbH abgeschlossenen und in der Folge jährlich verlängerten Dienstleistungsvertrag. Alle Umsätze wurden im Inland erzielt.

2. Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 614 (im Vorjahr TEUR 489) beinhalten realisierte Währungsgewinne in Höhe von TEUR 32 (im Vorjahr TEUR 0), unrealisierte Währungsgewinne TEUR 315 (im Vorjahr TEUR 428), Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 21 (im Vorjahr TEUR 23), Konzernumlagen in Höhe von TEUR 201 (im Vorjahr TEUR 31), Übrige in Höhe von TEUR 28 (im Vorjahr 7) sowie Erlöse aus KFZ-Nutzung in Höhe von TEUR 1 (im Vorjahr TEUR 0).

Die periodenfremden Erträge belaufen sich insgesamt auf TEUR 36 (im Vorjahr TEUR 23).

3. Materialaufwand

Die Aufwendungen für Material beinhalten Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe in Höhe von TEUR 168 sowie Aufwendungen für Gemeinkostenmaterial TEUR 9 (im Vorjahr TEUR 0).

4. Personalaufwand

	2012 TEUR	2011 TEUR
Löhne und Gehälter	1.678	1.393
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	281	253
(davon für Altersversorgung)	(1)	(1)
	1.959	1.646

5. Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt zusammen:

	2012 TEUR	2011 TEUR
Rechts-, Beratungs- und Prüfungskosten	1.231	1.157
Währungsverluste aus Darlehen	344	774
Marketing und Publikationen	182	232
Reisekosten	166	186
Aufsichtsrat	93	112
Sonstige Personalkosten	73	51
Mieten und Leasing	71	55
Übrige	304	308
	2.464	2.875

Hierin enthalten waren periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 5 (im Vorjahr TEUR 0).

6. Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen

Die Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen entfallen auf den auf Grund eines Beherrschungs- und Ergebnisabführungsvertrags übernommenen Gewinn der Francotyp-Postalia GmbH im Geschäftsjahr 2012.

7. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens in Höhe von TEUR 1.850 (im Vorjahr TEUR 2001) entfallen ausschließlich auf verbundene Unternehmen.

8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Die Zinserträge in Höhe von TEUR 69 (im Vorjahr 144) entfallen ausschließlich auf verbundene Unternehmen.

9. Abschreibungen auf Finanzanlagen

Die Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von TEUR 1.781 (im Vorjahr TEUR 0) betreffen Teilwertabschreibungen an verbundenen Unternehmen. Diese beruhen einer gemäß IDW RS HFA 10 durchgeführten Beteiligungsbewertung.

10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

In den Zinsaufwendungen in Höhe von TEUR 2.607 (im Vorjahr TEUR 1.565) sind Zinsen an verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 148 (im Vorjahr TEUR 323) enthalten. Durch den Konsortialdarlehensvertrag vom 21. Februar 2011 ist die FP Holding AG Darlehensnehmerin geworden. Sie hat seither die Konzernfinanzierung übernommen.

Neben den Darlehenszinsen bestehen Zinsen gegen Fremde in Höhe von TEUR 266 (im Vorjahr TEUR 0) sowie Aufwendungen aus Aufzinsung in Höhe von TEUR 25 (im Vorjahr TEUR 24).

Die Zinsen gegen Fremde beinhalten Zinsen aus der zu erwartenden Steuernachzahlung für den Betriebsprüfungszeitraum 2005 bis 2008.

11. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Der Steueraufwand enthält in Höhe von TEUR 154 (im Vorjahr TEUR 535) periodenfremde Steueraufwendungen.

12. Sonstige Steuern

Der Steueraufwand aus sonstigen Steuern enthält in Höhe von TEUR 30 (im Vorjahr TEUR 0) Rückstellungen aus der Nachzahlung von Umsatzsteuern zur Betriebsprüfung 2005-2008.

V. Sonstige Angaben

1. Durchschnittliche Anzahl der Arbeitnehmer

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt neben zwei Vorständen 14 Mitarbeiter (im Vorjahr 11 Mitarbeiter). Hiervon 2 im Bereich Personal, 9 im kaufmännischen Bereich und 3 Mitarbeiter mit anderen administrativen Aufgaben.

2. Vorstand und Aufsichtsrat

Der Vorstand der FP Holding bestand im Berichtszeitraum 2012 wie auch im Vorjahr 2011 aus zwei Personen.

Dem Geschäftsverteilungsplan für den Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG nach stellen sich die Zuständigkeiten der Vorstandsmitglieder wie folgt dar:

Name	Erstmals bestellt zum	Zurzeit bestellt bis zum	Zuständigkeit
Hans Szymanski, Diplom-Ökonom	Dezember 2008	Dezember 2014	• Strategische Geschäftsentwicklung • Produktion/Logistik/Einkauf • Qualitätsmanagement • Entwicklung • Informationstechnik • Compliance • Personal/Recht • Finanzen/Controlling/Rechnungswesen
Andreas Drechsler, Diplom-Kaufmann	Februar 2009	Februar 2015	• Geschäftsentwicklung • Business Development / Produktmanagement • Marketing/Brand Management • Corporate Communication • Vertrieb Deutschland und International • Interne Revision

Seit dem 1.1.2011 ist Herr Szymanski Vorstandssprecher.

Die Vorstandsmitglieder waren im Geschäftsjahr 2012 außerhalb des FP-Konzerns in keinen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten oder vergleichbaren in- oder ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen vertreten.

Folgende Übersicht zeigt die Mitglieder des Aufsichtsrates der Francotyp-Postalia Holding AG mit ihren Tätigkeiten außerhalb der Gesellschaft und mit sonstigen Verwaltungs-, Management- oder Aufsichtsratsmandaten bzw. Mandaten bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen:

Name	Berufliche Tätigkeit	Sonstige Verwaltungs- oder Aufsichtsratsmandate bzw. Mandate bei vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien
Dr. Claus C. R. Gerckens (Vorsitzender des Aufsichtsrats seit 27. Juni 2012)	• Gesellschafter-Geschäftsführer der GVG Industrieverwaltungs GmbH, Augsburg • Geschäftsführer der Vermögensverwaltung Königsdorf GmbH, Augsburg • Gesellschafter-Geschäftsführer der Butenfeld Vermögensverwaltungs GmbH, Augsburg	• Stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats der International School Augsburg – ISA - gGmbH, Augsburg
Felix Hölzer (Mitglied des Aufsichtsrats vom 27. Juni 2012 bis 31. März 2013, stellvertretender Vorsitzender vom 31. Juli 2012 bis 31. März 2013)	• Geschäftsführender Gesellschafter des Investmentunternehmens Novum Capital Beratungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main • Geschäftsführer der Novum Capital Beteiligungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main • Geschäftsführer der ES-Plastic GmbH, Passau • Geschäftsführer der ES-Plastic Verwaltungsgesellschaft mbH • Geschäftsführer der E.S.-Plastik Grundstücksverwaltungs GmbH	
Robert Feldmeier (Mitglied des Aufsichtsrats seit 28. Juli 2012)	• Selbständiger Berater	
Prof. Dr. Michael J. A. Hoffmann (Vorsitzender und Mitglied des Aufsichtsrats bis 27. Juni 2012)	• Geschäftsführender Gesellschafter der TMM Technology Marketing Management GmbH, Dortmund (kurz „TMM“) • Geschäftsführer bei weiteren Gesellschaften, an denen TMM beteiligt ist	• Vorsitzender des Aufsichtsrats der inframation AG, Dortmund • Stellvertretender Beiratsvorsitzender der KST-Motorenversuch GmbH & Co. KG, Bad Dürkheim
Christoph Weise (stellvertretender Vorsitzender und Mitglied des Aufsichtsrats bis 27. Juli 2012)	• Unternehmensberater • Geschäftsführer der QCR 1 GmbH	

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat in angemessener Höhe auf der Grundlage einer Leistungsbeurteilung festgelegt. Kriterien für die Angemessenheit der Vergütung bilden insbesondere die Aufgaben des jeweiligen Vorstandsmitglieds, seine persönliche Leistung, die Leistung des Vorstands sowie die wirtschaftliche Lage, der Erfolg und die Zukunftsaussichten des Unter-

nehmens unter Berücksichtigung seines Vergleichsumfelds. In den mit den Vorständen abgeschlossenen Dienstverträgen sind ein festes Jahresgehalt und ein erfolgsabhängiger Bonus, abhängig von erzielten Cashflow und EBITA, festgelegt.

Die Bezüge des Geschäftsjahres 2012 verteilen sich wie folgt:

TEUR		Fixes Entgelt	Sachbezüge / Zuschüsse	Boni	Boni (Rückstellungen)	Aktienoptionen (Personal-aufwand)	Gesamtvergütung
Hans Szymanski	2012	316	15	30	-30	60	391
	2011	279	11	140	-96	51	385
Andreas Drechsler	2012	286	18	30	-30	60	364
	2011	253	15	140	-96	51	363
Gesamtbezüge für	2012	602	33	60	-60	120	755
das Geschäftsjahr	2011	532	26	280	-192	102	748

Das fixe Entgelt enthält Zuschüsse zur Altersvorsorge in Höhe von TEUR 76 (im Vorjahr TEUR 76) für Herrn Szymanski, TEUR 76 (im Vorjahr TEUR 76) für Herrn Drechsler.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden für den Vorstand Boni in Höhe von jeweils TEUR 30 für Herrn Szymanski und für Herrn Drechsler ausbezahlt (im Vorjahr TEUR 140). Hierfür waren im Geschäftsjahr 2012 je Vorstandsmitglied Rückstellungen in Höhe von TEUR 30 (im Vorjahr TEUR 96) in Anspruch genommen. Die Sachbezüge bestehen im Wesentlichen aus den nach steuerlichen Vorgaben anzusetzenden Werten aus der Dienstwagennutzung sowie den individuellen Versicherungsbeiträgen.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber den aktiven Vorstandsmitgliedern sind wie im Vorjahr nur unwesentliche Beträge zurückgestellt (2012: TEUR 2; 2011: TEUR 2).

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber ehemaligen Vorstandsmitgliedern sowie deren Hinterbliebene wurden TEUR 380 (im Vorjahr TEUR 366) zurückgestellt.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält neben dem Ersatz seiner baren Auslagen und seiner ihm für die Aufsichtsrats Tätigkeit etwa zur Last fallenden Umsatzsteuer geschäftsjährlich eine feste im letzten Monat des Geschäftsjahres zahlbare Vergütung in Höhe von TEUR 30. Für den Vorsitzenden beträgt die feste Vergütung ab dem Geschäftsjahr 2009 150 % und für seinen Stellvertreter 125 % der Vergütung für das normale Aufsichtsratsmitglied.

3. Abschlussprüferhonorar

Die Hauptversammlung hat, basierend auf einer Empfehlung des Aufsichtsrats, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, zur Abschlussprüferin für das Geschäftsjahr 2012 gewählt. Die für Dienstleistungen der Abschlussprüferin im Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar stellt sich wie folgt dar:

TEUR	2012	2011
Abschlussprüfungsleistungen	144	113
Andere Bestätigungsleistungen	7	7
Steuerberatungsleistungen	29	121
Sonstige Leistungen	174	91
Gesamthonorar	354	332

Von dem im Berichtsjahr 2012 berechneten Honorar entfallen TEUR 127 (im Vorjahr TEUR 19) auf Vorjahre.

4. Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen

Angabepflichtige Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen fanden zwischen der FP Holding AG und dem Aufsichtsrat sowie dem Vorstand in Form von Bezügen statt.

Zudem ist im abgelaufenen Geschäftsjahr ist die Francotyp-Postalia GmbH in ein Vertragsverhältnis mit der abcfinance GmbH, Köln eingetreten. Angabegemäß ist Frau Dr. Barbara Gerckens Gesellschafterin (Kommanditistin) der Muttergesellschaft der abcfinance GmbH, der Wilh. Werhahn KG, Neuss. Frau Dr. Gerckens ist die Ehefrau von Dr. Claus Gerckens, Aufsichtsratsvorsitzender der FP Holding. Das Geschäftsvolumen belief sich 2012 auf rund 500 TEUR.

5. Konzernabschluss

Für die Francotyp-Postalia Holding AG wird ein Konzernabschluss erstellt. Dieser wird im elektronischen Bundesanzeiger eingereicht und bekannt gemacht.

6. Corporate Governance

Vorstand und Aufsichtsrat der Francotyp-Postalia Holding AG haben eine Erklärung zum Corporate Governance Kodex nach § 161 AktG abgegeben und diese Erklärung auf der Internetseite der Gesellschaft (<http://www.francotyp.com/investoren/corporate-governance/entsprechenserklaerung/archiv/2012.html>) dauerhaft zugänglich gemacht.

7. Aktionärsstruktur

Die Francotyp-Postalia Holding AG hat im Geschäftsjahr 2012 von ihren Anteilseignern gemäß § 21 Abs. 1 WpHG folgende Mitteilungen erhalten und gemäß § 26 Abs. 1 WpHG und § 26a WpHG veröffentlicht:

Veröffentlichung vom 23. Februar 2012

Financière de l'Echiquier, Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 22.02.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 17.02.2012 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,97 % (das entspricht 437.000 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 29. März 2012

Die 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 29.03.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 28.03.2012 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 9,03 % (das entspricht 1.460.000 Stimmrechten von insgesamt 16.160.000 Stimmrechten) betragen hat.

Herr Klaus Röhrig, Österreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 29.03.2012 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 28.03.2012 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 9,03 % (das entspricht 1.460.000 Stimmrechten von insgesamt 16.160.000 Stimmrechten) betragen hat.

9,03 % der Stimmrechte (das entspricht 1.460.000 Stimmrechten) sind Herrn Röhrig gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der 3R Investment Ltd., Limassol, Zypern, zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 30. März 2012

Hiermit teilt die Francotyp-Postalia Holding AG mit, dass die Gesamtzahl der Stimmrechte (ISIN: DE000FPH9000 ISIN DE000FPH9018) am Ende des Monats März 2012 insgesamt 16.160.000 Stimmrechte beträgt. Die Veränderung der Gesamtzahl der Stimmrechte ist seit dem 27. März 2012 wirksam.

Veröffentlichung vom 4. April 2012 – Korrektur der Veröffentlichung vom 29. März 2012

Die 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 02.04.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 27.03.2012 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 9,03 % (das entspricht 1.460.000 Stimmrechten von insgesamt 16.160.000 Stimmrechten) betragen hat.

Herr Klaus Röhrig, Österreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 02.04.2012 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 27.03.2012 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 9,03 % (das entspricht 1.460.000 Stimmrechten von insgesamt 16.160.000 Stimmrechten) betragen hat.

9,03 % der Stimmrechte (das entspricht 1.460.000 Stimmrechten) sind Herrn Röhrig gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der 3R Investment Ltd., Limassol, Zypern, zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 4. April 2012

Die Axxion S.A., Munsbach, Luxemburg, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 02.04.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 27.03.2012 durch eine Veränderung der Gesamtzahl der Stimmrechte die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,78 % (das entspricht 450.000 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 4. Mai 2012

Die Amiral Gestion, Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 02.05.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 27.04.2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 9,00 % (das entspricht 1.454.600 Stimmrechten) betragen hat.

9,00 % der Stimmrechte (das entspricht 1.454.600 Stimmrechten) sind der Amiral Gestion gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG über die Sextant PEA (1.088.601 Stimmrechte, 6,74 %), Sextant INC (122.480 Stimmrechte, 0,75 %) und Sextant Grand Large (243.519 Stimmrechte, 1,50 %) zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 4. Mai 2012

Die Tamolino Import & Advisory LP, Limassol, Zypern, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 02.05.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 26.04.2012 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 9,03 % (das entspricht 1.460.000 Stimmrechten der Gesamtanzahl von 16.160.000 Stimmrechten) betragen hat.

9,03 % der Stimmrechte (das entspricht 1.460.000 Stimmrechten) sind der Tamolino Import & Advisory LP gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern, zuzurechnen.

Weiterhin hat uns die Tamolino Investments Limited, Limassol, Zypern, gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 02.05.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 26.04.2012 die Schwelle von 3 % und 5 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 9,03 % (das entspricht 1.460.000 Stimmrechten der Gesamtanzahl von 16.160.000 Stimmrechten) betragen hat.

9,03 % der Stimmrechte (das entspricht 1.460.000 Stimmrechten) sind der Tamolino Investments Limited gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern, über die Tamolino Import & Advisory LP, Limassol, Zypern, zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 10. Mai 2012 – Korrektur vom 4. Mai 2012

Die Amiral Gestion, Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 02.05.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 27.04.2012 die Schwelle von 10% der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 9,00 % (das entspricht 1.454.600 Stimmrechten) betragen hat.

9,00 % der Stimmrechte (das entspricht 1.454.600 Stimmrechten) sind der Amiral Gestion gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 3. September 2012

Herr Rudolf Heil, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 30.08.2012 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 30.08.2012 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,03 % (das entspricht 490.000 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 25. September 2012

Die International Kapitalanlagegesellschaft mbH, Düsseldorf, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 24.09.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland am 20.09.2012 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,28 % (das entspricht 530.000 Stimmrechten) betragen hat.

Bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses sind folgende Meldungen im Geschäftsjahr 2013 eingegangen:

Veröffentlichung vom 9. Januar 2013

Die 3R Investments Ltd., Limassol, Zypern, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.12.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 20.12.2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27 % (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

Die Tamlino Import & Advisory LP, Limassol, Zypern, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.12.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 20.12.2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27 % (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

10,27 % der Stimmrechte (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd. zuzurechnen.

Die Tamlino Investments Ltd., Limassol, Zypern, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.12.2012 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 20.12.2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27 % (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

10,27 % der Stimmrechte (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd. über die Tamlino Import & Advisory LP zuzurechnen.

Herr Klaus Röhrig, Österreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 27.12.2012 mitgeteilt, dass sein Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 20.12.2012 die Schwelle von 10 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 10,27 % (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) betragen hat.

10,27 % der Stimmrechte (das entspricht 1.660.000 Stimmrechten) sind Herrn Klaus Röhrig gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG von der 3R Investments Ltd. über die Tamlino Import & Advisory LP und die Tamlino Investments Ltd. zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 18. Januar 2013

Die ARGOS FUNDS SICAV, Luxemburg, Luxemburg, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 18.01.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 26.04.2012 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,09 % (das entspricht 500.000 Stimmrechten) betragen hat.

Die ARGOS INVESTMENT MANAGERS SA, Meyrin, Schweiz, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 18.01.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 26.04.2012 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an

diesem Tag 3,09 % (das entspricht 500.000 Stimmrechten) betragen hat. 3,09 % der Stimmrechte (das entspricht 500.000 Stimmrechten) sind der Gesellschaft gemäß § 22 Abs. 1, Satz 1, Nr. 6 WpHG von der ARGOS FUNDS SICAV zuzurechnen.

Veröffentlichung vom 21. Januar 2013 gemäß § 27a WpHG

Die 3R Investments Ltd, Limassol, Zypern, die Tamlino Import & Advisory LP, Limassol, Zypern, die Tamlino Investments Ltd., Limassol, Zypern, und Herr Klaus Röhrig, Wien, Österreich, haben uns gemäß § 27a WpHG am 18.01.2013 im Zusammenhang ihrer Mitteilung gemäß § 21 Abs. 1 WpHG und der Überschreitung der 10 %-Schwelle der Stimmrechtsanteile vom 27.12.2012 ihre Investorenerklärung übersandt.

Ziele des Erwerbs der Stimmrechte gemäß § 27a Abs. 1 Satz 3 WpHG

1. Der Erwerb von Stimmrechten durch die Mitteilenden erfolgt zum Zweck eines längerfristigen Investments und dient der Umsetzung strategischer Ziele. Als Finanzinvestoren streben die Mitteilenden ferner zu einem späteren Zeitpunkt eine Veräußerung ihrer Beteiligung an der Francotyp-Postalia Holding AG an.

2. Die Mitteilenden beabsichtigten, innerhalb der nächsten zwölf Monate bei geeigneten Marktkonditionen weitere Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG durch Erwerb oder auf sonstige Weise zu erlangen.

3. Die Mitteilenden streben eine der Bedeutung ihrer Beteiligung an der Francotyp-Postalia Holding AG entsprechende Repräsentation im Aufsichtsrat der Gesellschaft an. Eine Veränderung der Besetzung des Vorstands wird derzeit nicht angestrebt.

4. Die Mitteilenden streben keine wesentliche Änderung der Kapitalstruktur der Francotyp-Postalia Holding AG, insbesondere im Hinblick auf das Verhältnis von Eigen- und Fremdfinanzierung an. Langfristig wird die Zahlung einer Dividende angestrebt.

Herkunft der zum Kauf der Stimmrechte verwendeten Mittel gemäß § 27a Abs. 1 Satz 4 WpHG

Die Mitteilenden haben teilweise Eigenmittel und teilweise Fremdmittel zur Finanzierung des Erwerbs der Stimmrechte verwendet.

Veröffentlichung vom 31. Januar 2013

Die LRI Invest S.A., Munsbach, Luxemburg, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31.01.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 30.01.2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,95 % (das entspricht 800.000 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 1. Februar 2013

Die Amiral Gestion, Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31.01.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 30.01.2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,35 % (das entspricht 703.651 Stimmrechten) betragen hat.

Gemäß § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 WpHG halten Sextant grand Large und Sextant PEA (Mutual funds) direkt 3 % oder mehr der Stimmrechte, die der Amiral Gestion zugerechnet werden.

Veröffentlichung vom 7. Februar 2013

Die HANSAINVEST GmbH, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 06.02.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 31.01.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547,179 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 04.02.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil

an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 31.01.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die AMIRAL GESTION, Paris, Frankreich, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG am 31.01.2013 mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 30.01.2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,35 % (das entspricht 703.651 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 31.01.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 8. Februar 2013

Die AMIRAL GESTION, Paris, Frankreich hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 30.01.2013 die Schwelle von 5 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 4,35 % (das entspricht 703.651 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 11. Februar 2013

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 31.01.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind der SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft 3,39% (547.179 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr betragen, gehalten: HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 31.01.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind der SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft 3,39% (547.179 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr betragen, gehalten: SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Die IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 31.01.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte überschritten hat und an diesem Tag 3,39 % (das entspricht 547.179 Stimmrechten) betragen hat. Davon sind der IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe 3,39% (547.179 Stimmrechte) nach § 22 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WpHG zuzurechnen.

Zugerechnete Stimmrechte werden dabei über folgende von ihr kontrollierte Unternehmen, deren Stimmrechte an der Francotyp-Postalia Holding AG jeweils 3 % oder mehr betragen, gehalten: SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, HANSAINVEST Hanseatische Investment-Gesellschaft mit beschränkter Haftung.

Veröffentlichung vom 19. Februar 2013

Die LRI Invest S.A., Munsbach, Luxemburg, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 15.02.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 2,48 % (das entspricht 400.000 Stimmrechten) betragen hat.

Veröffentlichung vom 28. März 2013

Die SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 25.03.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die SIGNAL IDUNA Holding Aktiengesellschaft, Dortmund, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 25.03.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Die IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe, Hamburg, Deutschland, hat uns gemäß § 21 Abs. 1 WpHG mitgeteilt, dass ihr Stimmrechtsanteil an der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, Deutschland, am 25.03.2013 die Schwelle von 3 % der Stimmrechte unterschritten hat und an diesem Tag 0 % (das entspricht 0 Stimmrechten) betragen hat.

Zusatz zu den Stimmrechtsmitteilungen: Aufgrund der seit dem 25.03.2013 geltenden Unabhängigkeitserklärung für die HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH werden die Stimmrechte nicht mehr zugerechnet.

Birkenwerder, 28. März 2013

Vorstand der Francotyp-Postalia Holding AG



Hans Szymanski
Vorstandssprecher



Andreas Drechsler
Vorstand

Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder

Entwicklung des Anlagevermögens im Geschäftsjahr 2012

Anschaffungskosten				
	1.1.2012	Zugänge	Abgänge	31.12.2012
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	142	6	0	148
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	457	9	0	466
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	47	9	2	54
	504	18	2	520
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	29.417	0	0	29.417
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	50.409	0	3.136	47.273
	79.826	0	3.136	76.690
	80.472	24	3.138	77.358

Kumulierte Abschreibungen			Buchwerte	
Abschreibungen des				
1.1.2012	Geschäftsjahres	31.12.2012	31.12.2012	31.12.2011
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
118	26	144	4	24
3	12	15	451	454
30	4	34	20	17
33	16	49	471	471
18.676	1.781	20.457	8.960	10.741
0	0	0	47.273	50.409
18.676	1.781	20.457	56.233	61.150
18.827	1.823	20.650	56.708	61.645

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss --bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang-- unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Francotyp-Postalia Holding AG, Birkenwerder, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben. Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Francotyp-Postalia Holding AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, 9. April 2013

KPMG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Dr. Großmann
Wirtschaftsprüfer

David
Wirtschaftsprüfer